

# OFFIZIELLE

## WAHLEN UND KONFLIKT

Das Engagement der FES  
in weltweiten  
Demokratisierungsprozessen

---

### DEUTSCHLAND

Debatte zum  
Demokratieverdruss 4

---

### SCHWERPUNKT

Risiken in demokratischen  
Übergangssituationen 20

---

### INTERNATIONAL

Menschenrechtspreis  
2009 verliehen 52

1/2010

Das Engagement der FES  
in weltweiten Demokratisierungsprozessen

# Wahlen und Konflikt

— NACH EINER DEFINITION VON DEMOKRATIE BEFRAGT DAUERT ES NICHT LANGE, BIS MAN AUF DAS KRITERIUM VON FREIEN UND FAIREN WAHLEN KOMMT. In ihnen manifestiert sich die Macht des Volkes, über den politischen Weg der eigenen Gesellschaft mitzuentcheiden wie nirgends sonst.

Doch unzählige Negativ-Beispiele inszenierter und manipulierter Wahlen stimmen in dieser Hinsicht ebenso skeptisch wie jene Fälle, in denen ein knapper oder überraschender Wahlausgang zum Ausbruch von politisch moti-

geführt werden können, gerät die Legitimität einer Regierung unter Druck und die Gefahr der Eskalation gesellschaftlicher Konflikte steigt. Gerade in frühen Postkonflikt-Situationen wird die Durchführung von Wahlen somit zu einer der

city, New York) und Winrich Kühne (John Hopkins University, Bologna Center) auf, aus denen Auszüge in diesem Heft abgedruckt sind. Die zentralen Fragen, um die die Diskussion kreiste, lauteten: Unter welchen Voraussetzungen können Wahlprozesse eine friedliche und demokratische Entwicklung fördern und unter welchen Umständen wirken sie konfliktverschärfend? Auch die Frage nach der Rolle von internationalen Akteuren bei solchen Prozessen stand im Zentrum der Diskussion.

vierter Gewalt führt. Es wird klar, dass die Durchführung von Wahlen alleine keine Garantie für eine friedliche und gerechte Demokratie darstellt.

Doch auch wenn also eine Demokratie nicht allein an der Durchführung von Wahlen bemessen werden darf, sind diese doch ein zentrales Element einer funktionierenden Demokratie. Sie vermitteln einer demokratischen Regierung die demokratische Legitimität, die vom Volk ausgeht. Wenn Wahlen nicht frei und fair durch-

größten Herausforderungen für Frieden und Demokratie überhaupt.

Im vergangenen Jahr hat eine Arbeitsgruppe der FES dieses Thema aufgegriffen. Im Rahmen eines internationalen Workshops in Berlin wurden die Erfahrungen mit dem komplexen Verhältnis von Wahlen und Konflikt anhand verschiedener Länder-Beispiele intensiv diskutiert. Der Workshop baute auf zwei grundlegenden konzeptionellen Beiträgen von Jack Snyder (Columbia Univer-

Als politische Stiftung unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung Demokratisierungsprozesse weltweit und begleitet vor Ort Prozesse der Friedens- und Demokratiekonsolidierung. In Staaten, die eine Phase der gewaltsam ausgeprägten Konflikte hinter sich lassen, stellt sich jedoch immer die Frage, wie FES-Projektaktivitäten gestaltet werden müssen, um negative Einflüsse zu vermeiden. Gerade im Umfeld von Wahlen bedarf dies einer gründlichen Analyse der Konfliktkonstellation und der eigenen Aktivitäten. Zugleich kann aber auch auf einen reichhaltigen Erfahrungsschatz mit der Arbeit im Spannungsfeld von Wahlen und Konflikt zurückge-

griffen werden. Einige aktuelle Beispiele aus diesem Erfahrungsschatz finden Sie ebenfalls auf den folgenden Seiten. Dabei handelt sich zumeist um kurze Auszüge umfassender länderspezifischer Analysen, die derzeit für eine Sammelpublikation zusammengestellt werden.

#### MEHR ZUM THEMA

[www.fes.de/GPol/pdf/FES\\_Elections\\_and\\_Conflict.pdf](http://www.fes.de/GPol/pdf/FES_Elections_and_Conflict.pdf)

Textbeiträge  
in dieser Ausgabe des FES-Info:

Vasyl Andrijko, Konstantin Bärwaldt, Tina Marie Blohm, Heinz Bongartz, Max Brändle, Anja Dargatz, Michael Dauderstädt, Knut Dethlefsen, Sina Dürrenfeldt, Matthias Eisel, Michael Ehrke, Alina Fuchs, Martin Graefe, Jens Hettmann, Ralf Hexel, Heinz Albert Huthmacher, Matthias Jobelius, Britta Joerissen, Martin Johr, Nora Langenbacher, Michael Langer, Annette Lohmann, Beate Martin, Simone Mayer, Eugen Meckel, Ralf Melzer, Stephan Meuser, Henrik Meyer, Svetlana Michailova, Marius Müller-Hennig, Gisela von Mutius, Taras Mykhalniuk, Kerstin Ott, Tobias Paul, Alexander Petrachkov, Yesko Quiroga, Stefanie Ricken, Clemens Rode, Michael Roll, Bernd Rudolph, Luise Ruerup, Patrick Rüter, Christina Schildmann, Günther Schultze, Markus Schreyer, Franziska Schröter, Erwin Schweiss-helm, Beyhan Sentürk, Blanka Smoljan, Sebastian Sperling, Karl-Heinz Spiegel, Stephan Thalhofer, Rudolf Traub-Merz, Klaus-Peter Treydte, Urban Überschär, Britta Utz, Achim Vogt, Lothar Witte, Maik Woyke

## Artikel in dieser Ausgabe:

DEZEMBER 2009 – JANUAR – FEBRUAR – MÄRZ 2010

### DEUTSCHLAND

Podiumsdiskussion zur Demokratieverdrossenheit: Interesse ja, Vertrauen nein .....	4
Managerkreis Ost in Thüringen: Wirtschaftsmotor Energiewende .....	10
Internationaler Frauentag 2010: „Kein Kalb mit zwei Köpfen“ .....	12
FES-Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ Wie weiter gegen Rechts? .....	15

### SCHWERPUNKT

Beitrag von Prof. Jack Snyder, New York: Konfliktrisiko in demokratischen Übergangssituationen.....	20
Irak: Positives Urteil über Wahlverlauf .....	23
Mazedonien: Fragiler Staat oder regionaler Stabilitätsanker? .....	24
Kosovo: Lokalwahlen mit Hindernissen.....	26
Sudan: Über die (Un-)Möglichkeit von Wahlen.....	28
Nepal: Demokratisierungsprozess vorgebracht .....	32

### INTERNATIONAL

Russland: Modell einer wünschenswerten Zukunft .....	35
Fachkonferenz in Warschau: Ganzheitliche Strategie für Afghanistan .....	39
Das FES-Büro in Mazedonien und Kosovo: Vor der großen Schwelle nach Europa.....	44
Perspektiven der östlichen EU-Nachbarn: „Goldene Karotten“ .....	46
Sicherheitskonferenz in Israel: Zweistaatenlösung möglich? .....	48
Menschenrechtspreis 2009 an die „Treatment Action Campaign“: Südafrika - erfolgreicher Kampf gegen AIDS .....	52
EU als Vorbild für ASEAN: Geschlechtergerechtigkeit in Asien.....	56
Neue Publikationen der FES.....	58
Impressum .....	59

Podiumsdiskussion zum  
Demokratieverdruss

# Interesse ja, Vertrauen nein

„DEMOKRATIE HEISST STREITKULTUR. ES KOMMT NUR AUF DIE KULTUR DES STREITEN AN“, so Dr. Serge Embacher, Politikwissenschaftler und Autor der von der FES in Auftrag gegebenen Studie „Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland“, die im Rahmen einer Podiumsveranstaltung am 3. Februar in Leipzig diskutiert wurde.

Embacher befürchtet, dass der Glaube an die Demokratie vom Virus des Verdrusses befallen ist. Zusammen mit der Leipziger Bundestagsabgeordneten Daniela Kolbe und Dr. Hans-

An diesem Abend traten zwei zentrale Befunde zu Tage: erstens, dass ohne soziale Gerechtigkeit das Vertrauen in die Demokratie sinkt, und zweitens, dass es ohne eine neue Kultur der demokratischen Beteiligung keinen Weg aus der Krise gibt. Die aktuelle politische Lage mit ihrer gefühlten Machtlosigkeit mache es den Bürgern schwer, sich zur Wahl zu entschließen. So ist die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2009 auf ihren Tiefstpunkt (70,8%) gefallen, während 1972, zur Wahl von Willy Brandt, noch 91,1% erreicht wurden.

Ein Ergebnis dieser Studie sei der Widerspruch zwischen dem hohen Politikinteresse der Befragten (75%) und der Aussage, dass sich 47% vorstellen könnten, nicht an der nächsten Bundestagswahl teilzuneh-

men. Embacher erläuterte, dass zwar ein Großteil der Befragten Werte wie Sicherheit, Vertrauen und soziale Gerechtigkeit als wichtiges Merkmal einer Demokratie ansieht, aber nur wenige (durchschnittlich 9%) daran glaubten, dass diese auch tatsächlich verwirklicht würden.

Politik werde in Deutschland zu wenig verständlich gemacht, betonte der Referent, sondern finde hinter verschlossenen Türen statt und in einer Sprache, die das Volk nicht mehr verstehe. Embacher ging des Weiteren auf den Wandel des Reformbegriffs ein. Ehemals als positiv angesehen, sei er nun zu einem Negativsymbol unserer Zeit geworden: „Reform ist, wenn ich hinterher weniger habe als vorher“, zitierte er einen Befragten.

Joachim Schabedoth von der Grundsatzabteilung der IG Metall wurde die Demokratiedistanz vieler deutscher Bürger analysiert.

## FACHTAGUNG ZUM GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL

### Wo geht die Reise hin?

Wandel ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel, Stabilität ist nicht per se ein Qualitätskriterium und Wandel muss nicht unbedingt mit Fortschritt bzw. (Weiter-)Entwicklung verbunden sein. So das Fazit des Ein-

gangsreferats der Marburger Politikwissenschaftlerin Prof. de Nève, zu der von der Abteilung Studienförderung organisierten Fachtagung zum Thema „Gesellschaftlicher Wandel“. Eingeladen waren neben Pro-

motionsstipendiaten und verschiedenen Wissenschaftlern – allesamt Vertrauensdozent/innen der FES – auch Ansprechpartner aus Politik und Gewerkschaften. Ziel war es, erst einmal ein Verständnis für die

Grundlagen, nach denen sich gesellschaftlicher Wandel vollzieht, herzustellen und darüber hinaus auch die normativen Vorstellungen, die dabei eine Rolle spielen, zu analysieren. Klemens Schrenk, Politikwissenschaftler an der TU Dresden, ging in seinem Vortrag über die grundsätzliche wissenschaftliche Begriffsbestimmung hinaus. Mit dem Thema „Gesellschaftlicher Wandel in den

Internationalen Beziehungen – Herausforderungen für neue Formen des kulturellen Dialogs auf lokaler und globaler Ebene“ führte er in idealtypisch gruppierte Begriffe und Analyse-muster des Faches Internationale Beziehungen ein. Mit insgesamt drei Vorträgen aus der Wissenschaft war eine breite Grundlage gegeben, um sich dem Thema gesellschaftlicher Wandel aus unterschied-

lichen Perspektiven anzunähern. Die Promotionsstipendiatin Nicole Klinkhammer, die sehr viel Vorarbeit in die Fachtagung investiert hatte, brachte die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen auf den Punkt: „In allen behandelten Politikfeldern lässt sich eine Individualisierung von Risiken bei gleichzeitiger Ökonomisierung öffentlicher Lebensbereiche beobachten.“

## BEITRÄGE DER FES ZUM THEMA STAATSSCHULDEN UND SCHULDENSTAATEN

### Investieren statt Sparen

Deutschland und Europa machen sich Sorgen um die hohen und weiter wachsenden Staatsschulden. In Deutschland hat man nicht nur neue Schuldenberge angehäuft, sondern diesen Weg mit den guten Vorsätzen einer im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse gepflastert. Aber macht eine solche Selbstfesselung überhaupt Sinn? Und wie kommt man von den Schuldenbergen wieder herunter? In einem von Politik und Wissenschaft hochkarätig besetzten Seminar des Kocheler Kreises wurde die Schulden-

bremse eher skeptisch betrachtet. Sie verschenke potenzielle Wachstumschancen, ohne sicheren Nutzen zu produzieren. Vor allem aus Sicht der Bundesländer, die sich gar nicht mehr verschulden sollen, wurde Kritik laut – kompetent artikuliert von Ralf Stegner, dem früheren Finanzminister Schleswig-Holsteins. Letztlich bietet sich als pragmatischer Ausweg nur eine solide Einnahmehasis des Haushalts an, was vor allem Steuersenkungen in nächster Zeit verbietet.

Die deutsche Sparwut produziert dabei europäische Probleme. Frankreichs Finanzministerin hat die deutsche Lohn- und Fiskalpolitik kritisiert und damit auf diplomatisch-politischer Ebene angemahnt, was französische Ökonomen wie Patrick Artus (Mitglied des Pariser Sachverständigenrates) schon analytisch vorgerechnet

hatten. Artus charakterisierte die deutsche Wirtschaftspolitik in einem WISO-direkt-Papier als unkooperativ.

In manchen europäischen Ländern erreichen die Staatsschulden schon Grenzen, die einen Bankrott befürchten lassen. Aber um die Bilanzen wieder ins Gleichgewicht zu bekommen, müssen weniger die Schuldner sparen als die Vermögensbesitzer entsparen und wieder in reales Wachstum investieren, wie eine Kurzstudie der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik zeigt.

#### MEHR ZUM THEMA

Kocheler Kreis:

[www.fes.de/wiso/sets/s\\_kochel\\_vera.htm](http://www.fes.de/wiso/sets/s_kochel_vera.htm)

Patrick Artus „Die deutsche Wirtschaftspolitik: ein Problem für Europa?“

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06933.pdf>

Michael Dauderstädt „Staatsschulden und Schuldenstaaten. Europa braucht ein neues Wachstumsmodell“

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07133.pdf>

## Wirtschaften auf Pump?

In Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise haben die öffentlichen Haushalte mit einbrechenden Steuereinnahmen zu kämpfen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben: Mehrausgaben für die Bundesagentur für Arbeit, Zuschüsse zu Krankenkassen und für die Konjunkturprogramme. Einnahmen und Ausgaben laufen immer weiter auseinander und das dazwischen klaffende Schuldenloch belastet die Haushalte durch die notwendigen Zinszahlungen noch zusätzlich. Die finanzielle Lage auf Bundesebene und in den Ländern schilderte der rheinland-pfälzische Finanzminister Dr. Carsten Kühl am 30. März im Rahmen eines Vortrags beim Managerkreis Rhein-Main der FES in Frankfurt. Die anschlie-

bende Diskussion wurde von Florian Gerster, dem Sprecher des Regionalkreises Rhein-Main, moderiert.

Von zentraler Bedeutung für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beschrieb er die neu eingeführte Schuldenbremse. Im vergangenen Jahr wurde durch Änderung des Grundgesetzes festgelegt, dass nicht mehr die Höhe der Nettoinvestitionen die Obergrenze der Neuverschuldung darstellen soll, sondern ein klar definierter Anteil am BIP die weitere Verschuldung begrenzt. Für den Bund sind so ab 2016 0,35 v. H. des BIP festgelegt, in den Ländern ist ab 2020 gar keine strukturelle Neuverschuldung mehr möglich. Daneben führt die Schuldenbremse ein Verfahren ein, das eine

antizyklische Haushaltspolitik ermöglicht und so die konjunkturelle Dynamik berücksichtigt. Während in guten Jahren Rücklagen gebildet werden müssen, darf in härteren Zeiten entsprechend mehr ausgegeben werden.

Kühl kritisierte die Bindung der Neuverschuldung an das BIP. „Das BIP ist der falsche Indikator, weil es kein qualitatives Kriterium bietet. Es fehlt eine Anreizstruktur für sinnvolles Sparen“, so der Finanzminister. Doch mit Sparen allein werden die Probleme der öffentlichen Haushalte ohnehin nicht in den Griff zu bekommen sein, so seine Einschätzung. Auch auf der Einnahmeseite müsse es Veränderungen geben.

### — Geld, Zeit und Infrastruktur notwendig

„Immer flexibler, mobiler, vielfältiger?“, fragte das Forum Politik und Gesellschaft am 25. Februar im Rahmen einer Tagung zum Thema Arbeit und Familie im Wandel. Dabei wurde deutlich, dass Familienarbeit für berufstätige Eltern insgesamt aufwändiger und schwieriger geworden ist. Gerade vor dem Hintergrund gestiegener Anforderungen in Bezug auf Flexibilität und Mobilität in der Arbeitswelt ist es für Mütter und Väter oft schwierig, gemeinsame freie Zeit für ihr Familienleben zu finden. Erschwerend komme hinzu, dass in Deutschland ein effektives familienbegleitendes Netzwerk von Dienstleistungen fehle, kritisierte die Familienexpertin Dr. Uta Meier-Gräwe von der Universität Gießen. Notwendig wäre eine bessere Qualifizierung und Bezahlung der Erzieherinnen sowie eine flächendeckende Ganztagsbetreuung, forderte der stellvertretende Sprecher der SPD-Bundestags-

fraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sönke Rix. Bei vielen Paaren könne zudem festgestellt werden, dass beide Partner nach der Familiengründung in traditionelle Geschlechterrollen zurückfallen. Kindererziehung sei somit immer noch überwiegend Frauensache, während die Männer ihrem Beruf nachgehen. Nicht zuletzt deshalb forderte Matthias Lindner, Bereichsleiter Gender bei ver.di, die Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft. Für die Vorsitzende des Zukunftsforums Familie e. V. Christiane Reckmann steht fest, dass eine bessere Familienpolitik nur dann gelingen kann, wenn ein Gleichklang aus Geld, Zeit und Infrastruktur gewährleistet ist.

MEHR ZUM THEMA

[www.fes.de/forumpug/inhalt/doku](http://www.fes.de/forumpug/inhalt/doku)

## Gestaltung der Arbeit muss besser werden

Arbeit ist die Grundlage unseres gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes. Für den Einzelnen ist sie zur Sicherung der individuellen Existenz, aber auch für die soziale und psychische Entwicklung, für die Identitätsbildung und die Integration in die Gesellschaft von großer Bedeutung. Im Zuge der Globalisierung und der Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sind Arbeit und Arbeitsgestaltung ständigen Veränderungen unterworfen. Damit sind beispielsweise höhere Anforderungen an die inhaltliche, räumliche und zeitliche Flexibilität und Mobilität verbunden.

Die beiden Hauptredner eines Symposiums über „Die psychosozialen Herausforderungen der modernen Arbeitswelt“ am 31. März in Berlin, Prof. Dr. Dr. Wolfgang Schneider, Universität Rostock, und Prof. Dr. Dr. Michael Kastner, Universität Dortmund, wiesen darauf hin, dass immer mehr Arbeitskräfte – vom einfachen Angestellten bis hin zur Führungskraft – sich nicht mehr den gestiegenen Anforderungen der moder-

nen Arbeitswelt gewachsen fühlen. Dies spiegelt sich in den letzten Jahren beispielsweise im starken Anstieg psychischer und psychosomatischer Erkrankungen wie Angststörungen, Depressionen oder dem Burn-out-Syndrom wider. Insbesondere ungünstige Arbeitsbedingungen wie zunehmender Termin- und Zeitdruck, hoher Verantwortungsdruck, ein zu hohes Arbeitsvolumen oder gar Überforderungen, keine angemessene Gratifikation und schwieriges Vorgesetztenverhalten, Angst vor Arbeitsplatzverlust und schlechtes Betriebsklima seien die Ursachen.

Für den Einzelnen wie auch für dessen Familie sind damit viel Leid, für die Unternehmen und die Gesellschaft als Ganzes – beispielsweise durch die steigende Zahl von Krankheitstagen oder Frühverren-



(von links nach rechts) Prof. Dr. Dr. Karl Lauterbach, SPD-Bundestagsfraktion – Sprecher der AG Gesundheit; Prof. Dr. Dr. Michael Kastner, Lehrstuhl für Organisationspsychologie, Uni Dortmund; Dr. Wolfgang Panter, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Betriebs- und Werksärzte e. V.; Prof. Dr. Utz Claassen, ehem. Vorstandsvorsitzender der Solar Millennium AG; Klaus-Peter Schmidt-Deguelle, Vorstandsmitglied der WMP EuroCom AG; Frank Bsirske, Vorsitzender ver.di; Prof. Dr. Rainer Richter, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer; Prof. Dr. Dr. Wolfgang Schneider, Klinik für Psychosomatik und Psychotherapeutische Medizin, Universität Rostock. (Foto: Amann)

tungen – hohe Kosten verbunden. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren sich daher einig, dass es Ziel sein müsse, eine moderne Arbeitswelt zu etablieren, in der gute Arbeit in einem umfassenden Sinne möglich ist. Hierzu sei es zum einen notwendig, auf Seiten der Arbeitskräfte durch Aus- und Weiterbildung Kompetenzen zu entwickeln, die sie befähigen, die gestiegenen Herausforderungen der modernen Arbeitswelt produktiv und effektiv zu meistern. Zum anderen bestünde auch auf Seiten der Politik und der Wirtschaft erheblicher Spielraum, um humane Arbeitsbedingungen in einem ganzheitlichen Sinne zu etablieren.



Im Februar war der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (Bild) Gast bei den Brandenburger Gesprächen in Potsdam und hielt einen Vortrag zum Thema „Soziale Gerechtigkeit – Die Rolle der Gewerkschaften in der Krise“.

GESPRÄCH MIT DEN AUTOREN PROF. HEINZ BUDE UND JULIA FRIEDRICHS

## Paralleluniversum der Sozialtransfers

Gewinner und Verlierer gibt es in jeder Gesellschaft. Allerdings gebe es auch jene, die offenbar für immer an den so-

gen wirtschaftlicher Veränderungen mitgestalten zu können. Während Bude systematische Zusammenhänge von Armut,

durchs Leben hangelten. Friedrichs beschrieb, dass sie dabei Menschen erlebt habe, die für ganz wenig Geld gearbeitet und dabei mehr Antrieb gezeigt hätten, als sie es sich selbst unter solchen Bedingungen vorstellen könne. Die meisten Leute aber, die sie getroffen habe, hatten entweder gar keine Arbeit, befanden sich in künstlichen Arbeitsverhältnissen oder ihre Arbeit erfüllte den eigentlichen Zweck nicht, weil sie nicht davon leben konnten.

Reichtum und Beteiligungsmöglichkeiten herausarbeitet, entwirft er zugleich ein Bild jener problematischen Verhältnisse, die die Zukunft der Gesellschaft zu prägen drohen,

Nach Budes Ansicht fehle es Arbeitslosen oder Migranten ohne Hauptschulabschluss nicht in erster Linie an Einkommen, sie seien nicht arm im ökonomischen Sinn. Und sie seien auch nicht der Ausbeutung durch andere ausgesetzt. Im Gegenteil: Sie würden durch eine industrielle Entwicklung, die ständig Personal als entbehrlich zurücklasse, einfach nicht gebraucht. Diese Situation schaffe ein Milieu der Resignation.



Leipziger Runde: Wolfgang Tiefensee moderierte das Gespräch zwischen der Autorin Julia Friedrichs und dem Soziologen Heinz Bude. (Foto: Waldek)

zialen Rand verbannt seien - die Ausgeschlossenen, resümierte der Kasseler Soziologe Prof. Heinz Bude im Rahmen einer Podiumsveranstaltung am 19. Januar in Leipzig. In seinem viel beachteten Buch „Die Ausgeschlossenen – Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft“ kommt er zu dem Schluss, dass die Politik sich von der Überzeugung verabschiedet habe, die Fol-

wenn es nicht gelingen sollte, wirksam gegenzusteuern. Auf der anderen Seite, so der Moderator Bundesminister a. D. Wolfgang Tiefensee, biete das Buch der Berliner Journalistin Julia Friedrichs, „Deutschland dritter Klasse - Leben in der Unterschicht“, authentische und ungeschönte Einblicke in die Lebenswirklichkeiten von Menschen, die sich „im Paralleluniversum der Sozialtransfers“

PODIUMSDISKUSSION ZUR GENERATIONENGERECHTIGKEIT

## Der Druck nimmt zu

Von Verteilungskampf zwischen den Generationen kann keine Rede sein – so das Fazit auf Podium und im Auditorium während einer Veranstaltung zum Thema „Verteilungskampf oder Solidarität unter den Generationen? Generationengerechtigkeit in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise“. Die

Frage der Generationengerechtigkeit diskutierten Fachleute aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft während einer Konferenz im Berliner Haus der FES.

Die Kombination aus Weltwirtschaftskrise und demographischem Wandel setzt das soziale Sicherungssystem

in Deutschland finanziell unter Druck: Immer weniger Erwerbstätige in sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten bzw. junge Menschen müssen für eine steigende Zahl von Rentempfängern finanziell aufkommen. In Zeitungsfeuilletons sowie Talkshows wird darüber gestritten, wer



die Lasten schultern soll. „Alle leben auf Kosten zukünftiger Generationen“, skizzierte der junge Journalist Danyal Bayaz die gesellschaftspolitische Herausforderung der Gegenwart. Einen Konflikt zwischen Jung und Alt erwarten die Experten deshalb jedoch nicht. Ingo

Nürnberger, politischer Referent für Alterssicherung und Rehabilitation beim DGB, erklärte, dass die gegenwärtige Entwicklung von einigen Politikern lediglich missbraucht werde, um sich öffentlichkeitswirksam zu profilieren. Podiumsgäste wie Ulrike Mascher,

Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland, und Holm Friebe, Buchautor, vertraten ähnliche Ansichten: Das derzeitige Sozialsystem müsse restrukturiert werden. Z. B. sollten Freiberufler zukünftig in die Sicherungssysteme mit einzahlen.

## DISKUSSION ZUR REFORM DES GESUNDHEITSSYSTEMS

# Gesundheit ist keine Ware

Angesichts mancher Verunsicherung über die Qualität der künftigen Gesundheitsversorgung und ihrer Kosten nahmen viele Interessierte die Einladung des Landesbüros Niedersachsen an, sich in der Reihe „FES im Landtag“ über die Entwicklungen in der Gesundheitspolitik zu informieren. Birgit Fischer, Vorstandsvorsitzende der BARMER GEK betonte eingangs, dass es weiterhin gesellschaftlicher Grundkonsens bleiben müsse, „dass jeder das Recht auf den besten Stand gesundheitlicher Versorgung hat und dass dabei entstehende Kosten sozial gerecht aufgeteilt werden“. Durch Qualitätsverbesserung, Effizienz und Prävention müsse dafür gesorgt werden, dass mit mehr Wirtschaftlichkeit Kosten gesenkt werden und Patienten trotzdem optimal versorgt werden können. Erste „Schieflagen“ durch Zusatzbeiträge hätten sich bereits gebildet, so Fischer, und die geplante Einführung eines Gesundheitsfonds oder einer Ausweitung der pauschalen und steuerfinanzierten Elemente sorgen perspektivisch zu einer Verschärfung dieser Schieflagen. Eine völlig andere Einschätzung der Situation stellte Prof. Dr. Kuno Winn, Vorsitzender des Hartmannbundes Deutschland, zur Diskussion. Aus seiner Sicht sei es unumgänglich, dass die Kosten der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland steigen werden, denn die Teilnahme am medizinischen Fortschritt sei nur durch Mehrkosten realisierbar. Zudem, so Winn, seien auch die Patienten in die Pflicht zu nehmen, Kosten nicht übermäßig in die Höhe zu treiben. Winn setzt auf eine einkommensunabhängige Kopfpauschale, die durch Steu-

ermittel ergänzt wird. Mit der Umstellung des Sachleistungsprinzips auf ein Kostenerstattungsmodell mit sozialvertraglicher Selbstbeteiligung sei eine effektive Steuerung und mehr Eigenverantwortung zu erzielen. Dem widersprach Uwe Schwarz, gesundheits- und sozialpolitischer Sprecher der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion auf das Heftigste. Die Pläne der CDU/FDP-Regierung für eine „Liberalisierung des Gesundheitsmarktes“ würden aus seiner Sicht die solidarische Krankenversicherung in ein privatwirtschaftliches Kasko-Modell überführen, aber „Gesundheit ist keine Ware und Krankenkassen sind kein Unternehmen zur Gewinnmaximierung“, so Schwarz. Auch liege die Lösung des Problems eher in der effizienten Verteilung der Gelder und in der Vermeidung von Fehl- und Doppelausgaben, speziell auch im Bereich der Pharmaprodukte.

ermittel ergänzt wird. Mit der Umstellung des Sachleistungsprinzips auf ein Kostenerstattungsmodell mit sozialvertraglicher Selbstbeteiligung sei eine effektive Steuerung und mehr Eigenverantwortung zu erzielen. Dem widersprach Uwe Schwarz, gesundheits- und sozialpolitischer Sprecher der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion auf das Heftigste. Die Pläne der CDU/FDP-Regierung für eine „Liberalisierung des Gesundheitsmarktes“ würden aus seiner Sicht die solidarische Krankenversicherung in ein privatwirtschaftliches Kasko-Modell überführen, aber „Gesundheit ist keine Ware und Krankenkassen sind kein Unternehmen zur Gewinnmaximierung“, so Schwarz. Auch liege die Lösung des Problems eher in der effizienten Verteilung der Gelder und in der Vermeidung von Fehl- und Doppelausgaben, speziell auch im Bereich der Pharmaprodukte.

### +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ „Ältere Menschen verfügen nicht nur über Lebenserfahrung und Zeit, sondern fördern mit ihrem Einsatz ein solidarisches Miteinander“, so Dagmar Vogt-Janssen vom **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**. „Bürgerschaftliches Engagement sollte zur moralischen Selbstverpflichtung werden“, forderte sie Ende Januar vor den gut 100 Fachleuten aus Verbänden und Politik, Verwaltung und Vereinen, die im Berliner Haus der FES zusammengekommen waren, um die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungswandel und ehrenamtlichem Einsatz zu diskutieren. +++

### MEHR ZUM THEMA

[www.fes.de/niedersachsen/dok\\_fes-im-landtag\\_02\\_09\\_2010.php](http://www.fes.de/niedersachsen/dok_fes-im-landtag_02_09_2010.php)

Diskussionsrunde des  
Managerkreises Ost in  
Thüringen

# Wirtschaftsmotor Energiewende

— DIE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG DER NÄCHSTEN JAHRZEHNTE IST DER KLIMAWANDEL, der einen erheblichen ökonomischen Strukturwandel der Volkswirtschaft erfordert. Denn nach den bestehenden Klimaschutzverpflichtungen muss die Bundesrepublik von 2012 bis 2020 ihre Emissionen um 19 % reduzieren.

Bei einer Veranstaltung des Managerkreises Ost diskutierten am 28. Januar Vertreter aus Energiewirtschaft, Politik und Gewerkschaften über die Chancen regenerativer Energien für den Wirtschaftsstandort Thüringen. In seinem Ein-

Diskussion war der Impuls des Thüringer Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Matthias Machnig, der generell eine „dritte industrielle Revolution“ und speziell für Thüringen einen „energiepolitischen Neuanfang“ forderte.

stärken: Bei der Windenergie bestehe in Thüringen ein Innovationsstau, aber auch Biomasse, die Solarbranche und die Geothermie sollten durch effiziente Produktionsprozesse und technologische Entwicklung gestärkt werden.



Plädierte für einen „energiepolitischen Neuanfang“: Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig. (Foto: Hessland)

gangsvortrag hob Dr. Henning Rentz, Leiter Energiepolitik der RWE AG in Essen, die entscheidende Bedeutung von sicherer Energie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum hervor. Bereits heute seien erneuerbare Energien aus dem Energiemix nicht mehr wegzudenken, das technische Potenzial jedoch noch längst nicht ausgeschöpft. Deshalb müsse man neben der anwendungsnahen Forschung noch stärker auf Partnerschaften mit Technologieführern und aufstrebenden jungen Unternehmen setzen. Ausgangspunkt der lebhaften

Thüringen sei nicht nur das grüne Herz, sondern müsse auch zum grünen Motor Deutschlands werden, illustrierte der Wirtschaftsminister seine Vorstellungen

gen. Dafür solle in Thüringen ein grünes Wirtschaftscluster etabliert werden, das vor allem auf erneuerbare Energien setzt. Machnig will in den kommenden Jahren sämtliche Bereiche regenerativer Energien

Kontrovers diskutiert wurde jedoch, inwieweit der Staat die Markteinführung neuer Technologien durch Subventionen unterstützen solle. Nannte Matthias Machnig das Erneuerbare-Energien-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung diesbezüglich eine Erfolgsgeschichte, zweifelte Henning Rentz an dem Solarstandort Deutschland. Das Thüringer Publikum, viele davon selbst in der Solarbranche tätig, unterstützte den Minister jedoch in seiner Ablehnung von Kürzungen der Einspeisevergütung für Solarstrom.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Seine „Lehren aus der Finanzmarktkrise“ vermittelte Bundesbankvorstand Dr. Thilo Sarrazin auf Einladung des Managerkreises der FES am 25. März in Rostock. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion zur Staatsverschuldung Griechenlands zog er Parallelen zu den Herausforderungen, vor denen Berlin 2002 stand. Die Europäische Währungsunion verglich Sarrazin mit einer schlanken Brückenkonstruktion. „Es gibt gusseiserne Bauwerke aus dem 19. Jahrhundert: wenn sie dort die Hälfte der Säulen entfernen, tragen sie weiterhin. Heute baut man schlankere Konstruktionen.“ So sei auch der Vertrag von Maastricht konstruiert: „Entfernen sie dort einzelne Teile, gerät die ganze Konstruktion im Belastungsfall in Schwierigkeiten.“ +++

## Ist der Westen Maßstab für den Osten?

„Ob der Westen noch als Maßstab für den Osten dient, kann man mit ja und nein beantworten. Die Frage ist nur, um welche Maßstäbe es sich dabei handelt“, sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer. „Ist der Westen Maßstab für den Osten? Perspektiven für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland“ fragte die Friedrich-Ebert-Stiftung in der Reihe „Zukunft mit Ostdeutschland“ am 30. März im Leipziger Studio 3 von Leipzig Fernsehen, zusammen mit

dem ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube. Bevor die DDR-Bürger den Westen tatsächlich kennen lernten, hätten sie ihn als ihr Gestaltungsziel anerkannt. Durch Fernsehen und Erzählungen sei ein Bild entstanden, das sie glauben machte, dort sei alles besser, erinnerte sich Böhmer.

„Der Aufbau Ost ist eine Erfolgsgeschichte“, betonte Martin Duhlig, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Aber die Probleme



seien letztlich überall gleich, ob in Dresden, München, Köln oder Hamburg. Überall komme es nun auf Innovationen an, auf den Ausbau von Bildung und Forschung.

*Zu Gast in Leipzig: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer. (Foto: Waldek)*

### 8. ARBEITSMARKTPOLITISCHER TAG DER FES IN BRANDENBURG

## Mehr Arbeit für Brandenburg

In Brandenburg wird der öffentliche Arbeitsmarkt qualitativ und quantitativ ausgebaut. Der Brandenburger Arbeitsminister Günter Baaske stellte Mitte März auf dem 8. Arbeitsmarktpolitischen Tag der FES das grundlegende Konzept dafür vor. Das Programm „Arbeit für Brandenburg“ soll neben der sozialen Integration von Langzeitarbeitslosen und ihrer Befähigung für den ersten Arbeitsmarkt die regionale Wirtschaft stärken und zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur beitragen.

Geplant ist, dass die Langzeitarbeitslosen eine feste und existenzsichernde Beschäftigung in Dörfern, Städten und Kreisen bekommen. Vorgesehen ist eine wöchentliche Arbeits-

zeit von mindestens 30 Stunden bei einem Stundenlohn von 7,50 Euro. Vorstellbar sei der Einsatz in Kitas, Pflegeeinrichtungen oder kulturellen Einrichtungen. Baaske: „Es geht ausschließlich um ergänzende und unterstützende Tätigkeit – kein Pfleger oder keine Kitaerzieherin soll damit ersetzt werden.“

In der anschließenden Diskussion war vor allem die Höhe der Entlohnung strittig. Thomas Dane vom Diakonischen Werk meinte, man müsse die ortsüblichen Löhne beachten, um den Betriebsfrieden nicht zu gefährden. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Potsdam stellte das mit 40 Millionen Euro ausgestattete Programm in Frage und hielt es für viel

sinnvoller, Zuschüsse an Unternehmen zu leisten, damit diese Personal einstellen. Baaske erinnerte die erfolgreichen Bemühungen, dem Arbeitsmarkt aufzuhelfen. In den vergangenen fünf Jahren seien die Einnahmen aus der Einkommenssteuer gestiegen, eben weil die Menschen Arbeit gefunden haben.

*Stellte neues Konzept für den öffentlichen Arbeitsmarkt vor: Brandenburgs Arbeitsminister Günter Baaske (Foto: Liebe)*



VERANSTALTUNG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG 2010

## „Kein Kalb mit zwei Köpfen“

Unter dem Motto „Schwestern, zur Sonne, zur Gleichheit, zur Integration!“ lud das Forum Politik und Gesellschaft der FES am 5. März ein, um sich



Die Hamburger Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz sprach sich deutlich für Gender Mainstreaming aus. (Foto: Kelm)

mit der Situation von Frauen „mit Zuwanderungsgeschichte“ in Deutschland zu befassen.

Drei der fünf Frauen auf dem Podium verfügten über einen türkischen Migrationshintergrund: die Hamburger Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz, die Berliner Abgeordnete Dilek Kolat und die Gleichstel-

lungsbeauftragte des Berliner Senats, Eren Ünsal: Es sind v.a. Frauen aus dieser Gruppe der Einwanderer, die bisher den Weg in die Politik gefunden haben. Jedoch stellte sich bei genauerem Betrachten heraus, dass auch die beiden anderen Mitwirkenden, Maria Macher von den Neuköllner Stadtteilmüttern und die Moderatorin Bascha Mika eine - jeweils ungarische und polnische - familiäre Migrationsgeschichte aufweisen konnten.

Mit einer scharfsinnigen Analyse hielt Lale Akgün in ihrem Einführungsvortrag der deutschen Gesellschaft einen Spiegel vor und zeigte auf, wie sehr sie sich mit Stereotypen aufhält: „Eine emanzipierte Türkin ist kein Kalb mit zwei Köpfen. Eine emanzipierte Araberin ist es auch nicht. Wenn die jungen Migrantinnen gerade aus den als problematisch wahrgenommenen Ursprungsländern eine Chance haben sollen für gesellschaftliche und politische Partizipation, dann

muss die Mehrheitsgesellschaft die Unterschiedlichkeit innerhalb dieser Gruppe wahrnehmen und nicht alle über den gleichen Kamm scheren. Linke Politik muss sich dafür einsetzen.“

Wenig überraschend waren sich alle Teilnehmerinnen einig, dass sowohl mehr Frauen als auch mehr Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement gebraucht werden. Aydan Özoguz betonte, wie wichtig Integration als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts auf allen Ebenen ist, und sprach sich deutlich für Gender Mainstreaming als Instrument aus: „Das ist ein schwieriges Wort. Geschlechtergerechtigkeit heißt ja letztendlich: Zufrieden können wir nur sein, wenn wir gemeinsam uns unterstützen und auch gemeinsam diese Wege gehen und gemeinsam immer wieder schauen: Wo fällt etwas hinten runter?“

LALE AKGÜN UND HANNOVERS OBERBÜRGERMEISTER STEPHAN WEIL IM GESPRÄCH

## Migrationshintergrund kein besonderes Merkmal

Politik, insbesondere Kommunalpolitik, lebt vom Engagement möglichst vieler Menschen, vom Interesse an lokalen Anliegen. Schwindet dieses Interesse, hat Politik – und speziell Politik, die sich als links versteht – ein Pro-

blem. So die These des Hannoverschen Oberbürgermeisters Stephan Weil bei einer Veranstaltung des FES-Landesbüros Hannover. Dass den Kommunen immer mehr Leistungen abverlangt würden, sei logisch und auch gut, aber sin-

kende finanzielle Ausstattung schränke die Leistungsfähigkeit stark ein. Weil betonte vor allem die entscheidende Rolle der Bildung und die Wichtigkeit von Investitionen in Betreuungsangebote für Kinder oder Sprachunterricht für

Eltern mit Migrationshintergrund.  
Dr. Lale Akgün, frühere Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen wies darauf hin, dass Integration eben mehr

ist als das Lernen einer Sprache, sondern dass es vor allem darum ginge, Gruppenbildung und Ghettoisierung entgegenzuwirken. Lale Akgün verwies auch darauf, dass in Deutschland Migrationshintergrund

immer noch als „besonderes Merkmal“ herausgestellt werde. Dabei beträfe dies doch mittlerweile fast die Hälfte aller in Deutschland lebenden Menschen.

## FACHKONFERENZ DESFES-GESPRÄCHSKREISES MIGRATION UND INTEGRATION

# Medien in der Einwanderungsgesellschaft

Die Medien gestalten „Öffentlichkeiten“ und sind damit mitverantwortlich für die Selbst- und Fremdbilder der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Die Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft stand deshalb im Mittelpunkt einer öffentlichen Fachkonferenz des FES-Gesprächskreises Migration und Integration am 6. März in Bonn.

Nach wie vor sind Journalistinnen und Journalisten mit Migrationshintergrund in den Redaktionen der Fernsehsender und den dominierenden Printmedien stark unterrepräsentiert. Beklagt wird, dass Journalisten mit Migrationshintergrund häufig lediglich als Experten in „Integrationsfragen“ gelten und ihnen

Kompetenzen in anderen Bereichen abgesprochen werden. Einzelne Sender, wie z. B. der WDR, haben das Problem erkannt und versuchen, über spezielle Förderprogramme, deren Anteil zu erhöhen.

Gleichzeitig eröffnet das Internet neue Wege der Vernetzung und Informationsbeschaffung. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die überwiegende Zahl der Einwanderer, die diese neuen Informationskanäle nutzen, gleichzeitig auch deutschsprachige Angebote

wahrnehmen. Mit Sorge wurde bei der Fachkonferenz aber auch konstatiert, dass auf diesen Kommunikationswegen Vorurteile geschürt und z. B. ein nicht überbrückbarer Gegensatz zwischen „islamischer Welt“ und dem „Westen“ konstruiert wird.

Die neue Integrationsdebatte in Deutschland hat die etablierten Medien erreicht. Sie müssen ihre Programminhalte neu gestalten, ihre Personalstrategien ändern und ihre Zielgruppen neu bestimmen, um ihrer verantwortungsvollen Rolle in der Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden.

## +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Eine bundesweites **Netzwerk italienischer Frauen in Deutschland** unter der Leitung der Abgeordneten des italienischen Parlaments Laura Garavini wurde am 27. Februar in den Räumen der FES in Berlin begründet. Der italienische Botschafter in Berlin Michele Valensise und die Berliner Bundestagsabgeordnete Eva Högl begrüßten die Initiative und betonten die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für eine bessere Integration der italienischen Zuwanderer, die mit über 500.000 Einwanderern die zweitgrößte Gruppe der „Gastarbeiter“ in Deutschland stellen. Die italienischen Frauen haben diese Notwendigkeit erkannt. +++

## Allein erziehend, aber nicht allein gelassen?

Ein-Elternteil-Familien sind am Anfang des 21. Jahrhunderts gesellschaftliche Normalität. In Deutschland gibt es über 1,5 Millionen Alleinerziehende, in erster Linie Frauen, die jeden Tag Höchstleistungen erbringen und im Alltag Meisterinnen der Organisation sein müssen. Hinzu kommen oft finanzielle Sorgen. In Deutschland gibt es kaum ein größeres Armutsrisiko als alleine ein Kind großzuziehen. Das Forum Politik und Gesellschaft der FES hat das Thema in einer Konferenzreihe aufgegriffen und sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit Verbänden, Organisationen und Wissenschaft neue Politikangebote für Al-

leinerziehende zu entwickeln. „Deutschland ist, was seine Politik für Alleinerziehende betrifft, ein Entwicklungsland“, so brachte es Manuela Schwesig, Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, bei der Auftaktkonferenz der FES zum Thema Ein-Elternteil-Familien am 10. Februar auf den Punkt. Auch Edith Schwab, Bundesvorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter e. V., sieht großen Nachholbedarf. Sie kritisierte die Versuche konservativer Politik, „ausschließlich verheiratete Eltern als richtige und kompetente Erzieher und Erzieherinnen für ihre Kinder“

zu bezeichnen und zeigte die „Brüche zwischen dem tatsächlichen Leben und dem geltenden Recht“ auf, die sich „besonders für Alleinerziehende negativ, hinderlich und diskriminierend auswirken.“ „Einen radikalen Gedanken“ formulierte Elisabeth Niejahr, Redakteurin im Hauptstadtbüro der ZEIT und selber alleinerziehende Mutter: „Meine Idealvorstellung wäre ein Staat, der sich mit seinem Steuer- und Abgabensystem komplett heraushält aus der Frage, ob Menschen als Paare zusammenleben, wie sie zusammenleben, und die Förderung ausschließlich am Stand der Kinder festmacht.“

### — Politische Handlungskompetenz für zukünftige Erzieherinnen

„Erzieherin zu werden, das war schon seit meiner Schulzeit mein Fernziel. Wegen meiner sprachlichen Probleme ging das damals nicht. Jetzt gibt mir das neue Kibiz die Chance dazu. Wenn ich die Ausbildung erfolgreich abschließe, bewerbe ich mich direkt für den Ausbildungsgang Sozialmanagement“, das sagt die fünfundreißigjährige Zahide. Ihre Eltern kommen aus der Türkei. Sie ist eine von 26 Frauen im Alter von 25 bis 49, die sich berufsbegleitend in der Abendschule des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs von der Kinderpflegerin zur staatlich anerkannten Erzieherin ausbilden lassen.

Das neue NRW-Kinderbildungsgesetz, Kibiz genannt, schreibt vor, dass ab 2011 in Gruppen mit unter-Dreijährigen keine Kinderpflegerin als zweite Kraft mehr eingesetzt werden darf. Für viele Frauen heißt das: Weiterqualifizierung oder Arbeitslosigkeit. 26 Frauen, davon mehr als die Hälfte mit Migrationshintergrund aus Polen, Spanien, Portugal, Kasachstan, Kirgistan, dem Iran und der Türkei, haben sich für die Weiterbildung ent-

schieden: Ein schwieriger Spagat zwischen Beruf, Abendschule und Familie.

Und dann auch noch ein zusätzliches Seminar zur politischen Handlungskompetenz und Rhetorik beim ForumNRW der FES in Bonn? Dafür die Kinder eine ganze Woche beim Ehemann bzw. den Großeltern lassen? Das hat einigen Bauchschmerzen bereitet!

Der Tenor der Abschiedsreden aber war, dass sich das Seminar gelohnt hat. Es war gut für den Gruppenzusammenhalt und besonders gut für das Selbstvertrauen der Frauen. Sich eine politische Meinung zu bilden und in einer Debatte zu vertreten, das sind Erfahrungen, die sie nun im Beruf und im Rahmen ihres sozialen oder gewerkschaftlichen Engagements ausbauen wollen. Die FES und das Berufskolleg kooperieren seit rund zehn Jahren mit Erfolg in verschiedenen Ausbildungsgängen wie zur Erzieherin oder im Sozialmanagement. Ein schöner Zufall, dass das Seminar am Internationalen Frauentag begann.

Zwei Fachgespräche des FES-Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“

# Wie weiter gegen rechts?

— WIE MÜSSEN DIE BUNDESPROGRAMME GEGEN RECHTS IN ZUKUNFT FORTGEFÜHRT UND ERWEITERT WERDEN? Welche Schritte sind nötig, um das Thema Rechtsextremismus auf der politischen Agenda zu halten?

Bei einem Fachgespräch des Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ diskutierten darüber am 25. Februar u.a. Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Anto-

sprechende nachhaltige Institutionalisierung ermöglichen soll. „Extrem = extrem?“, fragte eine weitere Veranstaltung des FES-Projekts „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremis-

tremismusbekämpfungsprogramme“ fortzuführen und auf Linksextremismus und Islamismus auszuweiten, eine kontroverse Debatte um den zukünftigen innenpolitischen Kurs losgetreten. Die rhetorische Gleichsetzung von Extremismus von „rechts“ und „links“ löste Irritation und Besorgnis aus. Insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen bangen seither um die notwendige politische Unterstützung zur Fortführung und Verstetigung ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Der kontinuierliche Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist ein zentrales Arbeitsfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bundesweit und abteilungsübergreifend bietet sie Tagungen und Seminare zum Thema an und zeigt Ausstellungen über Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Im Februar traf sich der Gesprächskreis „Für Demokratie – Gegen rechts“, um u.a. mit Professor Richard Stöss von der Freien Universität Berlin sowie mit Martin Gerster, MdB und stellvertretender Sprecher AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion, über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen zu diskutieren. Mehr unter: [www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/)

nio Stiftung, Prof. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal und Sönke Rix, MdB und Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion. Die Diskussion verdeutlichte, dass die erfolgreichen Ansätze und Methoden auch eine institutionalisierte, langfristige Förderung erhalten sollten. Eine „Projektitis“, so Roland Roth, in der Projekte sich ständig neu erfinden müssten, statt ihre Energie und Arbeit auf das Ausbauen des Erprobten zu verwenden, sei kontraproduktiv. Sönke Rix schilderte das Engagement der SPD für eine Bundesstiftung, die eine ent-

mus“ am 17. März in Berlin. Dr. Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung, Sebastian Edathy, MdB, Miriam Bürger vom DGB Berlin-Brandenburg, Bianca Klose, Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin, und Gordian Meyer-Plath vom Verfassungsschutz in Brandenburg diskutierten kontrovers darüber, was zu tun sei, damit die Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht Opfer ideologischer Begriffsdebatten wird. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat mit ihrem Vorhaben, die vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als „Ex-

## Schülerinnen und Schüler zeigen Courage!

Gerade Jugendliche sehen sich in ihrem Alltag immer öfter mit verbaler Ausgrenzung und Diskriminierung, aber auch mit Gewalt und Rassismus konfrontiert. In solchen Situationen für Demokratie, Toleranz und ein gewaltfreies Miteinander einzustehen und sich argumentativ zu behaupten, ist nicht immer leicht. Zivilcourage und Demokratiekompetenz wollen gelernt sein! Stellt sich nur die Frage: Wie mache ich das?

Viele praktische Antworten auf diese Frage bot der Projekttag

„Courage zeigen – Gegen Rassismus, für Demokratie!“, den das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und das Zeughaus Augsburg am 24. März mit 100 Schülerinnen und Schülern veranstalteten. Nachdem der Landtagsabgeordnete und jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Linus Förster, in seinem Grußwort zum Hinsehen, Mitmachen und Mitreden aufgefordert hatte, gingen die Schüler

in sechs verschiedenen Workshops ans Werk. In vielfältigen kreativen Formen widmeten sie sich den Themen Rassismus und Rechtsradikalismus, Zivilcourage und interkultureller Dialog und entwickelten eigene Handlungsstrategien für ein demokratisches Miteinander in Schule, Verein und Jugendclub. Vom Rollenspiel über die interkulturelle Schreibwerkstatt bis hin zu Argumentationstraining und Musikworkshop – es wurde gespielt und geschauspielert, geredet und argumentiert, geschrieben und vorgetragen.

### +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Nach Bedarf und Zielgruppen abgestimmte Seminare zum effektiven Umgang mit dem Rechtsextremismus bietet das **Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung** mit seiner Seminarreihe „Hilfen zum Handeln“ an. Im Januar unterstützte es die Wilhelm-Ostwald-Schule in Berlin bei ihrem Anliegen, „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu werden. +++

+++ Was ist eigentlich der Unterschied zwischen einer Debatte und einem Streit? Mit dieser Frage startete eine **neue Workshopreihe der FES für Jugendliche** ab 15 Jahren an Berliner Schulen. Das Forum Politik und Gesellschaft hat einen Workshop entwickelt, der die Jugendlichen mit der Kunst der Debatte vertraut machen soll. Thematisch liegt der Schwerpunkt auf den zwanzigjährigen Jubiläen der friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung. Zeitungsartikel, der Film „Es gab auch andere wunderschöne Farben“ und Zeitzeugenberichte bildeten die spannende Informationsbasis. Das Schulsystem einer Diktatur wird dem einer Demokratie gegenübergestellt: Schule in der DDR und heute. +++

+++ Der Parteitag der rechtsgerichteten Gruppierung „Pro NRW“ am 27. März in Gelsenkirchen hatte sich gerichtlich ebenso wenig verhindern lassen wie die Mahnwachen vor Moscheen im Ruhrgebiet. Im Eingangsbereich der Räume, in denen „Pro NRW“ tagte, präsentierte deshalb die Gelsenkirchener „Demokratische Initiative“ in Zusammenarbeit mit der Stadt die **Ausstellung „Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen – NRW für Toleranz und Menschlichkeit“**. Franz Müntefering (Bild) eröffnete diese Ausstellung des Forums Jugend und Politik der FES und unterstützte damit die friedlichen Proteste gegen Fremdenfeindlichkeit. Aufklärung und Engagement seien gerade heute wichtiger denn je, so Müntefering. +++





## Offene Baustellen der Medienpolitik

Bürgerfunk, Tageszeitung, NDR und Privatfernsehen, Blogger – das Spektrum im Publikum spiegelte das Spektrum des Themas wider und die Diskussion zeigte, dass es zahlreiche „offene Baustellen“ im Feld Medienpolitik gibt, die es zu bearbeiten gilt. „Digitaler Dschungel oder mediale Wüste?“, lautete die Fragestellung einer Veranstaltung des niedersächsischen FES-Landesbüros zur Zukunft der Medien. Und doch war das beherrschende Thema das Spannungsfeld von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, die Sinnhaftigkeit der Gebührenfinanzierung, die Frage nach Werbung und Bildungsauftrag, nach Vielfalt und Massenunterhaltung. Der anstehende 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird aber auch die Frage der Onlineangebote oder des kom-

merziellen Bürgerfunks zu beantworten haben und da waren sich Reinhold Albers, Chef der Niedersächsischen Landesmedienanstalt, und Daniela Behrens, medienpolitische Sprecherin der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, uneinig über die geeigneten Mittel, Wege und programmatische Ausrichtung.

Wer mit welchem Angebot in welchem Medium – Hörfunk, Fernsehen und Internet – vertreten sein darf, war eine heftig diskutierte Frage. Unverzichtbar ist dabei aus Sicht von Dr. Werner Hahn, Justiziar des Norddeutschen Rundfunks, die Notwendigkeit für die öffentlich-rechtlichen Sender, auch im Internet mit einem aktuellen Angebot vertreten zu sein. Prof. Dr. Karl-E. Hain, Medienrechtler an der Universität Köln, führte aus, dass durch die Digitalisierung und Kon-

vergenz eine neue Medienlandschaft im Entstehen sei, die hergebrachte Trennungen zwischen verschiedenen Akteuren der Massenkommunikation aufweiche. Gewerkschafter Rainer Butenschön forderte vor allem den Schutz der Journalisten. Nur durch – inhaltlich und wirtschaftlich – unabhängigen Journalismus sei die Meinungsvielfalt aufrechtzuerhalten.

### +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Die OnlineAkademie der FES präsentierte sich vom 8. bis 10. Februar auf der Fachtagung „Web 2.0 in der politischen Bildung“ in Hattingen. Der Kongress bot ganz praktischen Einblick, was sich hinter Anwendungen wie „Twitter“, „Facebook“, „Blogs“ und „Podcasts“ usw. verbirgt. Gemeinsam ist Web 2.0-Technologien, dass sie Nutzern kostengünstig gestatten, Inhalte zu erstellen, im Internet zu verbreiten und mit anderen darüber in Austausch zu treten. Ergänzt wurde der Kongress durch einen Markt der Möglichkeiten, auf dem die OnlineAkademie über ihre bereits mit Web 2.0-Elementen ausgestattete interaktiven Lernplattformen [www.fes-online-akademie.de](http://www.fes-online-akademie.de) bzw. [www.fes-kommcheckers.de](http://www.fes-kommcheckers.de) (eLearning Kommunalpolitik) informierte. +++

+++ Doris Zander begann ihre Karriere als Assistentin von Hans Rosenthal und Geschäftsführerin von dessen Produktionsfirma. Über weitere Stationen wechselte sie 2006 zu Aspekt Telefilm-Produktion Berlin. Eine Vielzahl von Filmen entstanden unter ihrer Verantwortung, darunter die mit dem Grimmepreis ausgezeichnete Produktion „Ende der Saison“. Am Beispiel des Films „Ein starker Abgang“ mit Bruno Ganz und Monika Bleibtreu, den sie eines ihrer schönsten Projekte nennt, gab sie bei einem **Hintergrundgespräch des Managerkreises Berlin-Brandenburg** am 24. Februar Einblick in ihre Tätigkeit als Produzentin, für die wirtschaftlicher Weitblick und Risikobereitschaft ebenso wichtig sind wie das Gespür für Stoffe und Themen. +++

DAVID RUBINGER ZU GAST IN MÜNCHEN UND BERLIN

## Pionier der israelischen Pressefotografie

Das Bild ist Teil des kollektiven Gedächtnisses einer Nation und ging um die Welt: drei israelische Soldaten stehen nach der Einnahme von Jerusalem andächtig vor der Klagemauer. Dabei wäre es beinahe für immer im Archiv verschwunden, wäre es nach dem Fotografen David Rubinger gegangen.

„Vom rein fotografischen Standpunkt her ist das Bild nicht sehr gelungen“, verkündete er vor der vollbesetzten Black Box des Gasteig München. Seine Frau konnte ihn glücklicherweise eines Besseren überzeugen. Es waren Geschichten wie diese, die im Mittelpunkt der Veranstaltung des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie der Gasteig München GmbH standen. Rubingers Bilder erkunden das Lebensgefühl einer Nation auf der Suche nach Identität und Normalität und sind Teil des kollektiven vi-

suellen Gedächtnisses Israels. Im Rahmen der Veranstaltung nahm Rubinger die knapp 200 Besucher mit auf eine Reise durch die Geschichten hinter seinen Bildern. Es wurde eine Reise voller eindrucksvoller Momente, teils bedrückend angesichts der Kriegsfotografien, die das unermessliche Leid auf beiden Seiten einfangen, teils hoffnungsfroh und berührend. David Rubinger ließ das Publikum teilhaben an sehr persönlichen Momenten großer Staatsmänner wie auch einfacher Menschen. So ermöglichte der Abend einen tiefen persönlichen Einblick in die Geschichte, den Weg der kollektiven Identitätsfindung, aber auch in die Schattenseiten der letzten 62 Jahre des Staates Israel. David Rubinger signierte anschließend seine Biographie „Israel durch mein Objektiv – 60 Jahre als Fotojournalist“, die im Pelens Verlag Bonn erschienen ist. Eine weitere Vorstellung des



Schuf wichtige Teile des kollektiven Gedächtnisses Israels: der Fotograf David Rubinger. (Foto: Schicke)

Buches fand in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e. V. am 12. April statt. Auch dort las David Rubinger zusammen mit seiner Co-Autorin Ruth Corman Passagen aus seiner Biografie.

### +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Anlässlich des **90. Geburtstages des Holocaust-Überlebenden Dr. h. c. Max Mannheimer** gratulierte das BayernForum der FES mit einer Ausstellung, der Filmvorführung „Der Weisse Rabe“ und einer Lesung mit Münchner Schülern. Max Mannheimer arbeitet seit über 10 Jahren mit dem BayernForum zusammen und verbindet die Erinnerung an den Holocaust mit Aufklärung und Versöhnung. Seine Botschaft an die junge Generation ist: „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.“ +++

+++ Zum **Gedenken an den Tod Herbert Wehners vor 20 Jahren** legten am 19. Januar Vertreter der

Friedrich-Ebert-Stiftung und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Kränze und Blumen am Grab Herbert Wehners in Bonn-Bad Godesberg nieder. Peter Struck (Bild), stellvertretender Vorsitzender der FES, erinnerte gemeinsam mit der Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles (Bild), an Herbert Wehners maßgeblichen Beitrag zur sozialdemokratischen Politik und damit auch zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. +++

(Foto: AdSD, Raschke)



## Vorschule der Demokratie?

In Leipzig trafen sich am 1. Dezember 1989 Vertreter der oppositionellen Gruppen, der Blockparteien, des Rates des Bezirkes und der SED zum ersten Rundtisch-Gespräch. Der runde Tisch der Stadt Leipzig übernahm die politischen Aufgaben des Stadtparlaments und vereinte für wenige Monate sowohl Exekutive wie Legislative. Mit den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 und der Länderbildung im Sommer 1990 wurden die Voraussetzungen für eine kommunale Selbstverwaltung

geschaffen und die runden Tische gaben ihre Kompetenzen an die neugewählten Volksvertretungen ab. Die runden Tische vermochten es somit, die Regierbarkeit des Staates, der Städte und Gemeinden aufrechtzuerhalten und demokratischen Strukturen den Weg zu ebneten. Am historischen Ort, dem Plenarsaal des Leipziger Neuen Rathauses, erinnerte die Friedrich-Ebert-Stiftung am 23. März an die schrittweise Machtübergabe der SED an

die neuen politischen Gruppierungen. Der Wittenberger Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer beklagte in der Podiumsveranstaltung, dass es für die neuen politischen Kräfte zu wenig Zeit gegeben habe, die demokratische Erneuerung aus sich heraus zu gestalten, weil bereits die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 dominiert gewesen sei vom Kräfteverhältnis und der Organisationskraft der etablierten Parteien aus der alten Bundesrepublik.

### — Hans-Rosenberg-Gedächtnis-Preis 2010

Der Hans-Rosenberg-Gedächtnis-Preis zur Förderung von Nachwuchshistorikern wurde am 22. März in der Berliner Humboldt-Universität zum vierten Mal von der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen.

Der Historiker Dr. Sebastian Ullrich erhielt diese, mit 5.000 Euro ausgestattete, Auszeichnung für seine Dissertation: „Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959“. Ullrich, Jahrgang 1975, studierte Geschich-

te, Philosophie und Politikwissenschaft in Berlin und Cambridge und promovierte 2008 an der Humboldt-Universität. „Sebastian Ullrich ist ein großer Wurf gelungen. Nach der Lektüre dieser Arbeit versteht man besser als zuvor, wie die zweite deutsche Demokratie zu dem wurde, was sie heute ist“, urteilte Prof. Heinrich August Winkler.

Die Professoren Heinrich August Winkler, Hartmut Kaelble und Hans-Jürgen Puhle bilden zusammen mit der Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der FES, Dr. Anja Kruke, das Kuratorium der Stiftung.

### — Zwei Historiker nehmen Abschied

Nach fast 35 Jahren beendeten Prof. Dr. Beatrix Bouvier und Prof. Dr. Friedhelm Boll ihre Tätigkeit in der historischen Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zum Abschied von Beatrix Bouvier fand am 18. Februar ein Symposium über „Neue Perspektiven auf die Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung“ statt.

Auf die bedeutende Rolle, die Oral History in Friedhelm Bolls wissenschaftlichem Werk zukommt, zielte das Symposium zu seiner Verabschiedung am

29. März: „Geschichte, Politik und Oral History. Eine Beziehungsgeschichte“. In diesem Rahmen stand ausnahmsweise einmal der Historiker selbst, nämlich Friedhelm Boll, im Mittelpunkt des Zeitzeugengesprächs. Mit ihm diskutieren Professor Dr. Lutz Niethammer, einer der Wegbereiter der Oral History in der Geschichtswissenschaft, und Dr. Peter Struck, bis 2009 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zu deren Geschichte von 1949 bis 2009 Friedhelm Boll eine umfangreiche Darstellung erarbeitete.

# Konfliktrisiko in demokratischen Übergangssituationen

Beitrag von Prof. Jack Snyder, Political Science Department, Columbia University, New York zu einem internationalen Workshop der FES in Berlin, über die Erfahrungen mit dem komplexen Verhältnis von Wahlen und Konflikt

Selten waren sich Menschenrechtsanwälte und US-Präsidenten wie George W. Bush oder Bill Clinton so einig: Die Förderung von Demokratien sichert Frieden. Doch der Weg dorthin ist nicht einfach. Gewalttätige Auseinandersetzungen wie im Libanon, dem Irak, Afghanistan und den palästinensischen Gebieten folgten Präsident Bushs „Krieg gegen den Terror“ und seinen Plänen für einen „neuen mittleren Osten“. Anders gelagert sorgten Umbruchsprozesse in den Neunzigerjahren für Krisen. Aus Wahlen in jungen Demokratien folgten in Algerien, Burundi und Ex-Jugoslawien Bürgerkriege.

Bereits ab dem 19. Jahrhundert war zu beobachten, dass Staaten im demokratischen Umbruch anfällig für Bürgerkriege waren. Ursache dafür ist das Machtstreben einzelner Gruppen in einem Umfeld schwacher Institutionen, in dem eine Interessenregulierung nicht stattfindet. In anderen Fällen resultieren Krisen aus dem nicht erfüllbaren Wunsch der Bevölkerung nach politischer Teilhabe – und den Abwehrmechanismen der regierenden Eliten. Oft blüht dann Populismus auf, in dem Eliten durch den Verweis auf Nationalitäten und Ethnien von ökonomischen und politischen Problemen im Land ablen-

ken wollen. Liberale demokratische Ideale haben dann eine Chance, wenn die Institutionen gestärkt sind.

In anderen Fällen dominiert statt Populismus Unterdrückung durch autoritäre, oft bewaffnete Gruppen. Wahlen können auch dann als Mittel zum Machterhalt eingesetzt werden – wenngleich oft nur als Symbol der Außendarstellung. Diese Strategie geht nicht auf, wenn die Unterlegenen die Wahl Niederlage nicht akzeptieren und aufbegehren, oder die Gewinner übergangslos in Despotismus zurückfallen.

Bei allem Konfliktrisiko in demokratischen Übergangssituationen – es gibt Positivbeispiele. In Brasilien, Chile, Ungarn, Polen, Südkorea, Südafrika oder Taiwan gelang der Umbruch; auch, weil die Institutionen bereits vor den ersten freien Wahlen relativ entwickelt waren. Daneben beeinflussen fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung, geringe Abhängigkeit von Bodenschätzen wie Öl, politische Lage der Nachbarstaaten, Struktur der Bevölkerung und Erfahrung des Landes mit Demokratie die Chancen auf einen friedlichen Umbruch. Jedoch, wie Robert Dahl und Samuel Huntington vor Jahrzehnten feststellten: Dieser britische Ansatz aus dem neunzehnten Jahrhundert – zunächst Stärkung der Institutionen, dann freie Wahlen – ist seltener geworden. Dies zeigen die jüngeren Beispiele aus Nahost.

Freie Wahlen nach Konflikten sind für Gesellschaften Wegscheiden zwischen Demokratie und Rückfall ins autoritäre Chaos. Frühzeitige Wahlen können gut verlaufen, wenn gewalttätige Gruppen entwaffnet wurden, internationale Missionen die Situation absichern oder die Institutionen entwickelt sind. Doch gerade wenn die Machtsituation nach Krisen am Wahltag ungeklärt ist, steigt das Risiko des Misserfolgs. Das Beispiel der jüngeren Wahlen im Irak zeigt, dass in einem demokratisch unerfahrenen Land Wahlkämpfe zu ethnischer oder konfessioneller Teilung führen können. Der ehema-

lige US-Präsident George W. Bush sagte, dass „Demokratie zu praktizieren ein Land reif für Demokratie macht“ - oft genug gilt das Gegenteil. Doch wann können Umbrüche erfolgreich sein?

Eine Antwort: Es muss Gruppierungen geben, die autoritäre Eliten überwinden wollen, sich zugleich aber der Rückfallgefahr bewusst sind. Ein Weg führt über sanfte Reformen, die Nährboden für institutionelle Entwicklung sein können, liberale Kräfte stärken und rechtsstaatliche Prinzipien verankern. Verschiedene Taktiken können wirken: Amnestien, Eigentumsrechte, professionelle Medien, eine

zügige Reform der Bürokratie und Wirtschaft – und die interne Demokratisierung der Parteien.

Auch externe Kräfte können den Prozess befördern. So half der Einsatz der EU für Minderheitenrechte in Rumänien und der Slowakei bei der Demokratisierung der Länder. Andersherum begünstigte die einseitige Einmischung internationaler Geber in Burundi 1993 einen ethnischen Konflikt mit mehr als 200.000 Todesopfern. Eine realistische Einschätzung des Landes bleibt daher Grundlage für eine erfolgreiche Einmischung.

## WAHLEN UND KONFLIKT IN AFGHANISTAN

# Übergang mit ungewissem Ausgang

Die aktuellen Medienberichte über Afghanistan sind alles andere als ermutigend: Selbstmordanschläge, zivile Opfer, Korruption, hohe Kosten und wenig positive Resultate – dies prägt das öffentliche Bild. Auch nach der internationalen Afghanistan-Konferenz in London von Ende Januar befinden sich Aufbau- und Friedensprozess weiterhin in einer kritischen Phase. Die Sicherheitslage ist zunehmend prekär und beeinträchtigt die Arbeit ausländischer Hilfsorganisationen vor Ort.

Afghanistan verfügt zwar formal über alle Institutionen einer parlamentarischen Demokratie; überall mangelt es jedoch an ausreichend qualifiziertem Personal und nicht selten an demokratischen Werten und Überzeugungen. Die Enttäuschung der afghanischen Bevölkerung über das Unvermögen von Regierung sowie internationaler Gemeinschaft, in ausreichendem Maße für Sicherheit und Entwicklung zu

sorgen, führt zu einer weiteren Marginalisierung demokratischer Kräfte innerhalb des Landes.

Afghanistan und Deutschland haben eine lange Tradition der Freundschaft, des kulturellen Austausches und der Zusammenarbeit. Auch in der heutigen düsteren Zeit sind viele deutsche Organisationen vor Ort, was von dem überragenden Teil der afghanischen Bevölkerung sehr wertgeschätzt wird. Die Friedrich-Ebert-Stiftung war im Jahr 2002 die erste politische Stiftung, die ein Büro in Kabul eröffnete. Bis heute werden zahlreiche Projektaktivitäten nicht nur in Kabul, sondern auch in - je nach aktueller Sicherheitslage – zugänglichen Provinzen von dem unerschrockenen Team mit seiner Leiterin Tina Blohm durchgeführt.

Welche Beiträge kann eine politische Stiftung zur schrittweisen Demokratisierung des Landes und einer konstruktiven Konflikttransformation

leisten?: Z. B. durch die Unterstützung des Aufbaus von demokratischen Institutionen,

aber auch gezielt der Zivilgesellschaft mit einem besonderen Fokus auf Frauen und Nachwuchskräfte. Zentrale Projekte sind der Aufbau demokratischer Plattformen, die Frauenförderung in Politik und Gesellschaft, das „Young Leaders Forum“ (YLF) zur Unterstützung gesellschaftspolitisch engagierter junger Menschen sowie die Förderung von Journalisten und der Aufbau einer

demokratisch verfassten und pluralistisch orientierten Medienlandschaft.

Für 2010 stehen Parlamentswahlen in Afghanistan an. Wie im Vorjahr im Vorfeld der Präsidentschafts- und Provinzwahlen bemüht sich die FES intensiv, einen demokratischen Wahlprozess zu unterstützen. So werden Trainings zu Wahlrecht und Kommunikationsstrategien durchgeführt; Erstwählermobilisation findet durch ein Theaterprojekt statt; ausgewählte reformorientierte Politikerinnen und Politiker sowie Nachwuchskräfte werden zu Informationsprogrammen nach Deutschland eingeladen; in Diskussionsrunden und Konferenzen werden offen die Her-

ausforderungen im Zuge des Wahlprozesses mit Regierung und Zivilgesellschaft debattiert. Young Leaders arbeiten in den Provinzen mit lokalen Jugendorganisationen zusammen und vermitteln das selbst entworfene „Planspiel Wahlen“.

Das „Young Leaders Forum“ (YLF) ist mittlerweile um seinen sechsten Jahrgang erweitert worden, umfasst 160 Mitglieder, darunter über ein Drittel Frauen. Die aus dem YLF heraus ausgebildeten Juniortrainer/innen haben über die Zielgruppe Jugend hinaus ihr Wissen landesweit weitergegeben und jüngere Menschen zur aktiven Mitgestaltung insgesamt und zur Teilnahme an den Wahlen angeregt. Auch

das 2007 begonnene Young Journalist Network wächst und gedeiht gegen alle Widerstände.

Afghanistan befindet sich in einer Übergangsphase, deren Ausgang ungewiss erscheint, die Herausforderungen sind beträchtlich. Doch gerade in dieser kritischen Phase gilt es, den bedrohten Friedens- und Demokratisierungsprozess am Leben zu erhalten. Bahram R., einer der Young Leaders, sagte auf einer kürzlich organisierten FES-Konferenz: „For sure, no democracy is complete. But it is important that Afghanistan is going to do the biggest practice of democracy in its history once again, which is the election.“

## Wahlen in Postkonflikt-Staaten

Zentrale Einsichten und Erfahrungen im Hinblick auf Wahlen in Postkonflikt-Staaten hat Professor Winrich Kühne, SAIS Bologna Center der Johns Hopkins University, für den Fachworkshop der FES über Wahlen und Konflikt, der am 02. November 2009 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin stattfand, analysiert:

### Vier strategische Erfahrungen

1. Wahlen sind nur der erste Schritt in einem in der Regel langfristigen Demokratisierungsprozess. In der Vergangenheit wurde das internationale Engagement nach der erfolgreichen Durchführung von Wahlen oft zu früh beendet oder reduziert.
2. Wahlen erfordern als Minimalvoraussetzungen eine ausreichend sichere Lebensumgebung, sowie halbwegs funktionierende Verwaltungs- und Kommunikationsinfrastruktur und ein Polizei- und Justizwesen.
3. Wahlen sollten – im Gegensatz zur verbreiteten Praxis im Rahmen von internationalen Frie-

densmissionen – jedenfalls auf nationaler Ebene eher später als früher in einem Friedensprozess durchgeführt werden.

4. Sog. traditionelle Strukturen und Verfahren sollten bei der Organisation und Durchführung von Wahlen zwar berücksichtigt werden, sind in der Regel aber kein Ersatz für diese, da sie durch Kolonialismus, Diktatur und langjährige Konflikte zumeist deformiert und in ihrer Legitimität stark eingeschränkt sind.

### Fünf Kernelemente erfolgreicher Wahlen

1. eine funktionierende Wählerregistrierung
2. ein den lokalen Gegebenheiten angemessenes Wahlsystem (Mehrheitswahl, Verhältniswahl, gemischte Wahlsysteme)
3. eine unabhängige Nationale Wahlkommission
4. Ein funktionierendes Wahlbeschwerdesystem
5. vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den konkurrierenden (Konflikt-)Parteien

## Irak: Positives Urteil über Wahlverlauf

Zum dritten Mal seit dem Krieg von 2003 wurde am 7. März im Irak ein neues Parlament gewählt. Neben den rund 12 Millionen Wählern waren erneut Zehntausende Wahlbeobachter unterwegs, um den Wahlverlauf zu beobachten. 15.000 von ihnen wurden im Rahmen eines Projektes der FES ausgebildet und mobilisiert.

Umgesetzt wurde das Wahlbeobachter-Projekt vom Iraqi Democratic Future Network (IDFN), einem Zusammenschluss von derzeit 16 Nichtregierungsorganisationen. Zu den Stärken von IDFN gehört, dass unter dem Dach des Netzwerkes Vertreter aller ethnischen und religiösen Gruppen des Irak vereint sind.

In landesweit 280 Auffrischkursen wurden die Beobachter mit dem neuen Wahlrecht und spezifischen Regularien vertraut gemacht. Daneben lernten die Freiwilligen, die vier aus fast 60 Einzelpunkten bestehenden Fragebögen zur Wahlbeobachtung sorgfältig auszufüllen. Diese wurden von der FES mit entwickelt und helfen, ein möglichst genaues Bild des gesamten Prozesses zu zeichnen. Inzwischen gilt der Fragebogen für alle bei der Unabhängigen Irakischen Wahlkommission (IHEC) akkreditierten Wahlbeobachter als Referenz.

Die Wahlbeobachtung beschränkte sich dabei nicht auf den Wahltag selbst, sondern umfasste sämtliche Schritte des

Wahlprozesses. Dies begann bei der Aktualisierung der Wählerregister und reichte über die Registrierung der Kandidaten, die Wahlkampagne und die Berichterstattung der Medien bis zum „Special Needs Vote“, bei dem in Gefängnissen, Krankenhäusern und Kasernen abgestimmt wurde. Am eigentlichen Wahltag wurden der Transport der Urnen begleitet, die Auszählung kontrolliert und Einmischungen z. B. der Sicherheitskräfte notiert.

Welche positive Wirkung die flächendeckende Wahlbeobachtung im Irak mit seinen zahlreichen ungelösten Konflikten entfalten kann, haben bereits die Regionalwahlen 2009 eindrucksvoll belegt: Damals strafen die Wähler religiöse und inkompetente Mandatsträger massiv ab. Nach anfänglichen Protesten mussten die Verlierer ihre Niederlage einräumen, Vorwürfe von massivem Wahlbetrug erwiesen sich angesichts der als seriös angesehenen Arbeit der Wahlbeobachter als gegenstandslos. Bisher fällt das Urteil der Wahlbeobachter insgesamt positiv aus, die Arbeit der irakischen Wahlkommission wird überwiegend gelobt. Die Wahlkommission selbst hob ihrerseits in mehreren Schreiben die Bedeutung der Arbeit von IDFN hervor.

Inzwischen sind die Wahlbeobachter von IDFN/FES gefragte Gesprächspartner vieler Botschaften, arabischer Fernsehstationen oder der Vereinten

Nationen. Gleichzeitig standen sie beispielsweise den wenigen internationalen Wahlbeobachtern, die viele Landesteile nicht abdecken konnten, mit Rat und



Tat zur Seite. Die Berichte von IDFN wurden auf den Webseiten sowohl der UN als auch der Irakischen Wahlkommission IHEC veröffentlicht, mit der IHEC gibt es regelmäßig Abstimmungsgespräche. Anders als 2005 nahmen diesmal alle relevanten politischen Kräfte an der Abstimmung teil. In vielen Provinzen stellten erstmals auch die Sunniten ihre Kandidaten zur Wahl. Sie hatten den Urnengang vor vier Jahren noch boykottiert. Angesichts der nach wie vor angespannten Sicherheitslage kam der Arbeit der Wahlbeobachter deshalb eine besonders große Bedeutung zu, um nach Jahren bürgerkriegsähnlicher Zustände mit einem breit legitimierten Parlament die entscheidenden Zukunftsfragen des Landes endlich in Angriff nehmen zu können.

*Im Vorfeld der Wahlen hat erstmals eine FES-Delegation Bagdad besucht, um mit der Wahlkommission, Vertretern der Partnerorganisation sowie dem Staatspräsidenten über den Stand des Projektes zu beraten. Von links: Achim Vogt (FES Amman), Hajo Lanz (Referatsleiter Nahost), Freiherr Paul von Maltzahn (deutscher Botschafter) und der irakische Staatspräsident und Vorsitzende der SI-Mitgliedspartei Patriotic Union of Kurdistan (PUK). (Foto: Talabani)*

## MAZEDONIEN

## Fragiler Staat oder regionaler Stabilitätsanker?

Seit der Unabhängigkeitserklärung von 1991 erlebt Mazedonien ein Auf und Ab: Zwar fanden Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen statt, jedoch bestand häufig Anlass zu teils massiver Kritik durch OSZE-Wahlbeobachter. Innerhalb des Landes kam es 2001 zum offenen Konflikt zwischen Albanern und Sicherheitskräften. Unter Vermittlung von EU und USA wurde schließlich am 13. August 2001 das Friedensabkommen von Ohrid unterzeichnet, NATO-Truppen stabilisierten fortan

die Lage, später EU-Missionen. Im Ergebnis blieb Mazedonien bis Ende 2005, als die EU dem Land den Kandidatenstatus zuerkannte, ein fragiler Staat. Die Wahlbeteiligung ist seit jeher gering: Sie lag 2006 und 2008 bei knapp über 50%, in der albanischen Bevölkerung sogar unter 50%. Politisch existiert ein parlamentarisches Regierungssystem, das von einem mit wenigen Rechten ausgestatteten Staatspräsidenten ergänzt wird. Allerdings macht

das Parlament von seinen Rechten kaum Gebrauch – das Justizsystem gilt als politisch abhängig und korruptionsanfällig.

Auch Politik und Wirtschaft befinden sich in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis, der Staat ist die zentrale Schaltstelle für ökonomischen Vorteil. Die Folge: Ohne politische Absicherung sind Investitionen kaum möglich.

Mazedonien ist arm, der Durchschnittsverdienst liegt bei monatlich ca. 300,- Euro pro Kopf. Die Arbeitslosenquote bewegt sich offiziell um 35%. Trotz niedriger Löhne im öffentlichen Sektor streben viele genau dorthin. Der Zugang zu dieser sicheren Einkommensquelle ist jedoch meist nur über politische Beziehungen möglich. Zwar steigt der Anteil an Akademikern in der Bevölkerung

durch staatliche Maßnahmen – er bleibt aber auf niedrigem Niveau. 2008 waren ca. 65.000 Studenten an Universitäten eingeschrieben (bei 2,1 Mio. Einwohnern).

Die EU-Annäherung ist heute zentrale Entwicklungsstrategie des Landes. Dementgegen stehen das Demokratiedefizit und die Dichotomie verfeindeter Lager. Die Politik ist geprägt durch Nepotismus und Korruption, schwache Verwaltung, politisch abhängige Medien, ein

angespanntes Verhältnis zu den Nachbarstaaten Griechenland, Kosovo und Bulgarien – und nicht zuletzt einen blockierten EU- und Nato-Beitrittsprozess. Für die EU galt Mazedonien wegen der friedlichen Loslösung aus Jugoslawien als ein regionaler Stabilitätsanker. Mehr als das: Wegen der Zusammensetzung der Bevölkerung sollte es auch als ein Modell für das Zusammenleben verschiedener Ethnien im westlichen Balkan dienen.

Hieraus ergeben sich auch die Ansatzpunkte der FES: Sie zielen auf Stabilisierung der politischen Institutionen, Stärkung der Friedenskräfte, interethnische Wiederannäherung und die Einführung konfliktvorbeugender Mechanismen. Begleitet wurde zudem die Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens, die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, die Unterstützung bei der Annäherung an EU und NATO, die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit der Sozialpartner. Als Querschnittsthemen der Arbeit haben sich die Förderung von Frauen und die Wiederannäherung der ethnischen Gruppen bewährt.

Die dadurch erzielte Professionalisierung und interne Demokratisierung der Parteien sowie deren inhaltliche und programmatische Stärkung lassen – das ist ein Erfolg der Arbeit – einen friedlichen Wahlkampf und Wahlverlauf wahrscheinlicher werden.



# Demokratie in Südosteuropa: Zwischen Defiziten und Chancen

Als ein langjähriger Kenner Südosteuropas berät Prof. Dr. Christoph Zöpel Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung in Fragen internationaler Politik und im Zuge politischer Transformationsprozesse. In diesem Gastbeitrag fasst er einige, aus dieser Tätigkeit erwachsenen, Eindrücke zusammen:

Albanien, Bulgarien und Rumänien haben nach ihrem Selbstverständnis und ihren Verfassungen demokratische politische Systeme. Aber wie überall werden im Kampf um ökonomischen Vorteil und politische Macht demokratische Prinzipien nicht immer beachtet, Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit sind die Symptome. Das in diesem Zusammenhang Spezifische für die genannten Staaten lässt sich abgrenzen über Kriterien für Korruption im Vergleich zu anderen EU- Staaten und über die Berücksichtigung der im Transformationsprozess entstandenen Ursachen für korruptive Elemente. Die Besonderheit in Albanien, Bulgarien und Rumänien war die Einführung von Marktwirtschaft ohne funktionsfähige Rechtsordnung und eine Privatisierung ohne legitimes inländisches Kapital. Stattdessen wurde Eigentum in vielen Fällen über ausländisches Kapital oder geheimdienstliches Wissen erlangt.

Die demokratisch-marktwirtschaftliche Transformation war von der Verheißung begleitet, ein westeuropäisches Wohlstandsniveau zu erreichen. Tatsächlich sind Albanien, Bulgarien und Rumänien wirtschaftlich schwächer als andere europäische Staaten (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: Albanien 7.041 US\$, Bulgarien 11.222 US\$; Rumänien 12.369 US\$ – zum Vergleich Bundesrepublik 34.401 US\$. Zahlen von 2007, Human Development Report 2009). Ökonomische Schwäche korreliert mit sozialer Not. Die Tatsache, dass in Südosteuropa große Teile der Bevölkerung außerhalb jeglicher staatlicher sozialer Sicherheit leben, ist in Westeuropa fast unbekannt. Wo nur Beziehungen es ermöglichen, soziale Not zu überleben, hat Korruption seine eigene Bedeutung. Ein informeller Sektor zieht informelle Problemlösungen nach sich.

In den drei Staaten fanden in den letzten Monaten Wahlen statt. In den Wahlkämpfen überlagerten

die wechselseitigen Korruptionsanschuldigungen die Sachauseinandersetzung der Parteien. So ist zu fragen: Kann in diesen Staaten die Parteienkonkurrenz allein mit Korruptionsargumenten bestritten werden?

Die Verantwortung für ein demokratisches Parteiensystem, auch in Südosteuropa, ist auf europäischer Ebene und damit bei der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Europäischen Volkspartei (EVP) angekommen. Beide engagieren sich bereits für ihre jeweiligen Mitgliedsparteien in der Region. Allein, realistische Kriterien zur Beurteilung demokratischen Verhaltens fehlen. Grund-



*Christoph Zöpel (rechts) mit Ion Iliescu (rumänischer Staatspräsident von 1989 bis 1996 und von 2000 bis 2004).*

sätze für Parteiengesetze, Prinzipien innerparteilicher Demokratie sowie Regeln des Parlamentariersverhaltens gilt es aufzustellen. Nur wenn diese demokratischen Erfordernisse erfüllt sind, werden sich politische Ziele erfolgreich kommunizieren lassen. Eine Verbesserung der Lebensverhältnisse wird nur bei einer erfolgreichen EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik gelingen. Und auch für die Überwindung der Mängel bei der sozialen Sicherheit, der informellen Wirtschaft und der Korruption brauchen die Länder der Region die Unterstützung der EU.

## KOSOVO

## Lokalwahlen mit Hindernissen

Geringe Beteiligung, umstritten, gewaltlos - so kann man die Kommunalwahlen im Kosovo von Ende 2009 beschreiben. Im Vorfeld kam es zu Zwischenfällen, als Unbekannte in Mitrovica auf den Bürgermeisterkandidaten Hysni Ahmeti (AAK) schossen. Kurz zuvor war das Auto des Premierminister Hashim Thaçi in Decani mit Steinen beworfen worden. Allen positiven Berichten der

rischer Eigenregie durchgeführt wurden. Insgesamt bewertete Agim Çeku, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei (PSD), den Ablauf der Wahlen als Rückschritt. Kameronas und Wahlbeobachter hätten gefehlt, um Stimmenklau und Betrug zu verhindern. Einige Wahlvorstände agierten nicht politisch unabhängig. Da hatten es kleinere Parteien wie die PSD schwer, ihre Stimmen

mäßigkeiten wiederholt bzw. die Stimmen erneut ausgezählt werden.

Nicht einmal jeder Zweite begab sich überhaupt zum Wahllokal. Viele kosovarischen Parteien sind noch jung und genießen wenig Anerkennung in der Bevölkerung. Die langsame Bekämpfung der gravierenden Probleme des Landes lassen das Vertrauen in die Politiker sinken. Kosovo gilt als das Armenhaus Europas. 40 Prozent der Kosovaren sind arbeitslos, durch die Korruption verschwinden Millionen von Euro und die junge Generation sieht für sich keine Perspektiven. Zudem erschwert der schwelende Konflikt mit Serbien, das den Kosovo nach wie vor nicht anerkennt, die weitere Entwicklung.

Das FES-Büro in Prishtina hat vor dem Hintergrund des Dezentralisierungsprozesses, in dessen Verlauf drei neue Stadtbezirke eingerichtet wurden, in einer Serie von Veranstaltungen mit Vertretern der albanischen Bevölkerung und der serbischen Minderheit Debatten organisiert, in denen die Vor- und Nachteile und konkreten Auswirkungen der Dezentralisierung auf die Einwohner diskutiert werden konnten. Im serbischen Bevölkerungsteil, der fünf Prozent an der Gesamtbevölkerung ausmacht, war die Beteiligung besonders im Norden sehr gering. In den überwiegend von Serben bewohnten Städten Mitro-

internationalen Organisationen zum Trotz kam es zu unzähligen Unregelmäßigkeiten während der Wahl. Die kleineren Parteien beklagten, dass ganze Bündel an Wahlzetteln ausgetauscht, Wahllokal-Leiter bestochen und Berichte gefälscht wurden.

Seit der NATO-Intervention 1999 organisierte die OSZE bereits fünf Wahlen auf kommunaler und nationaler Ebene. Diese waren nun die ersten Wahlen seit der Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008, die offiziell in kosova-

auch tatsächlich in den offiziellen Endergebnissen wiederzufinden.

Außerdem hielten sich die Wahlteams nicht an die demokratischen Standards. So konnte es dazu kommen, dass ein Familienoberhaupt für seine ganze Familie wählte. Oder gefälschte Ausweise nicht als solche erkannt wurden. Die staatliche Beschwerdekommision prüft diese Vorwürfe, aber die Bevölkerung bezweifelt deren Erfolg. In den Städten Prizren, Gjilan und Lipjan mussten die Stichwahlen wegen Unregel-

vica und Partes finden die Einrichtungen des jungen kosovarischen Staats noch keinen Rückhalt. Die Wahlen wurden dort deshalb verschoben. Die 90.000 Serben im südlichen Kosovo hingegen akzeptieren zum Unmut Belgrads zunehmend die staatlichen Strukturen. Serbische Parteien und Politiker motivierten ihre Landsmänner, an der Wahl teilzunehmen und die Boykottaufrufe aus Serbien zu ignorieren. In den serbischen Enklaven um Prizren machte deshalb fast jeder vierte Serbe seine Kreuze auf dem Stimmzettel – mehr als bei den Nationalwahlen 2007. Und auch die Neuschaffung der serbisch bewohnten Bezirke Strpce, Gracanica, Klokot und Ranilug zeigte Erfolg: Hier wurden serbische Bürger-

meister gewählt. Laut Oliver Ivanovic, Staatssekretär im serbischen Ministerium für das Kosovo, drohe eine Spaltung der im Kosovo lebenden Serben in pro-kosovarische und belgradtreue Bewohner. Ob die serbische Minderheit aber einen kosovarisch-albanischen Bürgermeister oder einen Vertreter der anderen Minderheiten anerkennen wird, ist noch fraglich. Während im Nationalparlament Sitze für die Minderheiten reserviert sind, gibt es in den Kommunen lediglich eine 30-Prozent-Quote für Frauen. Ethnisch homogene Stadtversammlungen sind die Folge. Die auf nationaler Ebene in einer Koalition regierenden Parteien LDK und PDK konnten die größten Gewinne verzeichnen,

die größte Oppositionspartei AAK wurde die drittstärkste Kraft. Vor diesem Hintergrund haben LDK und AAK in einigen Städten die Zusammenarbeit vereinbart, was wiederum in der nationalen Regierungskoalition heftige Spannungen hervorrief. Für kurze Zeit schien die PDK-LDK Koalition sogar auseinanderzubrechen. Die nächsten nationalen Parlamentswahlen sollen, nicht wie angekündigt, bereits auf 2010 vorgezogen werden, sondern wie geplant erst im folgenden Jahr stattfinden. Damit bleibt der Regierung und dem Parlament Ruhe für ihre Arbeit, um eine Lösung der vielfältigen Probleme des Landes zu finden.

## LIBANON

# Machtteilung ungelöst

Für den Libanon sollte der 7. Juni 2009 zum Tag der Entscheidung werden. In einer politisch aufgeladenen Situation fanden Parlamentswahlen statt – erst ein Jahr zuvor war es wieder einmal zu gewalttätigen Auseinandersetzungen verschiedener politischer Lager gekommen, die in weiten Teilen der Bevölkerung Ängste vor einem erneuten Aufflammen des Bürgerkriegs weckten. Seit den Wahlen hat sich die Situation schließlich wieder beruhigt. Doch obwohl sich alle Parteien mittlerweile der friedlichen Konfliktlösung verpflichtet haben, ist die Frage nach der Machtteilung im Zedern-

staat noch immer Gegenstand von Verhandlungen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen trugen die Medien wenig dazu bei, unabhängige Meinungsbildung zu befördern.

Rundfunk und Zeitungen sind im Besitz der verschiedenen Parteien und transportieren ihre politischen Botschaften. Seit seiner Unabhängigkeit wird die Macht im Libanon

nach einem konfessionellen Schlüssel zwischen den 17 Religionsgemeinschaften aufgeteilt. Bis zum Ende des Bürgerkriegs 1990 blieb die konfessionelle Verteilung von Ämtern und Parlamentssitzen unverändert. Dann war der Schlüssel zwar geringfügig zugunsten der Muslime angepasst worden, doch die ethnischen und religiösen Realitäten im Libanon spiegelte dieser noch immer nicht wider.

Durch die schwache politische Struktur wurden regionale Spannungen in der Vergangenheit oft auf libanesischem Boden ausgetragen. Regionale Allianzen beeinflussen Libanons Sicherheitslage direkt. Das hohe internationale Interesse fand Ausdruck in einer Vielzahl von Wahl-

beobachtungsmissionen, die im Sommer 2009 entsendet wurden: Neben zivilgesellschaftlichen Missionen waren auch die Arabische Liga und die EU vertreten. Das einhellige Urteil der unabhängigen Beobachter war, dass die Wahlen weitestgehend fair und frei verlaufen sind. Stimmenkäufe und andere Unregelmäßigkeiten wurden lediglich vereinzelt kritisiert. Die FES hat im Libanon die Themen soziale Entwicklung, gute Regierungsführung und Konfliktlösungsstrategien in den Fokus ihrer Arbeit gestellt – und geht diese stets zusammen mit ihren Partnern an. Dabei zielt die Arbeit auf die Stärkung der Zivilgesellschaft ab. Zudem sollen politische Akteure geschult, Frauen in lokalen Gruppierungen unterstützt

und der Wahlprozess begleitet werden. Während der Wahlen 2009 hat die FES zusammen mit der Partnerorganisation „LADE“ Wahlbeobachter geschult und Medien trainiert. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen sollen besonders junge Menschen zum Wählen motiviert werden. Die Wahlen können als Testlauf für die Wahlrechtsreformen gesehen werden – das Wahlrecht wurde gerade auf 18 Jahre herabgesetzt. Doch trotz einiger Änderungen des Wahlrechts im Vorfeld bleiben noch immer zentrale Bestandteile dieses Gesetzes reformbedürftig, wenn die nächsten Wahlen im Libanon zu einem repräsentativen, allgemein anerkannten und von allen Parteien akzeptierten Ergebnis führen sollen.

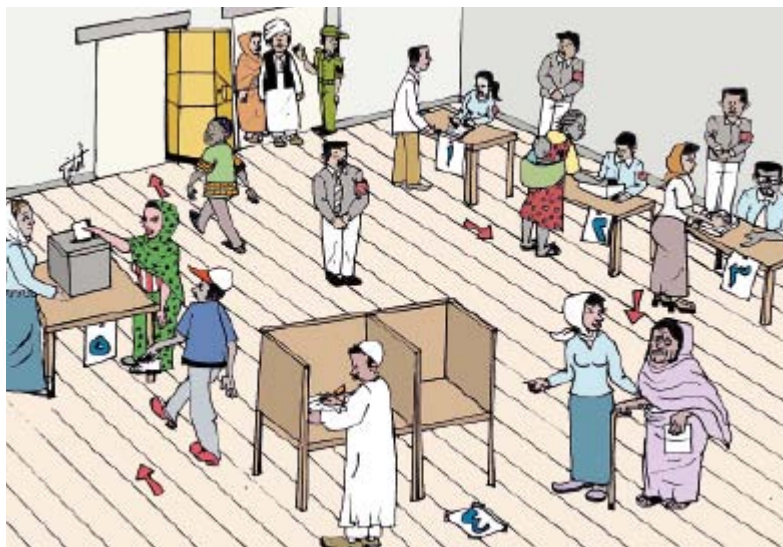
## SUDAN

# Über die (Un-)Möglichkeit von Wahlen

Im Sudan sind Zeiten ohne Krieg die Ausnahme: zweimal zwanzig Jahre Bürgerkrieg zwischen Norden und Süden, in Darfur dauern die

Kampfhandlungen zwischen der Zentralregierung und den Rebellengruppen an, dazu eine Vielzahl lokaler Konflikte. Seit 2005 regelt ein Friedens-

vertrag das Verhältnis zwischen Nord- und Südsudan. Dieser sieht nationale Wahlen auf allen administrativen Ebenen vor. Seit 2005 regiert eine Übergangsregierung aus der Regierungspartei des Nordens (NCP), der früheren Rebellengruppe des Südens (SPLM) und einer festgelegten Prozentzahl für kleinere Parteien. Keine der aktuellen Regierungsparteien war vorher gewählt. Die Mehrheiten sind zugunsten der NCP im Norden und der SPLM in der semi-autonomen Regierung im Süden festgelegt. Beide Regierungen geben ca. 60% des nationalen Haushaltes für Rüstung aus, besonders der



Wahlauflärung im Sudan: Demokratisches Grundwissen wird eingängig vermittelt.

Südsudan ist Teil der ostafrikanischen Drehscheibe für Kleinwaffenhandel. Jede Sudanese, jeder Sudanese, die älter als 15 Jahre sind, ist direkt oder indirekt mit Krieg konfrontiert gewesen – besonders im Süden ist die Bevölkerung hochgradig traumatisiert.

Dies ist der politische Rahmen für Demokratie und Wahlen im Sudan. Hinzu kommen die technischen Hindernisse wie die hohe Anzahl der abzugebenden Stimmen (8 im Norden, 12 im Süden) – nicht nur für Analphabeten eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Dazu kommen eine mangelhafte Wähler-Registrierung, fehlende Infrastruktur im flächenmäßig größten Land Afrikas sowie mangelnde Kenntnisse von Wahlverfahren.

Provozieren Wahlen unter diesen Umständen nicht gewaltsame Ausschreitungen? Braucht das Land nicht erst Frieden und dann Demokratie? Wer so argumentiert, übersieht, dass die Wurzel von Unsicherheit unter anderem in mangelnden demokratischen Strukturen liegt. Der bereits von den Briten aufgebaute und später von den nordsudanesischen Eliten weitergeführte Zentralismus Khartoums, der

nur begrenzte politische und wirtschaftliche Teilhabe zuließ, führte zur völligen Vernachlässigung der Randgebiete, die schließlich zu den Waffen griffen. Es braucht demokratische Strukturen, um Sicherheit zu verankern und „umfassend“ zu machen – also nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern die Sicherheit des Individuums, überleben zu können. Zudem lebt die sudanesishe Bevölkerung seit 20 Jahren mit einer Regierungspartei, die durch einen Militärcoup an die Macht gekommen ist: Auch dies nährt die Forderung nach demokratischen Wahlen. Wahlen können aber auch als Legitimation genutzt werden, in einem autoritären Staat über Demokratie zu sprechen. So hat die FES beispielsweise eine umfassende gesellschaftliche Diskussion des Entwurfes des Wahlgesetzes ermöglicht. Bei der Wahlaufklärung werden Wahlen zunächst als Menschenrecht präsentiert, erst dann ihr Ablauf erläutert. Dazu gehört auch, Wahlen als wiederkehrenden Prozess darzustellen, nicht als einmaliges Ereignis. Die Verantwortung jeder Zielgruppe (Medien, Zivilgesellschaft, politische Parteien) im Wahlprozess sollte,

ebenso wie ein gegenseitiges Verständnis für die unterschiedlichen Rollen, die z. B. Parteien und Zivilgesellschaft im Wahlprozess einnehmen, erarbeitet werden. Trainings müssen auch Antworten zur Situation nach der Wahl geben: Welche Rollen nehmen Parteien ein, die verloren haben? Was passiert, wenn Manipulationen festgestellt wurden? Welche Rolle spielen Wahlbeobachter? Wie kann Gewalt verhindert werden? Im Sudan hat die FES mit diesem Ansatz verschiedene Codes of Conduct unterstützt. Zudem wurde auch regionaler Austausch ermöglicht: als abschreckend und hilfreich zugleich wurden Erfahrungen aus Kenia vorgestellt. Diese Ansätze stoßen an ihre Grenzen, sobald politische Kräfte gezielt die Stimmung aufheizen, Anhänger kaufen und bewaffnen und internationale Standards für Wahlen ignorieren. Bisher bleibt politische Hetze im Sudan aus, auch folgt man weitestgehend der international anerkannten Rhetorik. Es scheint, als gäbe es einen Konsens, nicht unbedingt für uneingeschränkt freie und faire Wahlen, aber doch für ihren friedlichen Verlauf.

## GHANA

# Eine der wenigen funktionierenden Demokratien in Afrika

Am 7. Januar 2009 musste Ghanas Präsident John Agyekum Kufuor (NPP) nach achtjähriger Amtszeit die Re-

gierungsgeschäfte an seinen Nachfolger John Evans Atta Mills (NDC) übergeben. Dass dies weitgehend reibungslos

vollzogen werden könnte, war lange unsicher: Wegen eines knappen ersten Wahlergebnisses wurden bei der Stich-

wahl Ausschreitungen befürchtet – diese blieben jedoch aus. Damit hat sich Ghana erneut als eine der wenigen funktionierenden Demokratien in Afrika präsentiert.

Zwei Parteien dominieren die Politik des westafrikanischen Landes: die sozialdemokratische New Patriotic Party, NPP

und der liberale National Democratic Congress, NDC. Aufgrund fehlender öffentlicher Parteifinanzierung wird der Wahlkampf von Privatpersonen finanziert. Dies schränkt allerdings die Unabhängigkeit der Kandidaten und späteren Abgeordneten sowie der Regierungsmitglieder ein. Frauen nehmen am politischen Wettbewerb kaum teil. Bei den Wahlen 2008 wurden von insgesamt 230 Parlamentariern nur 20 Frauen gewählt.

Ghana galt über lange Zeit hinweg als wenig stabil: Regelmäßig wechselten demokratisch gewählte und militärische Regime. 1992 fanden in der vierten Republik die ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Mittlerweile hat sich ein Demokratiebewusstsein in der Bevölkerung verankert und die Verfassung

wird von der Politik weitgehend respektiert.

Ghana verfügt über eine internationalen Standards entsprechende Wahlgesetzgebung, die von den Parteien akzeptiert und von einer unabhängigen Wahlkommission selbstbewusst überwacht wird. Das Mehrheitswahlrecht bietet weitrei-

chende Kompetenzen für den Präsidenten. Das Justizsystem ist im regionalen Vergleich zwar gut entwickelt, jedoch nicht frei von politischer Einflussnahme und Bestechung. In der Bevölkerung besteht nicht zuletzt deshalb weiterhin Misstrauen gegenüber der Politik. Nach wie vor kommt es zu Manipulationen und Stimmenkauf, wenn auch in geringerem Ausmaß als in vielen anderen Ländern Afrikas. Bei allen relativen Fortschritten in Sachen Demokratie interpretieren Abgeordnete ihre Rolle oft weniger aktiv als es möglich wäre. Aus Opportunismus oder Unwissen werden Spielräume nicht immer genutzt. Wirtschaftlich entwickelt Ghana sich im regionalen Vergleich relativ gut. Dennoch ist und bleibt das Land arm, vor allem die Ressourcen sind ungleich

verteilt. Hinzu kommen starke regionale Unterschiede. So findet Wirtschaftswachstum vor allem im Süden statt, während der Norden weitgehend landwirtschaftlich geprägt ist. Seit Beginn der demokratischen Transformation in Ghana ist die Wahlkommission ein wichtiger Partner der FES. Eine langfristige Arbeitslinie ist es, im seit 2003 bestehenden „Youth Leadership Training“ Nachwuchsführungskräfte für Politik und Gesellschaft im Dialog zu stärken und auszubilden. Um ein stärkeres Bewusstsein für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Politik zu schaffen, werden Foren organisiert und Parteien für das Thema sensibilisiert.

Im Radio war die FES mit einem zum friedlichen Wahlablauf ermutigenden Lied vertreten. Darüber hinaus wurden „Peer Reviews“ zur Wahlkampfberichterstattung organisiert. In der ersten Sitzungswoche des Parlaments wurden zudem Trainingsmaßnahmen für die Abgeordneten organisiert, um sie mit Prinzipien des Parlamentarismus vertraut zu machen. Viele von ihnen sind neu ins Parlament gewählt worden und hatten daher nur wenig politische Erfahrung.

Die zukünftige politische Stabilität des Landes wird stark von einem nachhaltigen und transparenten Umgang mit den Einnahmen aus Öl- und Gasförderung abhängen. Ein Schwerpunkt der FES-Arbeit in Ghana wird sein, hierzu Beratung und Dialogforen anzubieten.

## Rolle der Sicherheitskräfte bei Wahlen

Oberst Damehame Yark ist sich der Bedeutung seiner Mission bewusst: „Die politische Stabilität der Länder Westafrikas hängt von deren Fähigkeit ab, freie, faire und glaubwürdige Wahlen zu organisieren.“ Yark ist Gendarm in Togo und Kommandant der Einheit, die speziell für die Sicherheit bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Togo verantwortlich war (FOSEP) – während der Vorbereitung der Wahlen, den Wahlkampfveranstaltungen und dem Wahntag sowie den politischen Aktivitäten im Anschluss an die Wahlen. Zuletzt trat Yark selber erfolgreich als Mediator zwischen Wahlgewinnern und -verlierern auf. Das Besondere: FOSEP setzt sich zu gleichen Teilen aus Polizei und Gendarmerie zusammen und untersteht der Kontrolle der togolesischen Wahlkommission. Das Konzept, das in Reaktion auf die blutigen Unruhen im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen 2005 entwickelt wurde, wird inzwischen von den westafrikanischen Nachbarn mit Interesse studiert: In der Tat blieb es diesmal friedlich in Togo.

„Idealerweise sollten Polizei und Gendarmerie natürlich keine Rolle spielen während Wahlen, und das Militär schon gar nicht“, sagt Francis Oke, bei der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) zuständig für die Unterstützung von Wahlprozessen, „doch die jüngere Ge-

schichte zeigt leider: Wahlen sind ein zentraler Auslöser von Gewalt in unserer Region.“ Die Rolle der Sicherheitskräfte in Wahlprozessen bekommt so zunehmende Bedeutung, und die von der ECOWAS organisierten Wahlbeobachter-Missionen sind zunehmend Missionen der Friedenssicherung.

„Wir müssen Erfahrungen in der Absicherung der Wahlprozesse auswerten und in der Region austauschen, uns auf Normen und Standards einigen und definieren, an welchen Stellen regionale und internationale Unterstützung ansetzen muss“, fasst Oke die Ziele der ECOWAS in diesem Kontext zusammen. Er zählt dabei auf die Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gemeinsam haben FES und ECOWAS unter anderem eine Studie auf den Weg gebracht, die die Rolle der Sicherheitskräfte in Wahlprozessen in verschiedenen westafrikanischen Staaten systematisch analysiert. Experten aus der Region, wie Yark und Oke, debattierten die Ergebnisse im Rahmen eines Seminars des FES-Regionalbüros in Abuja, Nigeria, und entwickelten eine Reihe von Empfehlungen. Herausforderungen ergeben sich dabei mit Blick auf den

rechtlichen Rahmen, die Ausstattung und Ausbildung der Sicherheitskräfte, deren Professionalität und Demokratieverständnis, deren Unabhängigkeit sowie deren Beziehungen zu Medien, Parteien, Zivilgesellschaft und v.a. der Wahlkommission. „Die Wahlkommission muss als unabhängige Instanz letztlich den ganzen Wahlprozess unter ihrer Kontrolle haben; die Absicherung der Wahlen gehört dazu“, betont Mathias Hounkpe, einer der Autoren der Studie. Ein von FES und dem Verbund nationaler Wahlkommissionen in West Afrika (ECONEC) erstellter Vergleich der Wahlkommissionen aller 15 ECOWAS-Länder zeigt jedoch, dass es in der Region eklatante Unterschiede gibt. Die ECOWAS will auch hier regionale Standards etablieren, damit irgendwann, ganz im Sinne Yarks und Okes, Wahlen so professionell organisiert werden, dass Sicherheitskräfte weniger gefordert sind.

*Die Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS).*



Nepal: Projektarbeit der FES auf langjährige Vertrauensbasis gestützt

# Demokratisierungsprozess vorangebracht

— MIT EINEM PRO-KOPF-EINKOMMEN VON 457 DOLLAR PRO JAHR ist Nepal eines der ärmsten Länder der Erde. Das Land ist abhängig von internationalen Gebern, Steuereinnahmen machen nur 12 % des Haushaltes aus. Zudem spürt das Land großen demografischen Druck, da die junge Generation nicht ausreichend politisch repräsentiert ist.

Nepal scheint wie hin- und hergerissen zwischen den Extremen: Zwar zählt das Land eindeutig zu den fragilen Staaten - jedoch hat die jüngste demokratische Wandlung von einer Monarchie zu einer demokratischen Republik das Land geöffnet, Frieden ermöglicht und die soziale Situation verbessert. Dabei prägte Gewalt ein ganzes Jahrzehnt der jüngeren Geschichte: Von 1996 bis 2006 führte die Partei der Maoisten Bürgerkrieg gegen die Monarchie und das hinduistische

pen folgten: Im Frühjahr 2008 wurde die Republik ausgerufen, am 10. April die Nationalversammlung gewählt. Die Rahmenbedingungen sind schwierig. Die politischen Institutionen des Landes sind schwach – und politische Parteien definieren die Demokratie gerade so, wie es für die eigene Situation opportun ist. Doch mit den zweimal verschobenen Wahlen war ein Schritt zu Frieden und einem funktionierenden Staat getan. Die Wahlen wurden für Nepal

lich heraus. Denn vor allem der Nepali Congress als konservativster Teil der Allianz wollte vorab nicht mehr garantieren, dass alle Bevölkerungsgruppen an der Verfassungsgebung beteiligt würden. Das Ergebnis war schließlich eindeutig. Die Maoisten gingen als Sieger der Wahlen hervor und gewannen rund die Hälfte der Mandate – der bis dahin regierende Nepali Congress verlor deutlich. Die nepalesische Politik ist so heterogen wie in wenigen anderen Ländern. Insgesamt 47 Parteien sind registriert. Doch politische Entscheidungen werden überwiegend von einem kleinen Kreis einflussreicher Personen getroffen. Politische Posten werden teilweise mit dem Ziel verkauft, der Parteienfinanzierung nachzuhelfen. Eine wichtige Rolle spielen auch ethnische Gruppen, die Zugang zu Land, Wasser und Wald fordern. Deren fehlende Selbstbestimmung gilt als wichtiger Konfliktmotor in Nepal. Verschärfend wirken Kasten- und Klassenunterschiede – und eine dreistellige Anzahl paramilitärischer Gruppen, die völlig unterschiedlichen Motivationen folgen und sich zum Teil untereinander bekämpfen.

Klassensystem – am 24. Dezember 2007 einigte sich die Regierungskoalition einer Sieben-Parteien-Allianz (SPA) schließlich auf das Ende der Monarchie. Die nächsten Etap-

zum Erfolg: Der Verlauf war friedlich und fair. Zuvor hatten sich die Parteiführer um eine Fortsetzung der Sieben-Parteien-Allianz bemüht, dies stellte sich jedoch als unmög-



Anderen demokratischen Institutionen fehlt die nötige Autorität. Die parteipolitisch besetzte Wahlkommission hat sie nicht, auch die Medien nur zum Teil. Nepal prägt zwar eine vielfältige Medienlandschaft – sie wird aber von der Regierung stark beeinflusst. Während der Wahlen sprachen Medienvertreter sogar von Selbstzensur. Die internationale Gemeinschaft versucht, den bestehenden Konflikten entgegenzuwirken. Zahlreiche Geberländer unterstützen den Friedensprozess durch bilaterale Aufbauprogramme. Während der Wahlen bemühte sich die EU um eine koordinierte Wahlunterstützung und -beobachtung, an der über 100 NGOs und 60.000 Personen beteiligt waren.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen bemüht sich auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Nepal, auf friedliche

Konfliktlösungen hinzuwirken, staatliche Strukturen effizienter und kompetenter zu machen und eine demokratische politische Kultur zu verfestigen. Sie setzt dabei auf verschiedenen Ebenen an: Bei politischen Akteuren, Medien und Bildungseinrichtungen sowie Gewerkschaften und NGOs. Ziele der Arbeit sind die Unterstützung des Friedensprozesses durch Dialogforen und Zusammenarbeit mit Institutionen wie dem Verwaltungsgericht, dem Kongress oder dem nationalen Gewerkschaftsbund. Auch Journalistenprogramme und „Train-the-Trainers“-Programme führt die FES durch. Im Umfeld der Wahlen analysierte die FES zusammen mit ihren Partnern die Herausforderungen des Transformationsprozesses. Die Fortbildungsprogramme rund um die Wahlen haben das demokratische Verständnis im Land gestärkt

– und besonders die Initiativen im Umfeld der Wahlen führten zu öffentlicher Aufmerksamkeit. Sie halfen, den Demokratisierungsprozess nach Jahren der Konflikte voranzubringen. Die FES verfügt durch ihre langjährige Präsenz in Nepal, auch während kritischer Zeiten, über ein hohes Vertrauenspotential. Dies ist in einem von zahlreichen Konfliktlinien geprägten Land wie Nepal besonders wichtig und trägt dazu bei, dass an den FES-Veranstaltungen Vertreter aller politischen Strömungen und ethnischen Gruppen teilnehmen. Die politischen Zugänge, die auf diese Weise entstanden sind, eröffnen der FES gute Möglichkeiten, um u.a. den verfassungsgebenden Prozess beratend zu begleiten.

FES IN NEPAL

[www.fesnepal.org](http://www.fesnepal.org)

## DEMOKRATIE UND FRIEDEN IN DER INDONESISCHEN PROVINZ ACEH

### Wahlen statt Waffen

Knapp vier Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs in Aceh hat die westlichste Provinz Indonesiens im April 2009 die ersten freien Wahlen zum Provinzparlament erfolgreich bewältigt. Nun dominieren mit der neugegründeten Partai Aceh Politiker aus den Reihen der ehemaligen Rebellen das Provinzparlament. Die FES hat die Transformation der Rebellenorganisation in eine politische Partei seit dem Ende des Bürgerkriegs unterstützt. Nanggroe Aceh Darussalam

ist die westlichste Provinz Indonesiens, gute drei Flugstunden von der Hauptstadt Jakarta entfernt. Arabische Händler haben den Islam bereits im 14. Jahrhundert nach Aceh gebracht. Die Acehnesen haben im Unabhängigkeitskampf Indonesiens 1945 eine führende Rolle gespielt und ihren Stolz und ihre kulturelle Identität bis heute bewahrt. Seit der Herrschaft Suhartos im Jahre 1966 wurde die rohstoffreiche Provinz jedoch ökonomisch, politisch und kulturell durch

die mehrheitlich javanische Zentralregierung in Jakarta benachteiligt. Dies und zahlreiche Übergriffe durch die Sicherheitskräfte ließen den Widerstand in der Bevölkerung wachsen, aus dem schließlich in den 1970er Jahren die GAM entstand, Gerakan Aceh Merdeka, die Bewegung für ein unabhängiges Aceh. GAM kämpfte für die kulturelle Autonomie und zunächst auch die politische Unabhängigkeit von Jakarta. 30 Jahre Bürgerkrieg führten zu über zehntausend

getöteten Zivilisten und Menschenrechtsverletzungen durch beide Konfliktparteien.

Ende 2004 wurde Aceh durch ein gewaltiges Erdbeben und den dadurch ausgelösten Tsunami verwüstet. Infolge des Tsunamis kam es zu einem Waffenstillstand zwischen der Zentralregierung in Jakarta und der GAM. Man war sich bewusst, dass ein Wiederaufbau nur in Frieden erfolgen kann. Den Beginn dieses Friedensprozesses markierte die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding am 15. August 2005 in Helsinki. Dies beinhaltete die Möglichkeit, anders als im Rest In-

der politischer Parteien bei den Wahlen für das Regionalparlament im April 2009. Dies bot der GAM die Möglichkeit zur Transformation von einer Guerillabewegung zu einer demokratischen politischen Kraft in Aceh. Bei den Lokalwahlen dominierten klar die der GAM nahestehenden Kandidaten. Irwandi Yussuf, Mitglied der GAM-Führung, wurde gleich im ersten Wahlgang 2006 zum Gouverneur gewählt. Die von der GAM gebildete „Partai Aceh“ schaffte es im April 2009 auf Anhieb, 33 der 69 Sitze im Provinzparlament zu erringen und mit anderen kleinen Parteien eine komfortable Mehr-

terstützt, teilweise in einem politisch schwierigen Umfeld. Denn die Zentralregierung vermutete hinter ausländischer Hilfe auch die Förderung der Unabhängigkeitsbestrebungen. Seit 2005 wurden über 800 der ehemals 3.000 demobilisierten GAM-Kämpfer mit dem politischen System Indonesiens und Methoden der friedlichen Konfliktlösung in einer Demokratie vertraut gemacht. Über 150 von ihnen sind mittlerweile Funktionäre der Partai Aceh. Vor den Wahlen wurden zahlreiche Kandidaten, darunter etwa 30% Frauen, in Kursen auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereitet; 45 von ihnen sind in das Provinzparlament und die Kreistage eingezogen. Nach den Wahlen im April 2009 wurden bisher 370 Abgeordnete im Landtag und den Kreisen in Fragen wie Budgetkontrolle, Wahlkreisarbeit etc. geschult. Viele dieser Abgeordneten verfügten über keine politischen Erfahrungen und haben deshalb großen Bedarf für solche Angebote des „capacity building“. Auch wenn der Lackmuestest in der politischen Praxis in Aceh jeden Tag aufs neue bestanden werden muss: Die Zulassung lokaler politischer Parteien und ihre Unterstützung bei Aufbau und Entwicklung war die richtige Entscheidung für Frieden und Demokratie in Aceh und kann als Modell für vergleichbare Konfliktsituationen dienen.



*Bemerkenswertes Ergebnis nach 30 Jahren blutiger Konflikte in Aceh: alle Wahlgänge verliefen fair und friedlich.*

onesiens, in Aceh lokale politische Parteien zu gründen. Ein halbes Jahr später wurde dieser Prozess mit dem Gesetz über eine Sonderautonomie für die Provinz Aceh auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Das Autonomiegesetz ermöglichte die Kandidatur unabhängiger Kandidaten in den lokalen Direktwahlen Ende 2006 und die Zulassung lo-

heit zu bilden. Auch die Kreistage werden von der Partai Aceh dominiert. Alle Wahlgänge verliefen fair und friedlich, ein bemerkenswertes Ergebnis nach 30 Jahren blutiger Konflikte.

Die FES hat den Transformationsprozess der GAM von einer Guerrillaorganisation zu einer politischen Partei seit 2005 un-

FES IN INDONESIEN

[www.fes.or.id/](http://www.fes.or.id/)

Russland: Präsidentennaher Think-Tank stellt Strategiepapier vor

# Modell einer wünschenswerten Zukunft

— RUSSLAND DURCHLEBT DERZEIT EINE PHASE INTENSIVER INNENPOLITISCHER REFORMDEBATTEN. Nach den durch hohe Energiepreise geprägten „fetten Jahren“ traf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/10 Russland mit voller Härte.

Die Schwächen einer einseitig auf den Rohstoff-Export orientierten Wirtschaft wurden sichtbar. Gravierende Defizite in den sozialen Sicherungssystemen, im Bildungswesen, in der Infrastruktur und in der verarbeitenden Industrie waren während der Präsidentschaft Wladimir Putins nicht entschieden genug angegangen worden; die Herausforderungen, vor denen die Führung des Landes nunmehr steht, sind gewaltig.

Präsidentenberater Igor Jurgen, Leiter des Think-Tanks „Institut für moderne Entwicklung (InSor)“, eines Partners der Friedrich-Ebert-Stiftung, fordert daher nicht allein eine ökonomische Modernisierung – vielmehr kann diese für ihn nur im Zusammenhang mit weitreichenden gesellschaftspolitischen Reformen gelingen. Er wünscht sich eine breite Debatte über die zukünftige Gestalt Russlands, die zu einem Konsens über ein Leitbild führen soll, an dem sich wirtschaftliche, politische und soziale Reformen orientieren. InSor hat daher einen aktuellen Vorschlag für ein solches Leitbild entwickelt und sein in Russland sehr kontrovers aufgenommenes „Modell einer wünschenswerten Zukunft“ am

2. März erstmals im westlichen Ausland in der FES Berlin vorgestellt.

Das Strategiepapier stellt politisch-institutionelle Reformen, wie die Wiedereinführung der Direktwahl der Gouverneure, sozial- und wirtschaftspolitische Themen wie die Verbesserung der Investitionsbedingungen, den Kampf gegen Korruption und Beamtenwillkür und die Einführung eines tragfähigen sozialen Netzes ins Zentrum. Gerade wirtschaftliche Reformen sollten dabei nicht isoliert durchgeführt, sondern von einer innenpolitischen Demokratisierung und Liberalisierung sowie einer außenpolitischen Annäherung an die Europäische Union, die USA und die NATO begleitet werden.

Die anwesenden Mitglieder des Deutschen Bundestags wie Staatsminister a. D. Gernot Erler sowie Experten aus Verwaltung und Wissenschaft lobten durchweg die Zielsetzung des Strategiepapiers. Einige Kommentatoren stellten jedoch in der Podiumsdiskussion die Realisierungschancen unter

den gegenwärtigen russischen Bedingungen in Frage, unter anderem mit Verweis auf die geringe Reformorientierung innerhalb der politischen und ökonomischen Eliten. Dem widersprachen die InSor-Experten entschieden: Der Reformbedarf sei nicht nur in der Staatsspitze, sondern auch in

weiten Teilen der Elite erkannt. Auch sei den Handelnden bewusst, dass eine Verzögerung der geforderten Reformen für Russland im Endeffekt schädlicher sei als eine rasche Umsetzung. Von Deutschland wiederum erhofften sich die russischen Experten insbesondere Unterstützung bei der Erleichterung des Reiseverkehrs mit der EU sowie bei der Annäherung Russlands an internationale Organisationen.

## — Sibirische Modernisierung

Was bedeuten die Ergebnisse des Berichts „Russland im 21. Jahrhundert: Bild einer wünschenswerten Zukunft“ (s. Seite 35) für die sibirische Stadt Tomsk mit ihren 500.000 Bürgern, zu etwa einem Drittel akademisch gebildet, die in der Sowjetzeit wegen der geheimen Atomindustrie als geschlossene Stadt von der Außenwelt abgeschlossen war? Dieser Frage ging eine gemeinsame Konferenz der Gebietsverwaltung Tomsk und des FES-Büros in Novosibirsk mit Politikern und Wissenschaftlern aus der Region, aus Moskau und aus Deutschland nach.

„Wir alle sind uns darüber im Klaren, dass Russland am Scheideweg steht, dass es klar seine Ziele definieren und bewusst, mit Beteiligung der gesamten Gesellschaft, seine Wahl treffen muss“, schrei-

ben die Autoren des Modernisierungsberichtes. Russland habe seine Chance. Wichtig dabei sei, ein Gefühl der „positiven Unzufriedenheit“ in der Gesellschaft zu erregen und ein gemeinsames Bild der wünschenswerten Zukunft zu schaffen.

Modernisierung sei ein Prozess, der sich selbst zu regulieren und bei Bedarf auch zu korrigieren habe. Nur ein dezentralisierter, nicht korrumpierter, sozialer Staat sei fähig, diesen Prozess zu organisieren, gab Friedbert Rüb, Professor für Politische Soziologie und Sozialpolitik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität in seinem Vortrag zu bedenken. Ohne aktive Teilnahme aller sozialen Gruppen sei eine Modernisierung nicht vorstellbar.

### EXPERTENDISKUSSION ZUM RUSSISCHEN KOHLESEKTOR

## Mehr Energieeffizienz statt mehr Förderung?

Die russische Energiestrategie 2020 sowie die kürzlich vorgestellte Strategie 2030 messen dem Kohlesektor in Russland eine herausgehobene Stellung zur Befriedigung des heimischen Energiebedarfs bei. Die Absicht des russischen Präsidenten Medvedev, den heimischen Kohle- und Kernenergiesektor zu fördern, um mehr Kapazitäten für den Export von Öl und Gas zu schaffen, diente als Ausgangspunkt eines runden Tisches für Experten, den das Europabüro der FES gemeinsam mit dem German Marshall Fund am 9. März in Brüssel veranstaltete. Im Zentrum der Debatte stand die Frage, ob es tatsächlich nur der Förderung zusätzlicher Ressourcen bedarf, oder ob das Hauptaugenmerk nicht besser auf eine Effizienzsteigerung der russischen Industrie

gerichtet sein sollte. Dies würde sowohl die Umweltbelastung durch Treibhausgasemissionen reduzieren als auch im Interesse Russlands eine effizientere Ressourcenverwaltung ermöglichen.

In der Diskussion wurde ein allgemeines Interesse an einer effizienten Ressourcenverwaltung jedoch angezweifelt. Es wurde darauf hingewiesen, dass der dezentralisierte Kohlesektor keineswegs als verlängerter Arm des Kreml (miss-)verstanden werden dürfe, sondern maßgeblich von den Interessen privatwirtschaftlicher Akteure beeinflusst würde. Die Entwicklung des russischen Energiesektors ist von großem Interesse insbesondere für die EU, da sie in hohem Maße von Energieimporten aus Russland abhängig ist. Es wurde angemerkt, dass die Koopera-

tion zum Austausch von Erfahrungen und Technologien angeregt werden könnte, mit deren Hilfe Russland im Interesse aller die heimische Energieversorgung effizienter und mit geringeren Treibhausgasemissionen gestalten könnte.

Unter den Experten herrschte einstimmig die Ansicht, dass die von dem amerikanischen Energieexperten Kevin Rosner vom Institute for the Analysis of Global Security präsentierte Studie eine Lücke in der Analyse des russischen Energiesektors fülle, die sich bislang selten mit dem Kohlesektor befasst hätte. Nikita Lomagin von der St. Petersburg State University und Heinrich Hick, Mitglied im Kabinett von Energiekommissar Günther Oettinger, ergänzten und kommentierten Rosners Einführung.

## Zum Tod des polnischen Präsidenten – Die Friedrich-Ebert-Stiftung kondoliert

Am Samstagmorgen, dem 10. April 2010, stürzte das Flugzeug des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski beim Landeanflug auf den Flughafen Smolensk ab. Kaczynski war auf dem Weg zu der Gedenkfeier anlässlich des 70. Jahrestages der Ermordung polnischer Soldaten durch den sowjetischen Geheimdienst im russischen Katyn. Es gab keine Überlebenden.

Mit vielen der Opfer des Flugzeugabsturzes hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in den vergangenen 20 Jahren ihrer Tätigkeit eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit geführt. Daran erinnerte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Roland Schmidt, in seinem Kondolenzschreiben an Parlamentspräsident Bronisław Komorowski:

„Es ist eine Tragödie, die sich am Samstagmorgen nahe dem so geschichtsträchtigen Ort Katyn ereignet hat. Die Nachricht vom Tod des polnischen Staatspräsidenten, seiner Frau und der vielen anderen Opfer hat mich tief getroffen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist seit langem eng mit Polen verbunden. Eines unserer größten Auslandsbüros befindet sich in Warschau. Unter den Opfern der Katastrophe sind auch viele unserer langjäh-

rigen Partner, deren politische Expertise, organisatorische Unterstützung und insbesondere deren freundschaftlichen Rat wir vermissen werden.

Mein Mitgefühl gilt in dieser schweren Stunde den Familien und Freunden der Toten sowie allen Polen. Für die kommende Zeit wünsche ich Ihnen und Ihren Landsleuten viel Trost und Kraft.“

Grzegorz Napieralski, dem Parteivorsitzenden des sozialdemokratischen SLD und der Linksfraktion im Parlament, kondolierte Dr. Roland Schmidt ebenfalls mit den Worten:

„Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche sollten meine Warschauer Kollegen mit Jerzy Szmajdzinski und Jolanta Szymanek-Deresz zu politischen Hintergrundgesprächen zusammentreffen. Auch mit Izabela Jaruga-Nowacka standen wir in den vergangenen Jahren in regelmäßigem, inhaltlich hoch fundiertem Austausch. Es ist für uns ein großer Verlust, dass wir mit Jerzy, Jolanta und Izabela nicht mehr zusammenarbeiten werden können.“

Auch der Kardinal-Wyszynski-Universität, ein weiterer wichtiger Partner der Stiftung, sprach die Friedrich-Ebert-Stiftung angesichts des gewaltvollen Todes ihres Rektors, Prof. Ryszard Rumiński, ihre Anteilnahme aus.

### SOZIALPARTNERSCHAFT IN POLEN

## Mangelndes Vertrauen

Wie steht es um den sozialen Dialog in Polen? Dieser Frage geht der Wissenschaftler und Publizist Dr. Heribert Kohl in seiner von der FES veröffentlichten Studie „Koalitionsfreiheit, Arbeitnehmerrechte und sozialer Dialog in Mittelosteuropa und im westlichen Balkan“ nach, die er in der Handelshochschule Warschau vorstellte. Dabei lieferte er den rund 50 Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern zahlreiche Belege dafür, dass die Organisati-

on und Arbeit der Gewerkschaften in dieser Region durch gesetzliche Vorschriften erschwert wird. So ist zum Beispiel in Polen ein Arbeiterrat erst ab 50 Beschäftigten vorgesehen. Kohl zeichnete ein kritisches Bild der gewerkschaftlichen Mitbestimmung in Polen – nur 13 Prozent der Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert, nur etwa 30 Prozent unterliegen den Bestimmungen eines Tarifvertrages.

Deutliche Worte fand Jacek Rybicki von der Gewerkschaft Solidarnosc in der anschließenden Diskussion: Er monierte ein gewerkschaftsfeindliches Klima in der polnischen Wirtschaft. Mitarbeiter, die sich organisieren wollten, müssten häufig mit ihrer Entlassung rechnen. Marzena Wasowska, im Arbeits- und Sozialministerium betraut mit Fragen der Sozialpartnerschaft, diagnostizierte mangelndes Vertrauen auf beiden Seiten.

## Nicht nur eine Frage des Rentensystems

Mehr Betreuungsangebote für Kinder, Unterstützung junger Familien, Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und verstärkte Beschäftigung älterer Arbeitnehmer: Das alles sind nach Ansicht von Dr. Günther Horzetzky, ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Deutschland, und Prof. Irena Kotowska von der Warschauer Handelshochschule Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels. Auf einem Fachseminar der FES und des polnischen Instituts für öffentliche Angelegenheiten

diskutierten sie in Warschau mit Experten die Auswirkungen der demographischen Veränderung auf Gesellschaft und Wirtschaft.

„Wir können nicht länger auf die Erfahrung der älteren Arbeitnehmer verzichten und gleichzeitig zulassen, dass viele Jugendliche ohne Abschluss die Schule verlassen“, so Horzetzky. Irena Kotowska stimmte ihm zu: „In Zukunft wird es nötig sein, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben den Bedürfnissen von älteren Menschen anzupassen und stärker auf Familien einzugehen.“ Dies sei besonders

deshalb erforderlich, weil in Polen die Familie noch stark die Funktion eines sozialen Sicherheitsnetzes übernehme. Steigende Mobilität mache die Inanspruchnahme von sozialen Dienstleistungen bei der Kinderbetreuung oder der Versorgung von pflegebedürftigen Familienangehörigen notwendig. Es sei klar, dass jeder Einzelne von den Veränderungen des demographischen Wandels betroffen sein wird. Nur durch gemeinsame Initiativen könnten Wirtschaft und Gesellschaft den Wandel gestalten.

### +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Die Bedeutung des Vertrauens zwischen Polen und Deutschland unterstrich die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Angelica Schwall-Düren, im Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit (HDPZ) im oberschlesischen Gleiwitz. Auf Einladung der FES war sie im Dezember zu Gast, um mit Bartosz Wielinski (Gazeta Wyborcza) in der Reihe „10 Gespräche über Europa“ zu diskutieren. Die Solidarität, die sich beispielsweise in der polnischen Zustimmung zur deutschen Einheit oder im deutschen Eintreten für Polens EU-Beitritt gezeigt habe, müsse auch heute das Handeln der Staaten leiten. „Verständnis entsteht da, wo Menschen sich begegnen und zusammenarbeiten“, schloss Schwall-Düren. +++

+++ Die größte Baustelle Polens befindet sich derzeit in Warschau. Es ist der Neubau des Nationalstadions für die Fußball-Europameisterschaft 2012 (Bild). Mit einer Kampagne will die Baugewerkschaft Budowlani, der Gewerkschaftsbund der Bau- und Holzarbeiter, zusammen mit der FES die öffentliche Aufmerksamkeit auf die **Arbeitsbedingungen der**

**Bauarbeiter auf den verschiedenen Baustellen der Spielstätten in Polen und der Ukraine** lenken. Ein Großteil der etwa 1300 Arbeiter allein auf der Stadionbaustelle eines deutsch-polnischen Firmenkonsortiums in Warschau kommt aus der Ukraine und Weißrussland. Einen Tarifvertrag für sie gibt es nicht. Auf der zweitägigen Konferenz im Hauptsitz der Budowlani in Warschau wurde darüber diskutiert, wie die Arbeitsbedingungen verbessert und die Position der Gewerkschaften in der Branche nachhaltig gestärkt werden können. +++

# Ganzheitliche Strategie für Afghanistan

— ACHT JAHRE NACH DEM STURZ DES TALIBAN-REGIMES sind stabiler Frieden, Sicherheit und eine eigenständig funktionierende Demokratie in Afghanistan nicht in Sicht. Als Teil seiner neuen Afghanistan-Strategie hat US-Präsident Barack Obama eine Aufstockung des US-Truppenkontingents angekündigt und sieht die Verbündeten ebenfalls in der Pflicht.

Gleichzeitig rückt er den von vielen geforderten Beginn des Truppenabzugs in greifbare Nähe. Wie soll es weitergehen in Afghanistan und welche Rolle kann Europa dabei spielen? Diese Fragen standen im Zentrum der Fachkonferenz „Afghanistan – a lesson to learn?“, die von der FES in Polen gemeinsam mit dem Institut für Internationale Beziehungen der Universität Warschau Mitte Dezember 2009 durchgeführt wurde. Rund 50 Experten aus mehreren Ländern diskutierten dabei in der Neuen Bibliothek der Warschauer Universität.

Konsens bestand darüber, dass es ein „weiter so“ in Afghanistan nicht geben könne. Eine neue, kohärente Strategie sei dringend notwendig. Dabei müsse neben militärischen und humanitären Aspekten vor allem die politische Dimension noch stärker ins Blickfeld rücken. Nur ein politisch stabiles Afghanistan mit einer handlungsfähigen Regierung, die Rückhalt in der Bevölkerung habe, könne eines Tages seine Zukunft selbst in die Hand nehmen.

Es wurde deutlich gemacht, dass die internationale Ge-

meinschaft nicht ausschließlich auf die Zentralregierung bauen dürfe. Regionale, ethnische, religiöse und politische Gruppen müssten in die Verhandlungs- und Aufbauprozesse einbezogen werden.

Auch ein Dialog mit den Taliban, die keineswegs eine homogene Gruppe darstellen, dürfe nicht kategorisch ausgeschlossen werden.

Als weiterer Dreh- und Angelpunkt kristallisierte sich

in der Diskussion die Einbeziehung der gesamten Region heraus. Dabei komme gerade Pakistan eine Schlüsselrolle zu. Ohne Frieden in Pakistan und ohne Verständigung zwischen Pakistan und Indien über die Kaschmir-Frage sei eine Stabilisierung Afghanistans undenkbar.

Von polnischer Seite nahmen u.a. der stellvertretende Außenminister Jacek Najder sowie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im polnischen Sejm, Andrzej Halicki,

teil. Aus Deutschland waren Niels Annen (Mitglied des SPD-Parteivorstandes), Dr. Citha Maaß (Stiftung Wissenschaft und Politik), Dr. Gunter Mullaack (Direktor des Deutschen

Orient-Instituts) und Christoph Strässer, MdB (Sprecher für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion) angereist. Dr. Roberta Blackman-Woods (Labour Party) brachte ihre Sichtweise als Vorsitzende der parteiübergreifenden Parlamentariergruppe für Afghanistan im britischen Parlament ein. Mit Dr. Olivier Guillard und Dr. Karim Pakzad waren zwei Experten des Institute de Relations Internationales et Strategiques (IRIS) aus Paris vertreten. Eine

ehemalige Teilnehmerin des Young Leaders Forum der FES in Kabul, Shaharзад Akbar, brachte eine afghanische Perspektive in die Diskussion ein. Einer der Sprecher verwies darauf, dass es für die Regierungen der an der ISAF beteiligten Länder zunehmend schwieriger werde, den Ein-

satz gegenüber den eigenen Bevölkerungen zu rechtfertigen. Wenn über den Rückzug aus Afghanistan nachgedacht werde, müsse man sich stets fragen: „Was bleibt, wenn wir gehen?“ Mit dem Einsatz habe die internationale Gemeinschaft eine große Verantwortung übernommen und viel

investiert. Ein möglicher Abzug sollte daher an das Erreichen von bestimmten Zielen gebunden werden. Nur mit einer neuen und ganzheitlichen Strategie könne der Wendepunkt hin zu einer friedlichen und stabilen Lage erreicht werden.

#### BEITRÄGE DER FES ZUR DEBATTE ÜBER EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

## Richtige Balance

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die im Juni 1999 aus der Taufe gehoben wurde, hat sich zehn Jahre nach ihrer Gründung als wichtiger Bestandteil europäischer Außenpolitik etabliert – die 23 zivilen, militärischen und zivil-militärischen Einsätze im Balkan, in Subsahara-Afrika, im Nahen und Mittleren Osten und in Asien sind dafür Beleg. Dennoch leidet die ESVP, die seit dem Inkrafttreten des Lisbon-Vertrags in den Status einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gehoben

wurde, immer noch unter dem Fehlen einer gemeinsamen Vision europäischer Sicherheit und Verteidigung mit klar definierten Zielen, Instrumenten und Kriterien für die Beteiligung an internationalen Friedensmissionen.

Um die Debatte über eine wirkungsvollere Gestaltung der GSVP anzustoßen, wurde von der FES zusammen mit zwei anderen europäischen Think-Tanks, der spanischen Fundación Aternativas und dem französischen Institut de Relations Internationales et Stratégiques, ein Vorschlag für ein Weißbuch zur Sicherheit

und Verteidigung der Europäischen Union vorgelegt. Bei der Vorstellung ihres Projektes in Brüssel vor Vertretern der EU-Institutionen präsentierten die Mitautoren der Friedrich-Ebert-Stiftung, Christops Katsioulis und Christoph Pohlmann, zentrale Elemente einer auf die nächsten 10 Jahre ausgerichteten Politik. Dazu zählen neben festgelegten Kriterien für ein Engagement der EU und der Notwendigkeit einer multilateralen Ausrichtung auch die richtige Balance zwischen zivilen und militärischen Mitteln sowie eine angemessene demokratische Legitimierung. Diese Vorstellung wurde von Ana Gomez (Mitglied des Europäischen Parlaments) und Sven Biscop (Direktor des Brüsseler Think-Tank EG-MONT, Royal Institute for International Affairs) kritisch kommentiert.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Am 26. Februar traf sich auf Initiative der FES in Madrid eine Delegation des DGB mit den Vorsitzenden und den internationalen Sekretären der beiden spanischen Gewerkschaftsdachverbände (UGT und CCOO) sowie mit dem Vorsitzenden des Europäischen Gewerkschaftsbundes, John Monks. Im Mittelpunkt der **Diskussion über die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa** stand die Forderung, eine soziale Fortschrittsklausel in die europäischen Verträge einzubauen: Die sozialen Ziele dürften den Zielen der freien Entfaltung der Marktkräfte nicht länger nachgeordnet sein. Abschließend erarbeiteten die deutschen und spanischen Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung, in der die spanische Regierung aufgefordert wird, sich im Rahmen der Ratspräsidentschaft für die Verwirklichung dieser Forderungen einzusetzen. +++

MEHR ZUM THEMA

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07075.pdf>



## Politischer Islam als Dialogpartner

Erscheinungsformen des (gewaltlosen) politischen Islam aufzuzeigen und den Umgang westlicher Staaten damit, standen im Mittelpunkt einer Konferenz am 25. März in London, zu der das International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence, das Institute for Public Policy Research, die deutschen Botschaft und die FES eingeladen hatten.

Aus Deutschland nahmen die ehemalige Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, MdB Ruprecht Polenz, und Dr. Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik teil. Auf britischer Seite konnten unter anderem die außenpolitische Sprecherin der Liberaldemokraten, Baroness Kishwer Falkner, und der Schatten-Staatsminister für Terrorismusbekämpfung der Konservativen Partei, Crispin

Blunt, gewonnen werden. Deutlich wurde, dass der Informationsstand „des Westens“ über den politischen Islam als verbesserungsfähig angesehen wird. Vor dem Hintergrund der Situation in Deutschland plädierte beispielsweise Däubler-Gmelin für eine differenzierte Herangehensweise, die sich aus der Vielfalt des Islam in Deutschland fast zwangsläufig ergebe. Oliver McTernan, Direktor des renommierten Think Tanks „Forward Thinking“, beklagte, dass aufgrund fehlenden Fachwissens über den politischen Islam in westlichen politischen Institutionen solch eine differenzierte Herangehensweise allerdings häufig zu Wünschen übrig lasse. Einigkeit herrschte darüber, dass eine Politik des Dialogs

ohne Preisgabe der eigenen Prinzipien alternativlos ist. Ruprecht Polenz nannte einige Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit islamistischen

Organisationen. So sollte sichergestellt werden, dass die Organisationen demokratische interne Strukturen hätten, Rechtsstaatlichkeit akzeptierten, und auf Gewalt verzichteten.

### — Mobilität in den Kommunen – EU-Unterstützung ist notwendig

Abwehrreflexe anstatt Begeisterung rufen häufig Initiativen der Europäischen Union hervor. Sind auch noch kommunale Belange betroffen, werden besonders die Verletzung der Subsidiarität und ein Einfallstor in die kommunale Autonomie gefürchtet. Kommunale Verkehrsexperten aus neun verschiedenen Bundesländern diskutierten daher auf Einladung der FES Mitte März in Brüssel die Auswirkungen des Aktionsplans der Europäischen Kommission zu urbaner Mobilität. Gesprächspartner waren Vertreterinnen und Vertreter der EU-Institutionen, von Länder- und Kommunalvertretungen sowie von europäischen Interessenverbänden.

Unbestritten war die zentrale Rolle öffentlicher Verkehrssysteme für nachhaltige Städte und Regionen. Die EU-Verordnung zum Öffentlichen Personennahverkehr gibt in dieser Hinsicht Rechtssicherheit und ermöglicht es, mit Qualitäts- und Sozialkriterien auf eine angemessene Versorgung hinzuwirken. Dennoch bleiben viele Fragen offen, auf die auch der Aktionsplan der EU-Kommission keine konkreten Antworten liefert. Einstweilen sind Städte und Gemeinden darauf angewiesen, sich europaweit zu vernetzen, um voneinander zu lernen. Hierzu konnten die Teilnehmer Ansprechpartner in den Brüsseler Institutionen kennen lernen.

## KONFERENZ IN LONDON

## Europa - eine „Gute Gesellschaft“

Um nach Wegen aus der derzeitigen Krise der sozialen Demokratie in Europa zu suchen, versammelten sich Politiker, Politikberater, Wissenschaftler und Aktivisten aus 19 europäischen Staaten zu einer Konferenz in London. Vorangegangen war eine Online-Debatte auf der Website vom Social Europe Journal, die über 22.000 Besucher angelockt hatte. Rund 90 Politiker und Intellektuelle hatten dort ihre Ideen für die Bedingungen einer „Guten Gesellschaft“ in Europa präsentiert. Während der Konferenz wurde bei der Diskussion der verschiedenen länderbezogenen Erfahrungen und Perspektiven deutlich, dass es schwer werden wird, für soziale Demokratien und sozialdemokratische Par-

teien in Europa allgemeingültige Aussagen zu machen. Zu groß sind zum einen die Unterschiede insbesondere zwischen den Ländern West- und Osteuropas; andererseits nimmt auch innerhalb von Westeuropa die Unübersichtlichkeit zu. Einigkeit bestand darin, dass der Zunahme der Ungleichheit in den vergangenen 30 Jahren Einhalt geboten und der Aspekt der Nachhaltigkeit von der Politik in den Vordergrund gerückt werden müsse. Dieser Aufgabe haben sich bislang jedoch die politischen Parteien der sozialen Demokratie nicht oder nicht ausreichend gewachsen gezeigt, was in einigen Ländern bereits zu einer Bedeutungsabnahme geführt hat. Die Zunahme von kleinen,

insbesondere grünen Parteien, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wiederum wird mit dem Entstehen post-demokratischer Gesellschaften in Verbindung gebracht, die für mehr Identität, Dynamik und Kampagnenfähigkeit insbesondere auf der globalen Ebene stehen. Die Wege hin zu einer „Guten Gesellschaft“ mögen in Europa recht unterschiedlich sein; diese Vision, basierend auf sozialer Demokratie, Gleichheit und Nachhaltigkeit, muss aber die treibende Kraft von politischen Parteien der sozialen Demokratie bleiben.

## MEHR ZUM THEMA

[www.feslondon.org.uk](http://www.feslondon.org.uk)

[www.goodsociety.social-europe.eu](http://www.goodsociety.social-europe.eu)

## +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Die derzeitigen **Probleme in der deutschen und europäischen Politik und der Sozialdemokratie** standen im Vordergrund einer kleinen Runde, in der Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages am 1. Februar in den Räumen der FES in London jungen interessierten Wissenschaftlern Rede und Antwort stand. Dabei unterstrich er die Rolle der jungen Generationen, die sich heute zwar durch viel mehr Mobilität und Flexibilität auszeichneten, andererseits aber in der Basis von demokratischen Parteien immer weniger vertreten sind. Zwei Tage später stellte sich an gleicher Stelle der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück Fragen zur Finanz- und Wirtschaftskrise und zeigte sich dabei mit der Art, wie die westlichen Regierungen, vor allem die deutsche, mit der Krise umgehen, sehr zufrieden. +++

+++ Bei der **Schaffung einer politisch selbstbewussten Zivilgesellschaft in Serbien** war die FES

eine zentrale treibende Kraft – so der serbische Präsident Boris Tadic (Bild) in einer Rede anlässlich der Einweihung der neuen Räumlichkeiten der FES in Belgrad. Und nur eine politisch selbstbewusste Zivilgesellschaft, so Tadic, war in der Lage, im Jahre 2000 Milosevic zu stürzen. Der Präsident erinnerte an die neunziger Jahre, die Jahre der Kriege und der Diktatur, als er – mit Unterstützung der FES – das Bildungs- und Ausbildungszentrum der damals oppositionellen Demokratischen Partei gegründet und geleitet hatte. Auch heute kommt Tadic zufolge der Arbeit der FES nicht nur in Serbien, sondern in allen ehemals kommunistischen Transformationsländern bei der Vermittlung des verantwortlichen und kompetenten Umgangs mit demokratischen Institutionen eine hohe Bedeutung zu. +++



## Eine Gefahr für die Demokratie?

Die „Gefahr von rechts“ nimmt zu – jetzt auch in Ländern Ost-Mitteuropas. Beim Blick auf die Ergebnisse der letzten Europa-Wahlen sowie angesichts zunehmender „Sympathiewerte“ für rechtsextreme Parteien und Gruppen wie z. B. in Ungarn zeigt sich, dass die öffentliche Zustimmung gegenüber gewaltbereiten Rechtsextremisten wächst – mit bislang

noch nicht absehbaren Folgen für die Stabilität der noch jungen Demokratien in diesen Ländern. Im Rahmen ihres Regionalprojektes beschäftigt sich die FES in Budapest daher seit Beginn des Jahres 2009 mit diesem Thema. Eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe, zu der Experten aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn gehö-

ren, legte dazu 6 Länderstudien über Erscheinungsformen, Strukturen, Ideologien und Programme rechtsextremer und rechtsnationalistischer Parteien und Gruppen vor. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden auf einer internationalen Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest vorgestellt.

### KROATIEN

## Kommunalpolitik für Anfänger

„Überredet von einem guten Freund bin ich Kommunalpolitikerin geworden und ich wüsste gerne, welche Aufgaben in der neuen Funktion auf mich zukommen werden“, sagt Vesna, eine von zwanzig Teilnehmerinnen des Seminars „Gewählt als Kommunalpolitiker – was nun?“, das in Kroatien vom Regionalbüro der FES durchgeführt wurde.

Es sind etwa siebeneinhalbtausend Kommunalpolitiker, die in Kroatien in die Gemeinde- und Stadträte im Juni 2009 eingezogen sind - viele von ihnen zum ersten Mal. Ihre neuen Aufgaben und Pflichten sind ihnen oft unklar. Auch die Kommunikation mit ihren Wählern verläuft in vielen Fällen unbefriedigend. Nach ihren Entscheidungen im Stadtrat befragt, kam gerade bei Neugewählten heraus, dass man nach dem „Bauchgefühl“ handle. Im Jahr 2009 gab es in Kroa-

tien die direkte Bürgermeisterwahl. Dass nach der Reform der kommunalen Selbstverwaltung die Lokalparlamente den Bürgermeister kontrollieren sollten, erfahren die Stadt- und Gemeinderäte erst im Rahmen des FES-Seminars. Schulungen für diese Zielgruppe werden weder durch staatliche Institutionen angeboten, noch werden sie vorausgesetzt. Gerade die Umstrukturierung kommunaler Selbstverwaltung in Kroatien war die Hauptmotivation für die FES, eine Seminarreihe zu starten. Dabei sollten die Zuständigkeiten, Organisation und Aufgabenstruktur geklärt und ethisches Handeln vermittelt werden. Vesna verlässt den Tagungsraum mit

einem zufriedenen Gesichtsausdruck und sagt: „Ich komme jetzt viel selbstbewusster in den Stadtrat zurück. Jetzt habe ich gelernt, was meine Aufgaben als Kommunalpolitikerin sind.“

DAS FES-BÜRO IN MAZEDONIEN UND KOSOVO

# Vor der großen Schwelle nach Europa

In der kosovarischen Stadt Mitrovica nahm die junge Arta an einem Seminar der FES teil. Für sie ist der Kosovo vor allem eins: unabhängig. Arta kennt die Geschichten des Krieges, der 1999 tobte, nur aus Erzählungen. Heute lebt sie in einer geteilten Stadt. Sie wünscht sich Politikerinnen und Politiker, die aus dem Armenhaus

eingereicht, die zunächst von der FES in Sofia koordiniert wurde und seit März 2003 mit einem entsandten Auslandsmitarbeiter besetzt ist. Im Kosovo kann das Büro der FES in diesem Jahr sein 10-jähriges Bestehen feiern. Seit Oktober 2009 sind nun zwei Auslandsmitarbeiter im Job-Sharing mit der Aufgabe betraut, die Akti-

vitäten in Mazedonien und Kosovo zu koordinieren. In Mazedonien steht die Frage der EU- und NATO-Integration an erster Stelle der politischen Agenda. Die Aktivitäten der FES kon-

doch weitestgehend normalisiert. Das neue Büro liegt mitten im Häusermeer der dicht bevölkerten, lebendigen Hauptstadt ganz zentral im Stadtteil Pejton. Besa Luzha und Alush Berish arbeiten von Beginn an im FES-Büro. Antoneta Coli ist im letzten Jahr als Buchhalterin dazugekommen und Nora Tahiri unterstützt das Büro bei seinen vielen Veranstaltungen. Schon kurz nach dem Krieg gelang es der FES immer wieder, zwischen Serben und Albanern vermittelnd zu wirken und die verschiedenen Akteure an einem Tisch zusammenzubringen.

Die Unabhängigkeit des Kosovo wird nach wie vor von fünf EU-Mitgliedsländern und u.a. von Serbien und Russland nicht anerkannt. Der völkerrechtliche Status des Kosovo ist damit weiterhin fraglich. Das schreckt Investoren ab und behindert die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die Stiftung unterstützt mit ihren Aktivitäten die Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft am politischen Reformprozess. So wurden Serien von Workshops in ausgewählten Städten des Landes organisiert, um Diskussionsforen zur lokalen Entwicklung anzubieten. An den letzten Kommunalwahlen nahm nur jeder Zweite teil. Vor allem jüngere Menschen haben oft den Eindruck,



*Ein Team für zwei Länder: Großen Anteil am Erfolg der Arbeit haben die lokalen Mitarbeiterinnen, die kompetent und kenntnisreich ihre Aufgaben erfüllen.*

Europas ein demokratisches Zuhause machen, in denen alle, Albaner, Serben, Roma und alle Minderheiten mit gleichen Chancen lernen und arbeiten können. So wie die vielen anderen jungen Menschen möchte sie einfach Teil vom modernen Europa sein.

Auf dem Weg zu diesem Ziel begleitet die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Anfang der 90er Jahre den politischen Übergangprozess auf dem Balkan. Im Februar 1996 wurde zu diesem Zweck in Skopje, Mazedonien eine FES-Vertretung

zentrieren sich sowohl auf die Stärkung der Zivilgesellschaft, staatlicher Institutionen und politischer Akteure als auch die Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Dachverbänden und den Branchengewerkschaften.

Das Büro in Prishtina wurde bereits im Jahr 2000, nur wenige Monate nach der NATO-Intervention im Kosovo, eröffnet. Die Arbeit war in den ersten Monaten sehr schwierig und das kleine FES-Team musste viel improvisieren. Heute hat sich die Situation je-

dass sie mit ihrer Stimme nicht viel bewirken können. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 50 Prozent der Bevölkerung des Kosovo unter 35 Jahre alt ist. Deshalb versucht die FES, das Engagement junger Menschen, der ethnischen Minderheiten und der Frauen zu stärken.

Im Kosovo lebt fast jeder Siebte in extremer Armut, mit weniger als einem Euro pro Tag. Die finanzielle Unterstützung von Familienmitgliedern aus dem Ausland ist für viele Fami-

lien existentiell wichtig. Die Arbeitslosigkeit liegt nach offiziellen Angaben bei 40% und ist unter den Jugendlichen noch deutlich höher. Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsförderung sind daher die Schlüsselthemen.

Das FES-Büro Prishtina arbeitet mit dem Parlamentsausschuss für Arbeit und Soziales zusammen und bietet so eine Plattform für den politischen Dialog zwischen Politikern, Experten, Vertretern der Ministerien und Gewerk-

schaften. Dabei wurde aktiv an der Schaffung des Parlamentarischen Ausschusses für EU-Integration mitgewirkt. Eines der wichtigsten Themen ist die Vorbereitung des Kosovo auf die Anforderungen und Kriterien des europäischen Integrationsprozesses. Sie gelten als Anreiz und Richtlinie für die Gestaltung der zentralen Politikbereiche. Die Stiftung organisiert in diesem Zusammenhang Besuchsprogramme und Konferenzen in der Region, in Deutschland und in Brüssel.

## — Regionale Kooperation auf dem Balkan

Anlässlich des zweijährigen Bestehens des Regionalen Rats für Zusammenarbeit (RCC) in Sarajewo, der Nachfolge-Organisation des Stabilitätspakts für Südosteuropa, wurden am 17. März bei einer Expertendiskussion des Europabüros der FES mit Brüsseler Entscheidungsträgern Bilanz gezogen sowie Herausforderungen für die weitere Entwicklung der regionalen Kooperation in Südosteuropa identifiziert. Gastredner waren die stellv. Generalsekretärin des RCC Jelica Minic sowie der slowenische Europaabgeordnete Zoran Thaler und der Leiter der Abteilung Erweiterungsstrategie der Europä-

ischen Kommission, Axel Wallden. So hat der Regionale Rat für Zusammenarbeit ohne Zweifel eine überwiegend positive Entwicklung genommen, verfügt über eine funktionierende Struktur und ein arbeitsfähiges Sekretariat und hat eine Vielzahl von Projekten angestoßen. Dennoch stellen die fortbestehenden bilateralen Probleme in der Region sowie auch der zähe Fortschritt bei dem Prozess der EU-Integration zentrale Herausforderungen dar. Nach Auffassung der EU-Kommission müsse der RCC aber „seine konkrete strategische Rolle noch finden und fokussierter arbeiten“.

## UKRAINE

# Zukunft der Außenpolitik

Spontane Entscheidungen gegenüber Tagesproblemen sowie fehlende langfristige Strategien dominierten seit vielen Jahren die ukrainische Außenpolitik. Nachwuchswissenschaftlern fällt es daher schwer, sich in außenpolitischen Debatten Gehör zu verschaffen. Mit einem neuen Projekt nimmt sich die FES in der Ukraine diesem Problem an.

Ein Szenarioworkshop Ende März vermittelte die theoretische Basis für die Entwicklung von politischen Szenarien und langfristigen Strategien für eine Reihe von Themen der außenpolitischen Beziehungen der Ukraine. Darauf aufbauend setzen alle Teilnehmer die Arbeit an der Entwicklung eigener außenpolitischer Szenarien fort. Die Themen umfassen z. B. die Rolle der

Ukraine im europäischen Sicherheitssystem, Sicherheit in der Schwarzmeerregion, Ukraine-EU-Beziehungen, aber auch Migration und ethnische Minderheiten. In der nächsten Phase des Projektes ist die Publikation der besten Forschungsarbeiten vorgesehen, die dann in einer Veranstaltungsserie mit Politikern und Experten öffentlich diskutiert werden sollen.

Workshop über  
Perspektiven der östlichen  
EU-Nachbarn

# „Goldene Karotten“

— DIE ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT (EaP) wurde im Mai 2009 auf dem europäischen Gipfel in Prag ins Leben gerufen und stellt die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den sechs ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Weißrussland und der Ukraine auf eine neue Basis.

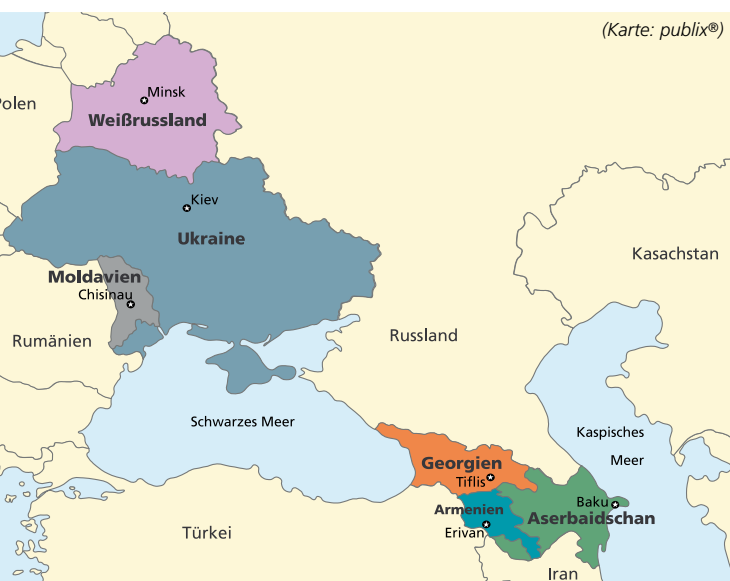
Ziel der EaP ist es, die Partnerländer zu politischen und wirtschaftlichen Reformen zu bewegen.

sind, diskutierten in Warschau bei einem Expertenworkshop der FES-Polen und des Warschauer Zentrums für Ost-

studien (OSW) am 26. März Teilnehmer aus allen Zielländern mit Vertretern aus Polen, Deutschland, der Slowakei, Großbritannien, Russland und Finnland sowie aus der Euro-pahauptstadt Brüssel. Die Kontroversen entzündeten sich dabei vor allem an der Frage, wie realistisch das Zielvorhaben einer umfassenden Demokratisierung der Region

baidtschan wurden Zweifel an der Reformbereitschaft der politischen Eliten geäußert.

Mit Hilfe von „goldenen Karotten“, wie etwa der Aussicht auf visafreie Einreise in die EU, sollten die betreffenden Staaten nach Meinung von Barbara Lippert von der Stiftung Wissenschaft und Politik immer wieder zu Reformen gedrängt werden. Allerdings sei dies ein langwieriger Prozess, der „mit Sicherheit 20 bis 30 Jahre in Anspruch“ nehmen würde. So viel Zeit wollte Robert Soltyk, Policy Officer bei der Europäischen Kommission, der EaP nicht eingestehen. Zwar nehme die Partnerschaftsinitiative „eine zentrale Rolle in der Agenda der EU-Kommission“ ein. Doch



(Karte: publix®)

Wie weit die einzelnen Länder auf dem Weg der Reformen

ist. Besonders in Hinblick auf Belarus, Armenien und Aser-

## — Projekt bewertet Reformen im Südkaukasus

Die Frage, wie ernst es die Regierungen Georgiens, Armeniens und Aserbaidschans mit der europäischen Annäherung tatsächlich meinen und wie weit der Weg ist, den die drei Staaten dabei zurücklegen müssen, steht auch im Mittelpunkt eines Projektes, das die FES in Zusammenarbeit mit verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Think-Tanks im Südkaukasus begonnen hat. Ausgangspunkt für das Projekt war die Beobachtung, dass viele der jüngsten Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Annäherung nach Europa eher behindern als fördern. Fundamentale Arbeits- und Sozialrechte sind weiterhin nicht ausreichend verankert. In keinem der drei Länder findet ein systematischer, institutionalisier-

ter und politisch autonomer Sozialdialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt. Soziale Sicherungssysteme sind nicht oder nur sehr rudimentär vorhanden. Monopolisierte Märkte verhindern einen freien und fairen Wettbewerb. Ein Dutzend Wissenschaftler aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien untersuchen im Rahmen des Projektes die Bereiche Gesundheit, Bildung, Arbeit und Rente. Dabei werden die Wirkungen jüngster Reformen bewertet und zu europäischen Standards in Beziehung gesetzt. Die Ergebnisse werden in einem Buch zusammengefasst, das Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger im südlichen Kaukasus und der EU geben soll.

das hohe politische Engagement könne ohne sichtbare Erfolge nicht länger als zehn Jahre aufrechterhalten werden:

„Andernfalls verliert Brüssel das Interesse an einer solchen Partnerschaft.“

Die Teilnehmer aus den meisten EU-Ländern waren sich einig, dass es auch auf die Eigeninitiative der Partnerländer ankäme. Die EU könne finanzielle Ressourcen bereitstellen und Angebote zur inhaltlichen

Zusammenarbeit unterbreiten. Nur die Partnerländer selbst aber könnten den Ball entsprechend aufnehmen.

Nach Ansicht von Iryna Solonenko von der International Renaissance Foundation in Kiev sei es entscheidend, zivilgesellschaftlichen Initiativen in den betreffenden Ländern mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um den „europäischen Gedanken“, wenn schon nicht unter Regierungseliten,

dann doch zumindest in breiten Teilen der Bevölkerung zu popularisieren. Diesen Appell unterstützten auch die Referenten aus Georgien, Aserbaidschan und Armenien.

Große Einigkeit herrschte darüber, dass die Struktur der Östlichen Partnerschaft ein großer Fortschritt gegenüber der zuvor praktizierten und geografisch weniger spezifisch orientierten Europäischen Nachbarschaftspolitik sei.

## GEORGIEN

# Forderungen zum Arbeitsschutz

Zwar existieren in Georgien Arbeitsschutzgesetze, doch werden sie nur unzureichend angewendet und eingehalten. Es gibt keine Institution, die die gesetzlich festgesetzten Standards ausreichend überwacht. Um verlässliche Zahlen über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu erhalten, haben der georgische Gewerkschaftsdachverband GTUC und die FES die erste systematische Untersuchung über arbeitsbedingte Krankheiten und Unfälle

im Land durchgeführt. Deren Ergebnisse wurden Vertretern des Parlaments, georgischer Arbeitgeberorganisationen und des Gesundheitsministeriums bei einem runden Tisch vorgestellt. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass der Arbeit- und Gesundheitsschutz im Land verbessert werden muss. Bei der Frage, wie dies erreicht werden soll, gingen die Auffassungen jedoch weit auseinander. Während Vertreter von Arbeitgeberorganisationen und

Ministerien freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen ins Gespräch brachten, forderten Gewerkschaften einen verbesserten gesetzlichen Rahmen, öffentliche Aufsichts- und Kontrollbehörden und den Aufbau einer eigenständigen Arbeitsgerichtsbarkeit. Forderungen, die bei der georgischen Regierung, die für deregulierte Arbeitsmärkte eintritt und Regulierungsbehörden ablehnt, jedoch auf wenig Gehör stoßen dürften.

## +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Im Rahmen ihrer **Zusammenarbeit mit jungen Wissenschaftlern in Weißrussland** veranstaltete die FES Ende 2009 gemeinsam mit der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Belarussischen Staatlichen Universität in Minsk eine Konferenz zur Weltfinanzkrise. Die jungen Wissenschaftler und Experten stellten ihre Visionen über die Zukunft der belarussischen Wirtschaft vor. Die Beiträge wurden in einem Sammelband veröffentlicht und am 9. März präsentiert. Mit anderen Hochschulen wurden in Minsk runde Tische zu Themen – wie z. B. „Östliche Partnerschaft“ und „Atomkraftwerke in Belarus“ durchgeführt. +++

+++ Um das politische Interesse und das Engagement der Bürger in lokalen politischen Entscheidungsprozessen zu stärken, arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew seit Anfang 2010 mit dem „**Vitali-Klitschko-Block**“ zusammen. In den Veranstaltungen werden Mitglieder von Bürgerinitiativen, gesellschaftlichen Gruppen und auch Parteien mit Beteiligungsformen auf lokaler Ebene und deren rechtlichen Rahmenbedingungen vertraut gemacht. Der „Klitschko-Block“ stellt darüber hinaus juristische Beratung und Hilfestellung für neugegründete Initiativen bereit. +++

Sicherheitskonferenz  
in Israel

# Zweistaatenlösung möglich?

— VOM 31. JANUAR BIS ZUM 3. FEBRUAR FAND DIE WICHTIGSTE SICHERHEITSPOLITISCHE STRATEGIEKONFERENZ IN ISRAEL STATT. Die 10. Internationale Herzliya-Konferenz richtete sich vor allem an die israelische Fachöffentlichkeit, aber auch an internationale Gäste.

Die FES unterstützt die Herzliya-Konferenz seit einer Reihe von Jahren und lud den ehemaligen Außenminister und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der SPD Dr. Frank-Wal-

ter Steinmeier zu dem Panel „Primus inter pares: the US and the Global Order“ ein. Anerkennend hob Steinmeier die neue Rolle der USA im Nahost-Friedensprozess hervor und betonte, dass Deutschland angesichts der atomaren Bedrohung durch den Iran fest an der Seite Israels stehe. Er warnte jedoch davor, Schritte zu unternehmen, die einen lebensfähigen palästinensischen Staat in weitere Ferne rücken ließen.

In einem gemeinsamen Panel des israelischen Verteidigungsministers Ehud Barak und des palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad trat Barak im Interesse Israels

nachdrücklich für eine Zwei-Staaten-Lösung ein. Er stellte dar, dass Israel andernfalls nur die Optionen blieben, sich entweder zu einem binationalen Staat zu entwickeln, der aufgrund der demographischen Entwicklung kein jüdischer Staat mehr sein würde oder zu einem „Apartheid-Regime“ zu werden, das demokratische Grundprinzipien verletze. Salam Fayyad stellte seine Strategie vor, innerhalb von zwei Jahren die politischen, wirtschaftlichen und administrativen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein lebensfähiger palästinensischer Staat entstehen kann.

## — Neue Perspektiven

Hannah Arendt zählt zu den wichtigsten politischen Denkern und Philosophen des 20. Jahrhunderts. Die in Deutschland geborene Jüdin bezog zeitlebens auf eine stets sehr eigenständige Weise Stellung, sehr oft gegen die herrschende Meinung. Dies gilt in besonderem Maße für Israel, wo eine Reihe ihrer Schriften – so ihr Buch „Eichmann in Jerusalem“ – heftig kritisiert wurden. Sie hatte darin z. B. die Rolle der Judenräte und der jüdischen Gemeinschaft in Palästina (Yishuv) während der Shoa in Frage gestellt. Dies führte dazu, dass ein beträchtlicher Teil ihres Werkes bis heute nicht ins Hebräische übersetzt worden ist. Um zu ermöglichen, dass ihr Werk in all seiner Vielschichtigkeit auch in

Israel gelesen werden kann, unterstützt die dortige FES-Vertretung die Übersetzung der wichtigsten Werke Hannah Arendts ins Hebräische. Begonnen wurde das Vorhaben mit „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, ihrem wohl einflussreichsten Buch. Im Zusammenhang mit der Präsentation des Buches veranstaltete die FES in Kooperation mit der Tel Aviv Universität und dem Verlag Hakibbutz Hameuchad eine Konferenz, bei der Wissenschaftler, Journalisten, interessierte Bürger und viele Studenten Arendts Beiträge zu kritischem Denken und intellektueller Unabhängigkeit diskutierten.



חנה ארנדט

יסודות המטליטיות



## Gute Kontakte zu allen Seiten

Israel und die Palästinensischen Gebiete waren Ziele der ersten Auslandsreise, die Andrea Nahles in ihrer neuen Funktion als SPD-Generalsekretärin antrat. In Jerusalem, Ramallah, Hebron und Tel Aviv verschaffte sie sich einen Eindruck von der aktuellen Situation im Krisengebiet. Schwerpunkte der von der FES organisierten Reise lagen auf der Siedlungsproblematik, der humanitären Situation in den Palästinensischen Gebieten, und Möglichkeiten der Parteienkooperation.

Perspektiven für die Wiederaufnahme des Nahost-Friedensprozesses diskutierte Nahles am 14. Februar in Ramallah auch mit dem palästinensischen Premierminister Salam Fayyad. Die SPD-Generalsekretärin zeigte sich beeindruckt

von der Bilanz der Regierung Fayyad, der in den letzten zweieinhalb Jahren die Entwicklung des Westjordanlandes unter schwierigsten Bedingungen gut vorgebracht habe. Aspekte der Parteienkooperation standen bei einem Gespräch mit Nabil Shaath, dem Generaldelegierten der Fatah für Außenbeziehungen, sowie mit Mustafa Barghouti, Generalsekretär der Al-Mubadara auf der Agenda.

In Israel konnte Andrea Nahles in Gesprächen mit Vertretern der Arbeitspartei an die hervorragenden Beziehungen zwischen SPD, FES und Ar-

beitspartei anknüpfen. Mit dem Minister für Minderheiten Avishai Braverman, dem Tel Aviver Bürgermeister Ron Huldai, dem



ehemaligen Sprecher der Knesset Avraham Burg sowie dem Vorsitzenden der Meretz-Partei diskutierte sie Ansätze für die Lösung des Nahostkonflikts sowie Israels innenpolitische Herausforderungen.

*Im Gespräch mit dem palästinensischen Premierminister Salam Fayyad: die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. (Foto: Rüsche)*

### +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Manchmal sind es die Details, durch die große Zusammenhänge verständlich werden. Dr. Martina Münch, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, schaute vom Dach des UNRWA-Krankenhauses im Flüchtlingslager Qalandiya auf die engen Gassen des Armutsviertels, die israelische Sperranlage und das dahinter liegende Jerusalem. „Früher gingen Tausende jeden Tag nach Jerusalem, um dort zu arbeiten“, erklärte Yousef Hushiyeh, Area Director des Flüchtlingshilfswerks: „mit dem Bau der Mauer haben viele dieser Menschen ihre Arbeit verloren.“ Bei dem Besuch, den die FES-Ost-Jerusalem organisierte, wurden in hochrangigen Gesprächen **Möglichkeiten der deutsch-palästinensischen Zusammenarbeit** diskutiert. Der Präsident der Birzeit Universität, Nabil Qassis, informierte über die Schwierigkeiten, denen sich palästinensische Universitäten und Studieren-

de gegenübersehen. Münch zeigte sich offen für die Idee einer Universitätspartnerschaft. +++

+++ In seiner Funktion als amtierender Bundesratspräsident reiste Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen vom 20. bis 23. März nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete und besuchte auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem, um sich über aktuelle Entwicklungen der palästinensischen Parteienlandschaft zu informieren. Bei der FES wurden auch die **Frage der israelischen Siedlungen im Westjordanland** sowie die humanitäre Lage im Gazastreifen erörtert. Während des Besuchs traf Böhrnsen unter anderem Israels Staatspräsidenten Schimon Peres, den Vorsitzenden der Knesset, Reuven Rivlin, sowie den palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad. +++

## Scheiternder oder „stolpernder“ Staat?

Nur wenige wissen, dass Deutschland und der Jemen quasi Hand in Hand ihre Einheit wiedererlangten. 1990 fiel nicht nur die Berliner Mauer, sondern auch der vormals kommunistische Südjemen wurde mit dem Nordteil des Landes zusammengeschlossen. Die

weitere Entwicklung könnte unterschiedlicher nicht sein: Finanzausgleich und Solidaritätszuschlag in Deutschland – Bürgerkrieg und Separatismus im Jemen.

Als einzige politische Stiftung unterhält die FES im Jemen ein Büro. Felix Eikenberg, der Vertreter der Stiftung in Sanaa, ist ein gefragter Mann. Fernsehsender, Radiostationen und Zeitungen aus Deutschland sind an Vor-Ort-Einschätzungen der Lage im Jemen interessiert. Nach dem missglückten Anschlag auf ein US-Flugzeug in Detroit im Dezember 2009 scheint der Kampf gegen den Terror neben Afghanistan und Pakistan

ein weiteres Zentrum zu erhalten, denn der Attentäter hatte Sprengstoff und Ausbildung vermutlich im Jemen erhalten. Dass Al-Kaida im Jemen bereits seit Jahren aktiv ist, darauf weist Eikenberg seit Längerem hin: „Viele Al-Kaida-Kämpfer sind in den letzten Jahren u.a. aus Saudi-Arabien hierher gekommen und nutzen die schwache Regierung aus, um sich im Jemen zu organisieren“, so der FES-Landesvertreter. Doch die Verengung der jemenitischen Herausforderungen auf Terrorismus und Al-Kaida hält er für falsch. Viele der Probleme des Landes lassen sich

auf die große Armut und auf schwindende Öl-Erlöse zurückführen. Die politische Marginalisierung der Jugend und der Frauen sorgt dafür, dass die Unzufriedenheit stetig wächst. Hinzu kommt, dass sich viele Bewohner des Südens politisch ausgeschlossen fühlen. Hier hat sich die Protestbewegung bereits zusehends radikalisiert. Damit jemenitische Entscheidungsträger von den ursprünglichen, friedlichen Parallelen zwischen ihrem Land und der Bundesrepublik profitieren können, lud die FES Anfang Januar sechs Politiker nach Berlin ein, um die Einigungsprozesse in beiden Ländern zu dis-

kutieren. Dies geschah u.a. im Rahmen eines Fachgesprächs, bei dem Vertreter aus verschiedenen Regierungs- und Oppositionsparteien gemeinsam mit Gästen aus Medien und Politik der Frage „20 Jahre nach der Einheit – Staatszerfall im Jemen?“ nachgingen. An deutlichen Worten wurde nicht gespart und so kamen auch die Journalisten auf Ihre Kosten, die den Besuch der Politikerdelegation für Interviews und O-Töne nutzten. Zwar konnte die Frage nach dem zerfallenden Staat nicht abschließend beantwortet werden – Mohammed Qahtan, Vorstandsmitglied der Islah-Partei, sprach von einem „failed government“, während Ali Saif Hassan, Gründer und Leiter des Think-Tanks „Political Development Forum“, das Land eher mit einem „stolpernden“ Staat verglich. Die Veranstaltung half jedoch, eine wichtige Erkenntnis zu transportieren: Die Gefahren des Terrorismus für den Jemen und die Welt müssen angegangen werden. Gleichzeitig aber darf nicht dem Irrglauben gefolgt werden, die Bekämpfung des Terrorismus könne allein militärisch gelingen. Alle Teilnehmer waren sich einig: Hilfe bei Bildung, wirtschaftlicher Entwicklung, politischen Reformen und Korruptionsbekämpfung können den Jemen stabilisieren und das Land aus der Rolle des Sorgenkinds der internationalen Gemeinschaft langfristig lösen.

## Union für das Mittelmeer voranbringen

„Der Wunsch Tunesiens nach einem ‚Statut Avancé‘ markiert eine neue Etappe im Verhältnis mit der Europäischen Union“, so der tunesische Außenminister Kamel Morjane im Gespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Günter Gloser. Tunesien hoffe auf die Unterstützung der Bundesrepublik in diesem Anliegen und zähle darauf, dass der Mittelmeerraum auch weiterhin in der deutschen Außenpolitik eine wichtige Rolle spielen werde. Günter Gloser, bis zum Regierungswechsel im vergangenen Jahr Staatsminister im Auswärtigen Amt, hielt sich Ende März auf Einladung der FES zu einem dreitägigen Besuch in Tunis auf. In dessen Verlauf traf er mit Regierungspolitikern sowie mit Vertretern von Opposition und Zivilgesellschaft zusammen. Die Förderung des gesellschaftspolitischen Dialogs gehört zu den Arbeitsschwerpunkten der FES, die seit 1988 in Tunesien mit einem Büro vertreten ist. Bei einem Expertengespräch

mit rund 80 Teilnehmern erläuterte Gloser Grundzüge sozialdemokratischer Nahost- und Mittelmeerpolitik. Neben den bilateralen Beziehungen Tunesiens mit Deutschland bzw. der EU bildete die Zukunft der Union für das Mittelmeer einen thematischen Schwerpunkt. Deren Ausgestaltung droht erneut durch den sich wieder verschärfenden israelisch-palästinensischen Konflikt behindert zu werden. „Tunesien und Deutschland müssen mitwirken, diese Blockade aufzulösen“, betonte Gloser. Fortschritte im Nahostfriedensprozess dürften nicht zur Bedingung gemacht werden, um wichtige Projekte in den Bereichen Energiekooperation, Umweltschutz oder Infrastrukturförderung anzupacken. In Hinblick auf die aktuellen Initiativen zur Errichtung von Solarenergieanlagen in Nordafrika wies Gloser darauf hin, dass diese in erster Linie eine umweltfreundliche und nachhaltige Stromproduktion für den

Eigenbedarf zum Ziel haben müssten und erst in zweiter Linie den Export nach Europa. Im Mai soll der Beitritt Tunesiens zur „Desertec Industrial Initiative“ (DII) erfolgen. Ebenfalls im Mai ist vorgesehen, in Kairo die Projekte für den „Plan Solaire“ der Union für das Mittelmeer zu beschließen. „Sich nach Europa auszurichten, war eine der wichtigsten strategischen Entscheidungen Tunesiens“, so der deutsche Botschafter Dr. Horst-Wolfram Kerll. Auch er plädierte dafür, parallel zu den Friedensbemühungen in Nahost die Union für das Mittelmeer mit Leben auszufüllen. Er würdigte die erfolgreichen wirtschaftlichen Anstrengungen und Erfolge Tunesiens sowie seine Annäherung an Europa. Auf dem Weg zu einem „Statut Avancé“ bleibe aber für beide Seiten noch viel zu tun, insbesondere im Hinblick auf die Grundfreiheiten und die Situation der Zivilgesellschaft in Tunesien.

### +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Rund 300 km südwestlich des Tschadsees in Zentralafrika liegt die kamerunische Universitätsstadt Maroua. Von den rund 10.000 Studenten studieren 350 Deutsch und wollen Deutschlehrer werden. Die Bibliothek dieser Neugründung ist praktisch leer: vor allem fehlten deutsche Bücher. Ein Hilferuf der Deutsch-Lektorin erreichte den Dietz-Verlag, der ein Bücherpaket mit aktueller deutschsprachiger politischer Literatur spendete. Am 30. März wurden die **Bücher durch den Vertreter der FES in Kamerun übergeben.** +++

+++ Als Teil einer Veranstaltungsreihe für die „Helden der Welt“, in deren Rahmen Politiker aller fünf Kontinente geehrt werden, fand in der Hauptstadt der Elfenbeinküste, Abidjan, eine **Gedenkveranstaltung mit Fotoausstellung für Willy Brandt** statt, dem als erstem Europäer diese Ehre zuteil wurde. Organisator ist die Fondation Memel-Foté (FMF), eine der SI-Mitgliedsparter Front Populaire Ivoirien (FPI) nahestehende politische Stiftung. Das FES-Büro Abidjan stellte u.a. Fotos von Willy Brandt aus dem Darchinger-Archiv zur Verfügung. +++

Menschenrechtspreis 2009  
an die „Treatment Action  
Campaign“ aus Südafrika

# Erfolgreich im Kampf gegen Aids

— SÜDAFRIKA IST MIT ETWA 5,7 MILLIONEN HIV-INFIZIERTEN MENSCHEN - etwa 20 Prozent der Bevölkerung - eines der von Aids am stärksten betroffenen Länder weltweit. Da das Thema in Südafrika lange Zeit tabuisiert wurde, fehlte es jahrelang an einer vernünftigen Aufklärungsarbeit und medizinischen Versorgung der Betroffenen.

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises 2009 an die Treatment Action Campaign (TAC) aus Südafrika ehrt die Friedrich-Ebert-Stiftung eine

Die TAC sei eine außergewöhnliche Organisation, die vielen AIDS-Kranken in Südafrika den Zugang zu lebensrettenden Medikamenten überhaupt erst

Verfassungsgericht großen Anteil hatte.

Gemeinsam mit der südafrikanischen Regierung stellte sich die Organisation gegen internationale Pharmakonzerne, die das Gesetz kippen wollten, das einen Zugang zu billigen Nachahmermedikamenten zur Behandlung von Aids im Lande ermöglichen sollte. Doch der Erfolg war nur von kurzer Dauer. Die Regierung verbot den staatlichen Kliniken mit fadenscheinigen Argumenten die Anwendung der nun preiswerten Medikamente. TAC klagte erneut, nun gegen die südafrikanische Regierung, und hatte wieder Erfolg. Der Oberste Gerichtshof verpflichtete die Regierung, die Behandlung mit Nevirapin, einem Medikament, das die Übertragung des Virus von der Mutter auf das Kind verhindern kann, zuzulassen, und darüber hinaus, einen nationalen Plan zur Eindämmung der Pandemie auszuarbeiten. Diese Einmischung in die Politik als eine gelebte demokratische Kultur hob auch Herta Däubler-Gmelin, Professorin für humanitäres Völkerrecht und Bundesministerin der Justiz a. D., in ihrer Laudatio hervor. Die TAC stehe nicht nur stellvertretend für das

ermöglicht und sie aus der Isolation und Diskriminierung herausgeführt habe, so die FES-Vorsitzende Anke Fuchs im Rahmen der Preisverleihung: „Die TAC hat vielen Betroffenen ihre Würde zurückgegeben und dabei keinen Konflikt mit der po-

litischen Führung ihres Landes gescheut, um Fortschritte bei der Bekämpfung der Pandemie zu erzielen.“

Unter der Regierung Mbeki wurden die Gefahren einer Infektion heruntergespielt, die seinerzeitige Gesundheitsministerin empfahl den Aidskranken eine Kombinationstherapie aus Knoblauch, Rote Beete und Zitrone. Erst seit 2006 zeichnete sich eine Kehrtwende in der Gesundheitspolitik ab. Eine Zäsur, an der die TAC mit ihren steten Protestaktionen und Klagen vor dem südafrikanischen

Organisation, die sich seit ihrer Gründung vor 11 Jahren dem Kampf gegen HIV/Aids verschrieben hat. Mit 16.000 ehrenamtlichen und 72 hauptamtlichen Mitarbeitern in 267 Niederlassungen berät, informiert und klärt TAC die Öffentlichkeit und die HIV-infizierten Menschen in Südafrika auf. Stellvertretend für ihre Organisation nahm die TAC-Vorsitzende Nonkosi Khumalo den Preis am 10. Dezember 2009, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, in Berlin entgegen.



Stellvertretend für ihre Organisation nahmen Noloyiso Ntamenthlo, Leiterin des Lusikisiki-Distriktbüros der TAC und Nonkosi Khumalo, Vorsitzende der TAC, den Preis von der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs entgegen. (Foto: Schicke)

Selbsthilfepotential der Zivilgesellschaft, sondern sei auch Ausdruck einer wachen, lebendigen Zivilgesellschaft in Südafrika.

Den Auftakt zur Preisverleihung bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „HIV/Aids: Bleibt das Menschenrecht „Gesundheit“ auf der Strecke?“ unter Beteiligung von Vertretern des Entwicklungshilfeministeriums, der Deutschen Aidshilfe sowie der Organisationen Medico International, Kindernothilfe und Oxfam. Darin unterstrich die TAC-Vorsitzende Khumalo die aktuellen Herausforderungen. So sei es

zwar ein Erfolg, dass inzwischen fast 800.000 Menschen in Südafrika Aidsmedikamente einnehmen, das entspreche aber nur 50% des tatsächlich vorhandenen Bedarfs.

Das Podium kam überein, dass die HIV/AIDS-Bekämpfung eine der dringlichsten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft darstelle. Um patentgeschützte Forschungsergebnisse rascher für alle Betroffenen verfügbar zu machen, forderten die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen die Einrichtung eines Patentpools für die wichtigsten HIV/Aids-Medikamente.

Der seit 1994 vergebene Menschenrechtspreis der FES wurde angeregt und ermöglicht durch das Vermächtnis des Hamburger Ehepaars Karl und Ida Feist und wird vergeben an Einzelpersonen oder Organisationen, die sich in besonderer Weise um die Menschenrechte in den verschiedenen Teilen der Erde verdient gemacht haben.

MEHR ZUM THEMA

[www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/mrp2009.php](http://www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/mrp2009.php)

LATEINAMERIKA UND EUROPA

## Schwerpunkte Klimaschutz und Sicherheitspolitik

Die Diskussion um eine angemessene und nachhaltige Klimapolitik hat in Europa ebenso wie in Lateinamerika an Bedeutung gewonnen. Daher war die Enttäuschung über die mageren Ergebnisse des Kopenhagener Klimagipfels auf beiden Seiten des Atlantiks groß. Das Abschlussdokument, das einer Absichtserklärung ohne rechtliche Bindung gleichkommt, blieb weit hinter den Erwartungen vieler Staaten zurück. Insgesamt zeigte der Ausgang des Gipfels vor allem eines: die Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation zwischen einzelnen Regionen. Dies gilt insbesondere für Kooperationen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern über die traditionellen Interessenlagen hinweg. Nur so gibt es Hoffnung auf einen erfolg-

reichen Verlauf der nächsten Klimakonferenz, die gegen Ende des Jahres in Mexiko stattfinden wird. Ein gemeinsames Vorgehen Lateinamerikas und Europas versprache eine hohe Dynamik und Vorteile für beide Regionen.

Profitieren könnten beide Regionen auch von einer stärkeren Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik. Gemein ist beiden Kontinenten ihr Engagement bei der Schaffung handlungsfähiger regionaler Bündnisse und in der parlamentarischen Kontrolle von Sicherheitskräften.

Die Dringlichkeit von gemeinsamen Ansätzen im Klimaschutz und in der Sicherheitspolitik wurde von beiden Regionen erkannt. Beide Politikfelder sind damit Schwerpunktthemen der im Mai statt-

findenden parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EUROLAT), die dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs Europas und Lateinamerikas in Madrid vorangeht.

In Vorbereitung auf diesen parlamentarischen Austausch organisierte die FES ein einwöchiges Besuchsprogramm in Brüssel für Parlamentarier aus Costa Rica, Ecuador, Uruguay, Chile, Peru und Mexiko. Die Themen Klimaschutz und Sicherheitspolitik wurden in Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission, der derzeitigen spanischen Ratspräsidentschaft sowie mit Experten von Nichtregierungsorganisationen diskutiert und waren Gegenstand einer öffentlichen Konferenz im Europabüro der FES.

LATEINAMERIKA: SOMMERSCHULE FÜR POLITISCHE NACHWUCHSKRÄFTE IN CHILE

## Labor für alternatives Wirtschaftsmodell?

In Lateinamerika wird bereits seit einigen Jahren eine Debatte über alternative Wirtschafts- und Entwicklungsmodelle geführt - und in innovative Politik



Politischer Nachwuchs Lateinamerikas: 40 Jugendliche trafen sich auf der Sommerschule der FES in Santiago de Chile.

umgesetzt. Lateinamerika ist, wie so häufig in der Vergangenheit, ein „politisches Laboratorium“. Nach dem Schei-

tern neoliberaler Rezepte, zahlreichen Finanzkrisen und nicht zuletzt wegen der wachsenden sozialen Ungleichheit sind in fast allen Ländern der Region in der letzten Dekade Regierungen des linken und Mitte-Links-Spektrums an die Macht gekommen. Nach einer langen Wachstumsphase steht Lateinamerika nun auch nach der Finanzkrise wirtschaftlich, politisch und sozial im Großen und Ganzen besser denn je da. Mehr noch, Brasilien hat als „Lateinamerikas große Erfolgsgeschichte“, so *The Economist*, in vielen Bereichen die Rolle eines „global player“ übernommen. Die progressiven Regierungen setzen auf einen handlungsfähigen Staat, eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik, wirkungsvolle Sozialprogramme und Arbeits-

marktreformen sowie auf ein neues Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Politik. Um Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus den latein-amerikanischen Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte zu ziehen, trafen sich im Januar 40 Nachwuchskräfte progressiver Parteien aus Lateinamerika in der internationalen FES-Sommerschule in Santiago de Chile. Dabei liegt den Jugendlichen auch der Erfahrungsaustausch mit Nachwuchspolitikerinnen und -politikern aus Deutschland und Europa am Herzen. So nahmen an der Sommerschule die Vizepräsidentin der sozialistischen Jugendinternationale IUSY Cordula Drautz und Martin Krebs, Mitglied des JUSO-Landesvorstandes Baden-Württemberg, teil.

### — Wunschkandidatin mit wachsenden Chancen

Da ist er noch einmal, Augen strahlen und rote Fahnen wehen – Brasiliens Präsident Lula da Silva rockt wieder den Saal. Auf dem vierten Kongress der brasilianischen Arbeiterpartei (PT), an deren Gründung vor 30 Jahren Lula maßgeblich beteiligt war, wählt die PT nun eine neue Präsidentschaftskandidatin: Dilma Rousseff, 62 Jahre alt, Chefin der Casa Civil (eine Art Kanzleramt), „Mutter des PAC“ (brasilianisches Wachstumsbeschleunigungsprogramm), Wunschkandidatin Lulas.

Und wer ist dabei? Eine kleine, aber feine Delegation der deutschen JungsozialistInnen (Jusos) – Franz X. Danner, Internationaler Sekretär der Jusos, Sylvia Kunze, Vorstandsmitglied der Europäischen JungsozialistInnen (ECOSY), Jürgen Glatz, Leiter des Arbeitskreises Nahost des Juso-Bundesverbandes, und Julia Plehnert, Mitglied des Arbeits-

kreises Internationales der Jusos Hessen. Verstärkt wurden sie außerdem von Niels Annen, Vorstandsmitglied der SPD.

Die Jusos verbindet seit 2006 eine gute Arbeitsbeziehung zur Jugendorganisation der brasilianischen Arbeiterpartei (JPT); gegenseitige Besuche und der Austausch über zentrale Fragen gemeinsamen Interesses, wie etwa die Wege aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, begleiten den von der FES unterstützten Dialog der beiden Jugendorganisationen.

Auf dem Parteitag konnten sich die deutschen Gäste nun selbst ein Bild von Dilma Rousseff und ihren Wahlchancen machen: Die Zustimmung für sie liegt momentan bei 30 %, nur noch 5 % hinter ihrem Konkurrenten José Serra, Gouverneur des Bundesstaates São Paulo.

## Herausforderungen für neue Präsidentin

Costa Rica wird – nicht zu Unrecht – mit schönen Stränden, Naturparks und freundlichen Menschen in Verbindung gebracht. Der Werbespruch „Costa Rica: Pura Vida“ (frei übersetzt: „Costa Rica: das reine Leben“) wirbt erfolgreich mit der Unbeschwertheit des Lebensstils und einem Konzept des ökologischen Tourismus. Dazu kam eine Strategie der wirtschaftspolitischen Öffnung, die zu einem fast zehn Jahre währenden Boom, insbesondere in den Dienstleistungssektoren, und zur Zuwanderung von Arbeitskräften aus den Nachbarländern führte. Andererseits konnte sich das Land aber auch nicht der Bedrohung durch die wachsende organisierte Kriminalität in der Region entziehen. In Costa Rica verschärfen sich zudem die internen sozialen Konflikte. Die Gewaltbereitschaft hat zugenommen, wie die Verdopplung der Mordrate in den letzten sechs Jahren belegt. Vom 8. Mai 2010 an wird nun erstmalig eine Frau das Amt des Staats- und Regierungspräsidenten antreten. Die Politologin Laura Chinchilla, von der sozialdemokratisch orientierten Partido Liberacion Nacional (PLN), hat der organisierten Kriminalität und der schwindenden Bürgersicherheit den Kampf angesagt. Erfreulich, dass sie dabei nicht auf plakative Konzepte der „harten Hand“, sondern u.a. auf eine Effizienzsteigerung der Polizei und kommunaler Instanzen, die

Beteiligung der Bevölkerung und Sozialprogramme setzen will. Das Konzept ihrer Partei wurde in einem seit mehreren Jahren laufenden Diskussionsprozess geprägt, der sowohl innerparteilich als auch in einem überregionalen Rahmen von den FES-Büros Zentralamerikas aktiv unterstützt wird. Noch vor ihrem offiziellen Regierungsantritt hat die gewählte Präsidentin nun das FES-Büro in Costa Rica gebeten, mit ihrer Regierung und der Parlamentsfraktion weiter zu kooperieren. Der in Costa Rica praktizierte Arbeitsansatz kann als charakteristisch für die politische Beratung und das vernetzte Arbeiten der FES in Zentralamerika angesehen werden: Nach zahlreichen Dialogforen zur öffentlichen Sicherheit mit Parteivertretern und Bürgergruppen wurden mit den Fachgremien von zwei Parteien (PLN, PAC) getrennte Arbeitsgruppen organisiert, in die externe Experten eingebunden waren. Zusätzlich wurde zusammen mit den FES-Büros der Region ein internationales Forum zur organisierten Kriminalität durchgeführt, auf dem dann die Erfahrungen der Nachbarländer und anderer Regionen zur Bürgersicherheit ausgetauscht wurden. Als Ergebnis liegen zwei Dokumente mit Politikvorschlägen vor, die die Grundlage für den (parteienübergreifenden) Beratungs- und Dialogansatz mit Regierung und Parlament bil-

den ([www.fesamericacentral.org/Publicaciones/Seguridad\\_Ciudadana](http://www.fesamericacentral.org/Publicaciones/Seguridad_Ciudadana)).

Seit über 40 Jahren ist die FES bereits in Costa Rica mit einem eigenen Büro vertreten. Was sich in den 60er Jahren noch als Begegnungszentrum für (teilweise verfolgte) sozialde-



mokratische Politiker in ganz Lateinamerika etabliert hatte, ist zu einem festen Bestandteil der politischen Dialogkultur des Landes geworden. Die permanente Abstimmung der regionalen Projektklinien erlaubt zudem die qualifizierte Bearbeitung wichtiger Themenfelder wie der Integration Zentralamerikas, des Parteiendialogs und der Stärkung gewerkschaftlicher Kompetenzen und Organisationskraft. Nicht nur die neue Regierung, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung und Gruppen der Opposition können so in der Realisierung eines demokratischen gesellschaftlichen Dialogs unterstützt werden.

*Nicht nur kleiner Grenzverkehr: Zentralamerika wird immer intensiver als Brücke für kriminelle Netzwerke genutzt, die mit Drogen, Waffen oder sogar Menschen handeln.*

Die EU als Vorbild  
für ASEAN

# Geschlechtergerechtigkeit in Asien

— BÜROKRATIE, RICHTLINIENVERORDNUNGEN, BEHÖRDENDSCHUNDEL — dieses Negativimage assoziieren die europäischen Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union und ihrer Brüsseler Hauptstadt. Aus dem Blickwinkel des nicht-europäischen Betrachters stellt sich die EU viel positiver dar.

Denn Brüssels Institutionen sind nichts anderes als Ausdruck des europäischen Integrationsfortschrittes, der weltweit seinesgleichen sucht und anderen Regionalorganisationen als Vorbild dient.

So sehen es auch die Vertreter des Sekretariats des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN, die auf Einladung der FES nach Brüssel gekommen waren. Gemeinsam mit einem Repräsentanten und einer Repräsentantin des indonesischen und kambodschanischen Frauenministeriums traten sie im Februar 2010 die Reise an, um sich in Gesprächen mit der frauenpolitischen Sprecherin der Sozialdemokratischen Partei Europas, mit Vertretern der Kommission, des Parla-

ments sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen über die Gleichstellungspolitik der EU zu informieren. Gleichzeitig wurden Überlegungen angestellt, wie das ASEAN-Sekretariat als Motor der Integration die Gleichberechtigung in Südostasien stärker befördern kann. Die Intensivierung von Handel und das Zusammenwachsen von Regionen haben Auswirkungen auf das soziale Gefüge von Gesellschaften, die die Stellung von Männern und Frauen

unterschiedlich stark berühren. Einhergehend mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen südostasiatischen Wirtschaftsraumes bis 2015 ist beispielsweise abzusehen, dass die Migration von Arbeiterinnen und Arbeitern weiterhin zunehmen wird – mit sehr unterschiedlichen Folgen für die Geschlechter. Die Gleichbehandlung der Geschlechter wurde in der EU mit den Römischen Verträgen von 1957 zum Gründungsprinzip der Gemeinschaft erhoben.

Wenngleich die Bürgerinnen auf die völlige Umsetzung dieses Ziels bis heute warten, entwickelte sich auf dieser Grundlage ein europäischer „acquis communautaire“ im Bereich der Gleichstellung – eine Ansammlung einschlägiger Artikel der Gemeinschaftsverträge, Gesetzestexte und Rechtsprechungen, die allesamt das Ziel der Gleichbehandlung verfolgen. Erst diese supranationale Hierarchie in der EU ermöglichte weitreichende Fortschritte bei der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in den Mitgliedsstaaten. Von der Durchdringung regionalen Gemeinschaftsrechts auf die Ebene der Mitgliedsstaaten ist ASEAN weit entfernt. Dennoch ist ASEAN in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit bereits weit fortgeschritten, zumindest, was die Absichtserklärungen betrifft. Mit der „Erklärung zur Förderung von Frauen in ASEAN“ von 1988 ist das Ziel der Gleichbehandlung institutionell verankert. Langjährig angelegte Arbeitsprogramme zur Frauenförderung und Gendergerechtigkeit beinhalten konkrete Pläne zur Umsetzung dieses Ziels bis 2020 – bis zu jenem Zeitpunkt soll die südostasiatische Gemein-



schaft in den Bereichen der Sicherheit, Wirtschaft und Sozio-kulturellen Zusammenarbeit vollendet sein. Spätestens dann soll das ASEAN-Sekretariat eine ähnliche Funktion wie die Kommission einnehmen. Es gehört zu den Zielen der

regionalen Arbeit der FES in Asien, den Integrationsprozess in Südostasien besonders in sozialpolitischen Belangen voranzubringen. Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit ist Konsequenz dieses Arbeitsansatzes, denn soziale

Gerechtigkeit kann nie erreicht werden, wenn die Hälfte der Bevölkerung aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert und von politischer, sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird.

## CHINA

# Anspruch und Wirklichkeit beim Mindestlohn

„Zum Haareschneiden nach China,“ so nimmt die DGB-Kampagne deutsche Mindestlohnkritiker auf die Schippe. Tatsächlich hat China dem hochindustrialisierten Kernland in Mitteleuropa in dieser Sache etwas voraus – nicht nur auf dem Papier. Seit 1993 schon sind in China Mindestlöhne vorgeschrieben, gestaltet durch die Kommunen. Weil sich die Zentralregierung über Richtlinien hinaus heraushält, treten jedoch massive Probleme bei der Umsetzung auf. Ein internationaler Workshop, organisiert von der FES Shanghai und der Zhejiang Universität in Hangzhou, widmete sich der Mindestlohnpolitik im internationalen Vergleich. Indonesien, Hong Kong, Viet-

nam, Korea, Deutschland, Europa und China - heterogener konnte das Vergleichsspektrum kaum ausfallen.

In Ländern mit einem großen informellen Sektor wird der Mindestlohn vor allem mit der Notwendigkeit einer Grundsicherung begründet und an den elementaren Lebenshaltungskosten für Nahrungsmittel, Unterkunft und Transport gemessen. Aber gerade dort, wo Elementares gesichert werden soll, sind Mindestlöhne oftmals Maximallöhne.

In Industrieländern steht die Umverteilung im Vordergrund, eine Grundsicherung soll den sozialen Zusammenhalt stärken und Mindestlöhne werden oft an der Entwicklung der Durchschnittslöhne orientiert.

China war bis vor kurzem für Wanderarbeiterlöhne bekannt, die oftmals die gesetzlichen Mindestlöhne deutlich unterboten. Die Datenlage ist weiterhin sehr lückenhaft, doch scheinen zwei Entwicklungen eine Änderung zu bewirken. Die Arbeitsrechtsreform von 2008 (Arbeitsvertragsgesetz und Schlichtungsgesetz) hat die Rechtssicherheit für Wanderarbeiter und andere Arbeitergruppen deutlich verbessert und den Anteil von Arbeitsverhältnissen, die nun in Schriftform festgehalten und damit leichter einklagbar sind, ansteigen lassen. Und das Konjunkturprogramm hält mit seinen massiven Investitionsausgaben in Zentral- und Westchina Millionen Arbeitskräfte in ihren Heimatprovinzen zurück. Nun buhlen die Ostgebiete um Arbeiter für ihre Exportfirmen und bieten 2010 Lohnsteigerungen von 20-25% an. Mindestlöhne scheinen in China nun zum Instrumentarium einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu gehören und erhalten Anreizcharakter, um den abnehmenden Strom von Wanderarbeitern nicht versiegen zu lassen.

## +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Über die **Herausforderungen der neuen Regierung in Japan** informierten japanische Professoren im Rahmen eines Hintergrundgesprächs bei der FES in Berlin. Schwerpunkt der Legislaturperiode wird vor allem eine Staatsreform sein, durch die politische Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse effizienter und transparenter gestaltet werden sollen. Dies soll spätestens nach den Oberhauswahlen im Sommer umgesetzt werden, bei denen mit einer absoluten Mehrheit der regierenden DPJ in beiden Häusern gerechnet wird. Zu den Themen des Gesprächs zählten u.a. die notwendigen Reformen des Sozialsystems und globale Antworten auf die Herausforderung des Klimawandels. +++

## Neue Publikationen der FES

Borgwardt, Angela - Vielfalt oder Fokussierung: wohin steuert das Hochschulsystem nach drei Runden Exzellenz?, Netzwerk Bildung

Engster, Frank - Antisemitismus als Herausforderung für Politik und Gesellschaft (Zusammenfassung einer Konferenz am 17.11.2009 in Berlin), Forum Berlin

Esser, Marlis - „Eine globale Organisation im wahrsten Sinne des Wortes“: Zeitungen, Zeitschriften, Protokolle, Jahrbücher und Geschäftsberichte der Internationalen Transportarbeiter-Föderation in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bibliothek) <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/06903.pdf>

Hartmann, Michael - Bildung für alle oder Elitebildung?: Wege zu mehr Chancengleichheit im deutschen Schulsystem, Forum Berlin

Hartmann, Sebastian - Auf dem Weg zur europäischen Metropolregion Köln/Bonn?: Dokumentation eines Themenabends zur aktuellen Debatte im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (Abt. Gesellschaftspolitische Information) <http://library.fes.de/pdf-files/gpi/06825.pdf>

von Hauff, Michael - Die Bürgergesellschaft als Kern nachhaltiger Entwicklung (Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat)

Kaiser, Robert - Die industriepolitische Bedeutung der Lissabon-Strategie (Moderne Industriepolitik) <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06902.pdf>

Köhler, Timm - Die extreme Rechte als Gewinner der Krise?: Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für Demokratie und Gesellschaft, Forum Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/do/06954.pdf>

Kolwitz, Kai - Industriepolitik für die Kreativwirtschaft? (Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik)

Kühne, Björn - Are the EU and the Balkans drifting apart? (Dep. of Central and Eastern Europe)

Langenbacher, Nora - Rechtsextremismus? Nicht mit mir!: Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie, Forum Berlin Moser, Stefanie M. - Von der Krise zum Aufbruch?: Die Republik Moldau nach dem Regierungswechsel (Referat Mittel- und Osteuropa)

Lasch, Sebastian - Die Weimarer Verfassung: Wert und Wirkung für die Demokratie (Landesbüro Thüringen) <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/06868.pdf>

Oelkers, Jürgen - „I wanted to be a good teacher ...“: zur Ausbildung von Lehrkräften in Deutschland; Studie, Netzwerk Bildung <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/06832.pdf>

Politische Bildung für Soldatinnen und Soldaten: die Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Bundeswehr <http://library.fes.de/pdf-files/gpi/06790.pdf>

Roepert, Helga - „Anfang 1935 flog die Gruppe meines Vaters auf...“: Erinnerungen einer Sozialdemokratin an eine glückliche Kindheit in schrecklichen Zeiten (Archiv der Sozialen Demokratie)

Roth, Markus - Chronist der Verblendung - Friedrich Kellners Tagebücher 1938/39 bis 1945 (Gesprächskreis Geschichte) <http://library.fes.de/pdf-files/historiker/06884.pdf>

Wagner, Ringo alle an einem Strang ziehen: Eine praktische Handreichung zur Schulprogrammarbeit (Landesbüro Sachsen-Anhalt)

Wehler-Schöck, Anja - Willst Du kriminell werden?: Verschiedene Blicke auf das Thema Jugendkriminalität (Forum Politik und Gesellschaft), <http://library.fes.de/pdf-files/do/06818.pdf>

Wernstedt, Rolf - 10 Jahre nach Bologna: Ziele und Umsetzung der Studienstrukturenreform, Netzwerk Bildung

Wernstedt, Rolf - Der Lehrerberuf im Wandel: wie Reformprozesse Eingang in den Schulalltag finden können, Netzwerk Bildung

## Politische Akademie

Bärwaldt, Konstantin - Determinanten von Radikalisierung in muslimischen Milieus aus deutsch-britischer Perspektive <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/06936.pdf>

Gombert, Tobias u.a. - Grundlagen der Sozialen Demokratie (Akademie für Soziale Demokratie)

Huber, Berthold - Zukunft der Gewerkschaften - Zukunft der Arbeitsgesellschaft (Bonner Dialog) <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/06944.pdf>

Märтин, René - Strategische Öffentlichkeitsarbeit für die Kommunalpolitik (KommunalAkademie)

Matuschek, Katrin - Freiwilligen-Engagement professionell gestalten: engagierte und aktive Freiwillige gewinnen und beteiligen (Akademie Management und Politik)

Mörschel, Tobias - Respekt und Zumutung: Religion, Homosexualität und das Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft (Interkultureller Dialog), <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/06937.pdf>

Wippermann, Frank - Gut geplant ist halb gewonnen. Kampagnen: die schönste Herausforderung seit es Politik gibt; ein Trainingsbuch (Trainingsbücher der Akademie Management und Politik)

Wippermann, Frank - Vom Chaos zum Ergebnis: Wege zu gelungenen Besprechungen und Sitzungen; ein Trainingsbuch (Trainingsbücher der Akademie Management und Politik)

Vaut, Simon u. a. - Wirtschaft und Soziale Demokratie (Akademie für Soziale Demokratie)

## Internationale Politikanalyse

Bastian, Jens - Greece in Southeast Europe: political opportunities and economic challenges

Benz, Arthur - Nationale Parlamente in der europäischen Politik: Funktionen, Probleme und Lösungen.

Blum, Sonja - Politisch limitierter Pluralismus: die Wohlfahrtssysteme der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union

Busch, Klaus - Europäische Wirtschaftsregierung und Koordinierung der Lohnpolitik: Krise der Eurozone verlangt Strukturreformen

Busch, Klaus - Weltwirtschaftskrise und Wohlfahrtsstaat: Lösungskonzepte zum Abbau ökonomischer und sozialer Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, in Europa und in Deutschland <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06837.pdf>

Ehrke, Michael - Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa: politische Gesinnungsvereinigungen oder Managemen-

tagenturen für die Regierung? <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06878.pdf>

Embacher, Serge - Zivilgesellschaft und Sozialdemokratie in Europa: aktuelle Entwicklungen und normative Perspektiven

Fischer, Severin - EU 2020 - Impulse für die Post-Lissabonstrategie: progressive Politikvorschläge zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas

Fischer-Lescano, Andreas - Europäische Rechtspolitik und soziale Demokratie

Katsioulis, Christos - NPT review 2010: what role for the EU?

Lasheras, Borja - European Union security and defence white paper: a proposal

Lyketoft, Mogens - Das dänische Modell: eine europäische Erfolgsgeschichte, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06854.pdf>

Pagoulatos, George - The Greek economy and the potential for green development

Pfaller, Alfred - European social democracy - in need of renewal: nine country cases & seven policy proposals  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06867.pdf>

Platzer, Hans-Wolfgang - Europäisierung der Gewerkschaften: gewerkschaftspolitische Herausforderungen und Handlungsoptionen auf europäischer Ebene

Richter, Saskia - Entwicklung und Perspektiven grüner Parteien in Europa: Anschlussfähige politische Kraft in sich wandelnden Systemen, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06879.pdf>

Scott, Andrew - Social democracy and the Rudd labor government in Australia, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06876.pdf>

Weichenstellung für eine nachhaltige europäische Wohlstandsstrategie

## WISO direkt

Artus, Patrick - Die deutsche Wirtschaftspolitik: ein Problem für Europa?

Borgwardt, Angela - Ressourceneffizienz - Zukunftsstrategie für nachhaltiges Wirtschaften

Corneo, Giacomo - Welche Steuerpolitik gehört zum „sozialdemokratischen Modell“?

Dauderstädt, Michael - Die offenen Grenzen des Wachstums

Dauderstädt, Michael - Einkommen und Leistung: Es wächst auseinander, was nie zusammengehörte

Hörisch, Felix - Mehr Demokratie wagen - auch in der Wirtschaft: die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise

Krämer, Hagen - Wen beglückt das BIP?  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06855.pdf>

Scholle, Thilo - Objekte politischer Fürsorge oder gleichberechtigte Akteure? – Zur politischen Partizipation junger Menschen mit Migrationshintergrund

## WISO Diskurs

Bosch, Gerhard - Mindestlöhne in Deutschland: Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06866.pdf>

Gerstenkamp, Thomas - Geschlechterkampf von rechts: wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren

Kay, Rosemarie - Fachkräftemangel im Mittelstand: was getan werden muss

Kistler, Ernst - Gute Arbeit und lebenslanges Lernen – das Versagen der Weiterbildung in Deutschland

Kuhl, Mara - Wem werden die Konjunkturpakete gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II

Noack, Harald - Die Zukunft der Landesbanken: zwischen Konsolidierung und neuem Geschäftsmodell  
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06823.pdf>

## Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Blohm, Tina Marie - Ein Wahldebakel und seine Konsequenzen: Afghanistan zu Beginn der zweiten Amtszeit Karzai

Carvalho, Marco de - Konfliktbearbeitung in Afghanistan: die systemische Konflikttransformation im praktischen Einsatz bei einem Großgruppenkonflikt, <http://library.fes.de/pdf-files/iez/07030.pdf>

Derichs, Claudia - Religious fundamentalism and their gendered impacts in Asia

Hettmann, Jens-U. - Nach der Regierungsbildung in Guinea: neue Hoffnung für die Demokratie?

Kivimäki, Timo - The dynamics of conflict in the multiethnic union of Myanmar: PCIA - country conflict-analysis study

Kramer, Marina - A call for constructive engagement: some observations on the prospects for Myanmar-EU relations

Ocampo, José Antonio - Why Should the Global Reserve System Be Reformed

Panizzon, Marion - Trade and labor migration: GATS mode 4 and migration-agreements Occasional paper 47

Quiroga, Yesko - Ende der Concertación?: Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Chile  
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06895.pdf>

Quiroga, Yesko - Politischer Wechsel in Chile: nach einem halben Jahrhundert gewinnt die Rechte demokratische Wahlen

Saxer, Marc; Müller-Henning, Marius – Countdown: Noch drei Monate bis zur Überprüfung des nuklearen Nichtverbreitungsregimes (Perspektive)

Wichterich, Christa – Gender als politisches Projekt: Wo bitte geht's zur Geschlechtergerechtigkeit? (Perspektive)

Wolff, Jonas - Elitewandel in Ecuador: soziopolitische Akteure und politische Perspektiven

### Impressum

Herausgeber:  
 Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Kommunikation und Grundsatzfragen  
 ✉ D-53170 Bonn  
 📦 Godesberger Allee 149  
 D-53175 Bonn  
 Telefon: 0228/883-7031/7032  
 Internet: [www.fes.de](http://www.fes.de)  
 E-Mail: [presse@fes.de](mailto:presse@fes.de)

Redaktion: Peter Donaiki, Pressestelle Berlin  
 Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin  
 Telefon: 030/269 35-7038  
 Telefax: 030/269 35-9244  
 E-Mail: [peter.donaiki@fes.de](mailto:peter.donaiki@fes.de)  
 Herstellung, Satz & Layout:  
 Publix, Harald Eschenbach, Berlin  
 Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig  
 Titelfoto: entfernte Bilder sind Bilder von Bildagenturen  
 Printed in Germany, Mai 2010  
 Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset  
 ISSN 0942-1351

# Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

4 | 2010 € 5,50



## Neue Bürgerlichkeit?

**Jürgen Kocka**

Bürgerlichkeit – wovon reden wir eigentlich?

**Franz Walter**

Sprungbrett für Schwarz-Grün

**Susanne Krones**

Zwischen Salinger und Hegemann

## Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Anke Fuchs, Sigmar Gabriel, Klaus  
Harpprecht, Jürgen Kocka, Thomas Meyer  
Chefredakteur: Thomas Meyer

Erscheint zehnmal jährlich,  
davon zweimal als Doppelheft.  
Bezug durch den Buch- und Zeitschriften-  
handel oder portofrei direkt vom Verlag.  
Einzelheft: Euro 5,50  
Doppelheft: Euro 10,80  
Jahresabonnement: Euro 50,60

Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft  
unter [www.ng-fh.de](http://www.ng-fh.de)  
Anschrift der Redaktion:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Telefon (030) 26935-7151,-52,-53  
Fax (030) 26935-9238

Zwei Traditionen, eine Zeitschrift: Die „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ (NG/FH) verbindet seit 1985 zwei Linien deutscher Debattenkultur: die „Neue Gesellschaft“ als SPD-nahe Diskurszeitschrift und die „Frankfurter Hefte“ als linkskatholisches Forum für Politik und Kultur.

Wir sind eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Monatszeitschrift, der aufschlussreiche Zeitdiagnosen und Kommentare ebenso am Herzen liegen wie praktikable Zukunftsentwürfe. Wissenschaftler, Journalisten und Politiker von Rang kommen bei uns zu Wort und ins Gespräch untereinander. Junge Stimmen äußern sich in jedem Heft zu neuen Entwicklungen im kulturellen und politischen Leben unseres Landes. Unsere Kontroversen und Debatten zielen auf die Förderung der Sozialen Demokratie bei uns, in Europa und der Welt. Einen besonderen Akzent setzen wir in jedem Heft mit unserem Themenschwerpunkt, der stets einer zentralen Frage unserer Zeit gewidmet ist.

Die „Neue Bürgerlichkeit“ – wer ist das eigentlich? Ist es nur das soziale Pendant unserer „bürgerlichen Regierung“? Es geht um mehr. Dem haben wir unser Heft 4 gewidmet. Darin finden sich u.a. Franz Walter über die LoHaS-Politik und die „grüne Scharnierpartei“, Thomas Meyer über Lifestyle und Aktivbürger sowie Albrecht von Lucke zur „geistig-politischen Wende“ der Liberalen und der möglichen Zukunft einer schwarz-grünen Koalition.

In der NG/FH schreiben außerdem Eckhard Fuhr, Klaus Harpprecht, Richard Meng, Julian Nida-Rümelin, Karin Priester, Karsten Rudolph, Gesine Schwan u.v.a.